

überhaupt halten, mit allem Nachdruck auf die Gefahren des Alkoholismus hinzuweisen. Wir werden damit den Kampf gegen den Kapitalismus nicht schwächen, nein, ihn stärken und ihm neue Streiter zuführen. (Lebhafter Beifall.)

Rakenstein-Charlottenburg: Nach den Ausführungen der Genossin Zeifin, für die ich ihr dankbar bin, brauche ich über die Alkoholfrage nichts mehr zu sagen. Nur noch wenige Worte zur Frage des Generalstreiks. Liebknecht hat Friedeberg unrecht getan. Dieser hat nicht gesagt, das Koalitionsrecht könne den Arbeitern nicht genommen werden, sondern die Möglichkeit, zu streiken. Wenn der Genosse Friedeberg gesagt hat, daß wir in letzter Linie nicht nur den Kapitalismus, sondern die Zwangsform des Staates überhaupt bekämpfen, so kann er sich dabei auf Genossen wie Engels, Kautskij und Bebel berufen, die dasselbe gesagt haben. Im übrigen liegt es mir fern, die Auffassung Friedebergs, der den Parlamentarismus verwirft, mir zu eigen zu machen. Aber mit Recht haben Bernstein und Grenz darauf hingewiesen, daß wir uns klar werden müssen über die Frage: Was tun wir, wenn es so weit ist? Das Wort: „Man soll den Teufel nicht an die Wand malen“, paßt nicht, denn der Teufel wartet nicht auf uns. Es ist gefährlich, Vogelstrauß-Politik zu treiben. Eigentümlich hat es mich berührt, daß der ganz rechts stehende Genosse Turatt sagen konnte: „Soweit wie unsre sächsischen Genossen braucht man die Gesetzlichkeit nicht zu treiben.“ Was schließlich geschehen wird, hängt davon ab, was die Gegner von uns erwarten, und was wir uns selbst zutrauen. Da stimme ich den Worten Bernsteins zu: „Lieber ehrenvoll unterliegen, als ohne Ehre das einzige Volkrecht, das uns heute geblieben ist, preisgeben.“

Mühs-Breslau ersucht, die vorliegenden Anträge dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag (101) wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag **Gindauer**, die Anträge 108—110 dem Vorstand zur Erzwägung zu überweisen.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit beschließt der Parteitag auf Vorschlag des Vorsitzenden **Diez**, das Referat **Lebeours** über die parlamentarische Tätigkeit erst in der Nachmittags-Sitzung entgegenzunehmen, und die Zeit bis zum Eintritt der Mittagspause mit der Unterstützungsfrage der zum „Parlamentarischen Bericht“ vorliegenden Anträge auszufüllen.

Die Anträge zerfallen in verschiedene Gruppen. Die erste Gruppe, die Anträge 12 und 13, beziehen sich auf den „Fall Schippel“. Diese Anträge werden genügend unterstützt. Dagegen finden die Anträge 14, 15 und 119, die sich auf die Frage der Landtagswahl beziehen, nicht genügende Unterstützung. — Von den eigentlichen Anträgen zur parlamentarischen Tätigkeit werden die Anträge 42, 43, 44 und 47 unterstützt, die Anträge 45, 46 und 49 nicht. Die sonst noch vorliegenden Anträge 99, 102, 103 und 104 werden nicht unterstützt.

Vorsitzender Diez: Zahlreiche Delegierte wünschen, daß der Parteitag ein Begrüßungs-Telegramm an **Auer** und **Singer** senden möge (Beifall), für das folgender Wortlaut vorliegt:

„Der Parteitag bewaert tief, die Genossen **Auer** und **Singer** nicht in seiner Mitte zu sehen, und spricht den bewährten Führern die herzlichsten Wünsche auf baldige Wiederherstellung aus.“

(Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag beschließt einstimmig die Absendung der Telegramme.

Nunmehr tritt die Mittagspause ein.

Schluß 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet kurz nach 3 Uhr die Verhandlungen.

Zur Beratung kommt Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Zu den Anträgen, die in der Vormittags-Sitzung genügend Unterstützung gefunden haben, tritt auch die Resolution **Webels** über den Fall Schippel (Resolution 193).

Die Diskussion soll sich zunächst auf die Anträge 42, 43, 44 und 47 erstrecken, dann sollen die Anträge 12, 13 und die Resolution 193 behandelt werden.

Berichterstatter zu diesem Punkt der Tagesordnung ist Genosse

Lebeours: Genossinnen und Genossen! Da ich im gedruckten Berichte die Stellung der Fraktion zu den verschiedenen Fragen ausführlich dargelegt habe, glaube ich mir ein Eingehen darauf ersparen zu können. In der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, möchte ich nur auf die Einwendungen eingehen, die nach Schluß der Session gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion in Presse und in Versammlungen erhoben worden sind. Vorher muß ich aber noch eine Angelegenheit erwähnen, die Angelegenheit des Genossen **Schippel**, die durch den Beschluß der Fraktion in Fluß gekommen ist. Wenn ich der Fall im schriftlichen Berichte nicht behandelt habe, so deshalb, weil dieser Bericht eine Schilderung unsrer Kämpfe im Parlament mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu geben hat. Der Fall **Schippel** ist aber eine innere Angelegenheit der Partei, die allerdings im Zusammenhang mit der Reichstags-tätigkeit steht. Der zweite Grund, weshalb ich Abstand nahm, war, daß nach meiner Meinung, als ich meine Arbeit abschloß, **Schippel** in seinen Auseinandersetzungen noch nicht über die Einleitung hinausgekommen war.

Man konnte damals nicht wissen, wann er zum Abschluß kommen würde. (Sehr richtig!) Wollte man die Darstellung **Schippels** in der „Chemnitzer Volksstimme“ und nachher in den „Sozialistischen Monatsheften“ und in Zuschriften an den „Vorwärts“ als richtig annehmen, dann müßte man glauben, daß **Schippel** als getreuer Eckard der Partei sie vor den „Freihandelskassierburschen“ gewarnt hat, daß dann plötzlich aus unbegründeten Anlässen nachträglich ein paar „Stänker“ oder „Strateler“ — augenblicklich kann ich die Ehrentitel, die auf diese Genossen gefallen sind, nicht zusammenhäufen —, daß „beruznähige Demunziauten“ den Konflikt herbeigeführt haben, um ihn eines Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei zu zeihen, und daß daraufhin die Fraktion sich hat verleiten lassen, an ihn die Aufforderung zu richten, sich über seine Stellung zu der Zollfrage zu äußern. Tatsächlich hat sich die Sache nicht so entwickelt. Wesentlich bestand der Hauptkampf unsrer Partei, den insbesondere auch die Reichstagsfraktion in den letzten Jahren durchzukämpfen hatte, in der Gegnerschaft gegen die Zollpolitik der Regierung. Man kann über die Wichtigkeit der Frage der Handelspolitik für die Sozialdemokratie verschiedener Meinung sein und sicher gibt es für uns wichtigere Fragen. Aber wie gesagt, in den letzten Jahren war die Frage der Handelspolitik für uns eine akute Frage, die uns leidenschaftlich erregte und mit der wir die Volksmassen in Erregung gebracht haben. Wenn jemals im Laufe der Geschichte die Partei und ihre Fraktion ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben, so war es bei der Koalition, und den Beweis dafür, daß unsre damalige Taktik die richtige war, hat ganz sonnenklar der Ausfall der letzten Reichstagswahlen geliefert. Wenn eine solche große und wichtige Aktion die gesamte Partei beschäftigt, insbesondere die Genossen, die die Wortführer der Partei sind, dann ist es eine selbstverständliche Pflicht eines

jeden Parteigenossen, vor allem eines Reichstagsabgeordneten, alles aufzubieten, um nach besten Kräften zur Unterstützung der Partei einzuspringen. Da haben wir nun die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß Genosse Schippel während dieser Kämpfe sich so ziemlich passiv verhalten hat. Wenn ich mich irre, werde ich mich gern berichtigen lassen. Aber nach meiner Erinnerung hat Genosse Schippel während der ganzen Kämpfe im Reichstage kein einziges Mal das Wort ergreifen; ich weiß auch nicht, ob er damals an den Kommissionsberatungen teilgenommen hat. Er hat nie eingegriffen, obgleich er, was seine Fähigkeiten und Kenntnisse anbelangt, einer der Besten gewesen wäre, um unseren Standpunkt zu verteidigen, wenn er überhaupt mit den Anschauungen der Partei übereinstimmte. Das ist natürlich die Voraussetzung. Wir verlangen von keinem, daß er seine Ueberzeugung verleugne, daß er etwas redet, was er selbst nicht glaubt. Man kann ja nur anführen, daß Schippel, wenn er in dieser Frage anderer Ansicht war als die Partei, deshalb der Partei noch nicht den Rücken zu kehren und auch sein Mandat nicht niederzulegen brauchte: Er konnte sagen: Ich will der Partei in dieser Situation keine Schwierigkeiten bereiten, es bleibt mir also nichts übrig als zu schweigen. Dann hätten wir keinerlei Anlaß gehabt, uns mit dem Verhalten Schippels hier zu befassen. Aber Schippel hat nicht geschwiegen in dieser Zeit, er hat außerhalb des Reichstages schriftliche Auseinandersetzungen und Erörterungen über die Handelspolitik, die Zollpolitik insbesondere, zum Besten gegeben, die direkt gegen diejenigen Anschauungen ankämpften, die wir vertreten. Er selber betreibt das, glaube ich, nicht. Wenigstens entnehme ich aus seinen letzten Ausführungen, daß er zugibt, in seinem Buche „Die Grundzüge der Handelspolitik“ und in den Versammlungen, die er im Laufe der letzten Jahre über Handelspolitik abgehalten hat, im wesentlichen die Argumente vorgebracht zu haben, die seitens der Interessenten in den bürgerlichen Parteien für die Schutzölle und Agrarzölle geltend gemacht worden sind. Auch dafür hat er ja eine Erklärung. Er sagt, es ist wichtig, daß die Parteigenossen die Ansichten und Gründe des Gegners kennen lernen. Das ist richtig. Aber darin weiche ich durchaus von Schippel in meiner Auffassung ab: Ein Parteigenosse kann es für gerechtfertigt, ja für seine Pflicht halten, die Partei in weitestem Maße aufzuklären über die Fragen der Handelspolitik, wie sie in den Köpfen bürgerlicher Politiker und Interessententeile sich abspielen, aber für einen Sozialdemokraten, meine ich, knüpft sich daran die versuchte Pflicht und Schuldigkeit, im Anschluß daran nachzuweisen mit all dem wissenschaftlichen Rüstzeug, das ihm zu Gebote steht, weshalb wir diese gegnerischen Anschauungen nicht akzeptieren können (Zuruf Debes: Sehr richtig!), weshalb wir sie verworfen müssen und in welchen Punkten sie töricht sind; das hat eben Genosse Schippel unterlassen. In den letzten Jahren haben sich im Reichstage — ich sehe von den Preßäußerungen ab — die gegnerischen Politiker wiederholt auf Schippel berufen. Ich erinnere nur daran, daß z. B. Herr v. Seyl zu den hervorragendsten Bewunderern Schippels gehört. Häufig wurde darauf hingewiesen: Seht einmal, so denkt euer bedeutender Kopf, der Sozialdemokrat Schippel, über diese Frage. Bemerkten will ich, daß in der gegenwärtigen Zeit für einen Sozialdemokraten nicht viel dazu gehört, von den bürgerlichen Politikern für einen bedeutenden Kopf erklärt zu werden; er braucht nur in irgend einem wesentlichen Punkte gegen die Partei zu polemisieren, dann gilt er sofort als „bedeutender Kopf“; dafür kann er nicht, das liegt in der Praxis der bürgerlichen Politiker. Jedenfalls aber haben die bürgerlichen Politiker sich auf Schippels Bücher berufen. Sie haben herausgefunden, daß Schippel imerlich Agrarschutzöller ist und haben selbstverständlich, was man ihnen nicht bezargen kann, diese günstige Gelegenheit benutzt, um zu zeigen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie agrarschutzöllerische Ideen um sich greifen und hervorragende Vertreter gewonnen haben. Was hat da

Schippel im Reichstage getan? Wenn solche Sachen vorkamen, hat er, ohne eine Miene zu beziehen, dagesessen, als wenn die Sache ihn gar nichts anginge. Sein Verhalten erinnerte mich immer an das, was Goethe im zweiten Teil des Faust von den Sphingen sagt:

„Eigen vor den Pyramiden
Zu der Wölfer Hochgericht,
Ueber Schwemmung, Krieg und Frieden —
Und verziehen kein Gesicht.“

(Weiterkeit.) Andre Genossen traten im Reichstage auf, um die Berufung des Gegners auf Schippel abzuweisen.

Sie konnten immer nur erklären: Sie irren sich, Schippel ist kein Agrarschutzöller. Er hat den Ausruf der Fraktion mit unterschrieben, der in flammenden Worten der Entrüstung den Vrotwucher gebrandmarkt hat. Schippel aber hat geschwiegen; ja, es ist wiederholt vorgekommen, daß Schippel in Versammlungen von Parteigenossen beratige Ansichten geäußert hat. Eine Versammlung, über die durch Zufall ein ausführlicher Bericht gebracht wurde, hat Anlaß dazu gegeben, daß die Sache akut wurde und in der Fraktion zur Erörterung kam. Schippel behauptet, das war eine abgeschlossene Versammlung organisierter Parteigenossen, von denen man voraussetzen darf, daß sie nicht irre geführt werden, selbst wenn der Redner sich darauf beschränkt, die Anschauungen agrarischer Interessententeile zur Darstellung zu bringen. Das ist ein Irrtum. Es war allerdings eine Wahlvereinsversammlung, aber jeder von uns, der im Parteileben steht, weiß, daß zu Parteiversammlungen, die in der Parteizeitung des Ortes angeündigt sind (Zuruf: Das war sie nicht!), jeder Zutritt hat, daß es nahezu daselbe wie eine öffentliche Versammlung ist. Ja, selbst dann, wenn es nur organisierte Parteigenossen waren! Bei aller Hochachtung vor denselben — ich glaube sie nicht zu kränken, wenn ich sage, daß überall unter den organisierten Parteigenossen nur ein kleiner Bruchteil vorhanden ist, der in der Handelspolitik so beschlagen ist, daß er instand wäre, die ausführlich, mit Wärme und logischer Konsequenz vorgetragenen Anschauungen eines auf diesem Gebiete als Autorität geltenden Genossen zu widerlegen oder auch nur so zu ergänzen, daß das Bild herauskommt, das wir uns von diesen Dingen machen.

Mit dieser Frage haben sich unsere Genossen im allgemeinen nicht so eingehend beschäftigt. Schippel hätte alles aufbieten müssen, um zu verhindern, daß eine Verwirrung entsteht. Verwirrung ist tatsächlich entstanden; nicht nur bei den Genossen, sondern auch bei den Gegnern ist die Anschauung durchgebrochen, daß Schippel im Herzen Agrarschutzöller sei. Daß sogar Genossen in leitender Stellung dieser Anschauung sind und sich durch Schippel verwirren lassen, davon haben wir den besten Beweis in dem bewährten Genossen Enders in Chemnitz (Sehr richtig!), der sich unter der warnenden Stimme des getreuen Eckard Schippel zum Schutzöller, ja sogar zum Agrarschutzöller entwickelt hat und bis zuletzt des Glaubens war, daß sein verehrter Abgeordneter und Lehrer die gleiche Stellung einnimmt. Also selbst der Mann, der Schippel am nächsten stehen mußte als Redakteur des Partei-Organs in Schippels Wahlkreise, hielt ihn im Herzen für einen Agrarschutzöller! Enders unterscheidet allerdings „zwischen einem Vereicherungsoll und Schutzoll. Aber das ist ziemlich gleichgültig. Ein Zoll kann halb als Vereicherungsoll und halb als bloßer Schutzoll wirken. Diese Scheidung ist ganz künstlich. Die Fraktion mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß Schippel im Herzen eigentlich Agrarschutzöller ist, daß er aber aus irgend welchen Gründen, vielleicht weil er sich noch selbst nicht ganz klar ist, vielleicht aus seelischen Gründen, die ich nicht erforschen kann, weil mir Schippel ja im ganzen ein psychologisches Rätsel ist, nicht recht aus sich heraus will. Schippel sagt an einer Stelle seiner Darlegung: jahrelang sei es so gegangen, bis dann plötzlich bei einem ganz harmlosen Anlaß ein großer Aufruhr gemacht sei. Ja,

so ist es immer: Wenn sich langsam die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit einer Position Bahn bricht, dann gibt man nicht ohne weiteres der Umwandlung nach, loszuschlagen. Daß es so lange gedauert hat, ist doch nur ein Zeichen der Toleranz der Fraktion. Es sind ja wiederholt Pressefäden von großer Schärfe zwischen durch entstanden mit Kautsch, der dem armen Schippel bellannlich als ewiger Alp auf der Seele liegt. Die Rede im dritten Berliner Wahlkreise war der letzte Tropfen, der den Becher zum Ueberlaufen brachte. (Sehr richtig!) Es war gewissermaßen ein spontaner Ausbruch, daß die Fraktion sagte: Wir müssen endlich einmal Klarheit über die Stellung Schippels haben. Das war der allgemeine Wunsch, der elementar zum Ausdruck kam.

Die Diskussion in der Fraktionsitzung drehte sich natürlich um die Form, in welcher Weise Schippel Klarheit schaffen sollte. Nun hat Schippel in seiner Zuschrift an die „Chemnitzer Volksstimme“ vom 15. Dezember eine Erklärung abgegeben, die durchaus einen unrichtigen Eindruck über die Absicht der Fraktion erwecken muß. Er sagt, er hätte auf Anregung eines andern Genossen sich schließlich bereit erklärt, durch eine der Fraktion vorzuliegende Erklärung den Zwischenfall für die Öffentlichkeit aus der Welt zu schaffen. Sein Vorschlag sei aber aus geschäftsordnungsmäßigen Rücksichten gefallen, weil die Diskussion bereits geschlossen war. Allerdings hat Schippel seinen Vorschlag erst nach Schluß der Diskussion gemacht, und er ist aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen abgelehnt. Aber wer bloß diese Darstellung von Schippel liest, der muß glauben, daß, wenn sein Vorschlag rechtzeitig gemacht wäre, die Fraktion sich mit einer solchen Erklärung begnügt hätte. Das ist ein vollständiger Irrtum, der aufmerksam widerlegt werden kann. Eine solche Erklärung hätten wir ja erst kurz vorher von Schippel bekommen. Er erklärte da, daß er noch genau auf demselben Boden stehe, wie bei Erlaß der Proklamation gegen den Zolltarif. Aber diese Erklärung genügte nicht, und deshalb wurde die bekannte Resolution beschloffen und in die Presse gebracht, damit die Genossen ersehen, daß die Fraktion Klarheit verlangte. Die Resolution lief darauf hinaus, daß Schippel eine klare, unanfechtbare Auskunft über seine Stellung geben sollte. Nach dem, was vorgefallen war, konnte eine solche unanfechtbare Darstellung gar nicht in einer kurzen Erklärung gegeben werden. Ich bedauere es, daß unsre damalige Resolution nicht präziser gefaßt war. Der Kern der Frage war folgender: Wie vereinbart Schippel die Tatsache, daß er im Reichstage den Kampf der Fraktion gegen den Zolltarif unterstützt und den Aufruf der Fraktion unterschrieben hat, mit der andern Tatsache, daß er in den letzten Jahren ständig mit Argumenten operiert, die nur den Gegnern zu gute kommen? Wie will Schippel mit den schützöllnerischen Argumenten, die er vorgebracht hat, seine praktische Stellungnahme vereinbaren? Daß das nicht mit der Erklärung getan ist: Jawohl, ich bin Gegner der Schützölle, sondern daß die Gründe angegeben werden müssen, ist selbstverständlich. Nun, Schippel hat sich zunächst besonnen. Er hat mit einem gewissen Gleichmut, wie er ihn öfter an den Tag legt, zunächst erklärt, er wolle sich überlegen, ob er der Anregung der Fraktion Folge geben wolle. Er hat ihr aber dann doch Folge gegeben, aber die Art, wie er ihr Folge gegeben hat, war keine Antwort auf die Frage, die ihm gestellt war. Er hat uns längere historische Auseinandersetzungen gegeben über die Entwicklung der Agrarfrage in den mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschland. Er hat alle möglichen Genossen aus der Gegenwart und Vergangenheit zitiert (Zuruf Webers: Falsch zitiert), die sich einmal zu den Schützöllnern erklärt haben. Aber das wollten wir gar nicht wissen. Seine Stellung sollte er angeben, den unvereinbaren Widerspruch zwischen seinen Handlungen und seiner Schreiberi und Rederei sollte er lösen. Wir konnten das nicht, und eine Aufklärung mußte erfolgen im Interesse der Partei und der

Parteilgenossen, denen im Lande bei allen möglichen Gelegenheiten dieser große Nationalökonom Schippel als ein Anippel zwischen die Beine geworfen wird. (Sehr richtig!) Das, was wir wissen wollten, hat Schippel nicht gesagt, bis heute noch nicht. Alle möglichen interessanten Ausführungen, die richtig oder unrichtig sein mögen, sind in diesen Artikeln zu finden. Dann kommt plötzlich die Erklärung: es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarschützöllner zu sein. Die Leute, die das Gegenteil aus seinen Artikeln herausgelesen haben, werden verhöhnt; und das sind die ganze Partei und seine besten Freunde. (Sehr richtig!) Wie man dies psychologische Rätsel lösen soll, weiß ich nicht. Ich bin doch nicht dazu berufen, mich in so sonderbar geschraubte Seelenzustände zu versetzen. (Sehr gut!) Wenn ich nach der Ansicht anderer Leute urteilen würde, würde ich glauben, der Mann ist allmählich innerlich Schützöllner geworden, aber es ist ihm höchst peinlich, sich den Zwiespalt einzugestehen, in den er dadurch geraten ist. Deshalb sucht er sich auszureiben und überhäuft dann natürlich diejenigen, die seine Widerprüfungen festnageln, mit allerlei Schmeicheleien. Auf die sachliche Frage gehe ich nicht ein, sondern erkläre nur für meine Person: — die Fraktion hat darüber naturgemäß noch nicht beraten — nach meiner Empfindung hat Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, noch nicht beantwortet. Diese Antwort ist er uns vollkommen schuldig geblieben in 47 Spalten. (Sehr gut!) Was er getan hat, ist, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Lebhafte Zustimmung.) In der letzten Nummer des „Neuen Montagsblattes“ ist ein Artikel enthalten, in dem mit meisterhaftem Geschick die Frage auf den Kopf gestellt wird. Es wird da so getan, als ob der Beschluß der Fraktion einen Eingriff in die Meinungsfreiheit enthielte. Es wird gesagt: „Gibt es ein Gebiet, wo die Meinungsfreiheit nicht mehr gelten soll? Die Frage stellen, heißt sie schon beantworten.“ Gewiß, wenn die Frage so stände, würden wir ebenfalls sagen: Nein, ein solches Gebiet gibt es nicht. (Weber: Sehr richtig!)

Aber Parteigenosse Bernstein selbst macht in dem Artikel schließlich eine Aeußerung, in der er vielleicht ohne Absicht sagt, wozum es sich handelt. Er führt aus, daß die Partei freiesten Meinungsaustrausch nötig habe und von jedem Genossen den größten Mut der eignen Meinung verlangen müsse, der gestärkt werden müsse, wo er bedroht sei. Ganz richtig, Genosse Bernstein! Gerade, weil wir als Fraktion von Schippel wie von jedem andern Genossen den Mut der eignen Meinung verlangen müssen, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich einmal seine eigene Meinung klar und unzweideutig zu erklären. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist also gerade das Gegenteil von Beschränkung der Meinungsfreiheit. Das ist Geburtshilfe der Meinungsfreiheit (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit) gegenüber einem Genossen, bei dem die eigene Meinung nicht zum Durchbruch kommen will. Das ist ein Kaiserschnitt. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Nun zu andern Fragen. Antrag 42 fordert die Fraktion auf, in Zukunft alle kolonialen Forderungen abzulehnen. Der Antrag hat seinen Ursprung in dem Mißfallen, das die Haltung der Fraktion in der Hererosache erweckt hat. Wir haben uns damals zunächst der Stimme enthalten. In den Zeitungsberichten über die Rede, die Weber damals hielt, ist der Hauptgrund, der uns bewog, nämlich die Rücksicht auf die in ihrem Leben bedrohten An siedler, unglücklicherweise weggefallen. Das war unser wichtigster Grund, nicht etwa, daß wir den Maßnahmen gegen die Hereros an sich zugestimmt hätten. Der schriftliche Bericht enthält ja schon das Nötige. Ein Teil der Genossen hat sich so geäußert, als ob die Keger das Recht hatten, die An siedler zu massacrieren. Das können wir nicht billigen. Gegenüber den An siedlern müssen wir den Grundsat z vertreten: Gleiches Recht für alle. Es ist

auch nicht richtig, daß alle Ansiedler die Neger unterdrücken. Es sind ja doch auch Arbeiter, die auf den Farmen und in den Werkstätten tätig sind, es sind Frauen und Kinder darunter, von denen viele in Lebensgefahr waren. Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich Gegner einer ausbeuterischen Kolonialpolitik; aber nachdem das Deutsche Reich einmal diese Gebiete in Besitz genommen hat, hat es auch gewisse Pflichten übernommen, und zu diesen Pflichten gehört der Schutz des Lebens. Die Regierung hatte die Pflicht, das Leben der Ansiedler zu retten, deshalb haben wir, als die Regierung die Mittel dazu verlangte, nicht mit Nein gestimmt, sondern uns der Stimme enthalten. Dafür haben wir nicht gestimmt, weil im voraus zu sehen war, daß die Expedition sich nicht auf den Schutz des Lebens der Ansiedler beschränken würde.

Unser Verhalten ist nicht ohne Präzedenzfall. Im Jahre 1870, bei den Forderungen für den Krieg, haben sich unsere Vertreter ebenfalls der Stimme enthalten, desgleichen 1885 beim Dynamitgesetz. Einen prinzipiellen Verstoß kann man also in der Stimmenthaltung nicht erblicken. In der allgemeinen Abneigung gegen koloniale Unternehmungen innerhalb der kapitalistischen Ära sind wir uns alle einig. Aber trotzdem kann es Situationen geben, wo wir genötigt sind, positiv bessernd in die Kolonialpolitik einzugreifen. Man darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: die Sache geht uns gar nichts an; denn sonst können wir nicht die Aufgabe erfüllen, schützend unsere Hand über die in den Kolonien Unterdrückten und Ausgebeuteten zu halten. Ein Vergleich mit den Chinawirren ist ganz haltlos, denn da handelte es sich um deutsche Soldaten, die gegen eine unabhängige Macht geschickt wurden. Der Antrag 42 ist ganz unannehmbar. Zu welchen Konsequenzen dessen Annahme führen würde, will ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen: In der Budgetkommission handelte es sich einmal um die Finanzierung des ostasiatischen Expeditionskorps, eine Einrichtung, die wir aufs heftigste bekämpft haben; aber trotzdem wir schließlich alles ablehnten, haben wir doch den Antrag des Zentrums, an den Forderungen für Lazarette Abschnitte zu machen, durch den Mund von Singer bekämpfen lassen, und mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde der Antrag zu Falle gebracht; es war also ein Eintreten für koloniale Zwecke, die wir aus Humanitätsgründen bewilligten. Wir sagten uns, wenn unsere Soldaten dorthin geschickt werden, dann muß auch für genügende sanitäre Einrichtungen in ihrem Interesse gesorgt werden. Wäre damals Antrag 42 schon angenommen gewesen, so hätten wir nicht so handeln dürfen. Ferner werden Sie aus den Reichstags-Verhandlungen wissen, daß wir den Schutz der Neger in Logo gegen die Land Spekulanten in die Hand genommen und die Minderstimmigkeit der ihnen abgeschwinderelten Ländereien an sie gefordert hatten. Ich habe damals im Namen der Fraktion erklärt, daß wir bereit seien, Gelder zu bewilligen, um aus Reichsmitteln das Land kostenfrei wieder zur Verfügung zu stellen. Eine solche Haltung wäre unmöglich, wenn der Antrag Essen angenommen würde. Er würde die Fraktion binden in einer wichtigen Frage und sie verhindern, ihre Pflicht den zehn Millionen Negern und den weißen Ansiedlern gegenüber zu erfüllen. Damit fördern wir aber nicht das Kolonialwesen, das ist in keiner Hinsicht die Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Nun zu einigen andern Punkten. Ich bedauere, daß der Antrag 48 hier nicht unterstützt worden ist, weil ich ihn nun nicht mehr bekämpfen kann. Manche Anträge sollte man unterstützen, nur damit sie zur Debatte kommen. Wenn vollends ein Provinzial-Parteitag einen Antrag stellt, muß man auch dafür sorgen, daß er zur Verhandlung kommt. Glücklicherweise kam diese Frage trotzdem hier besprochen werden, da Köstlin eine Rede gehalten hat, auf die ich eingehen muß. Köstlin hat die Haltung der Fraktion dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte gegenüber kritisiert. Die Fraktion hatte mit großer

Mehrheit beschlossen, den Gesetzentwurf abzulehnen. Leider hatte Köstlin die Gründe für unsere Haltung in Sietzlin nicht mit angeführt. Wir stimmten gegen das Gesetz, einmal, weil den Frauen das Stimmrecht verweigert wurde. Das bedeutet für die weiblichen Angestellten im Kaufmannsstande einen schweren Schlag. Selbst einige Liberale hatten deshalb gegen den Entwurf gestimmt. Wir hatten keine Veranlassung, den Umfall der bürgerlichen Parteien mitzumachen. Der zweite Grund, gegen das Gesetz zu stimmen, bestand in der Verkürzung des Wahlrechts für männliche Angestellte des Kaufmannsberufes, eine Maßnahme, die das Gesetz für einzelne Orte überhaupt unausführbar gemacht hätte. Hätten wir dafür gestimmt, so wäre das eine Blamage für die Partei gewesen. (Sehr wahr!) Wir sind der Ueberzeugung, daß wir uns hier genau so auf dem richtigen Weg befanden, wie bei unserer ablehnenden Stellung gegenüber dem Gesetze über die Entschädigung unschuldig Verhafteter. Wir können uns nicht so schematisch an die Vorschrift binden, jedes Gesetz anzunehmen, das einen kleinen sozialpolitischen Fortschritt enthält. Es kann einen größeren Nachteil enthalten oder durch Gewährung eines kleinen Vorteils die Erringung eines größeren in nächster Zeit verhindern. Wir müssen immer nach der Situation entscheiden, sonst wird die Fraktion eine Jagemaschine für alle sozialpolitischen Reformideen. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte über den allgemeinen Angriff gegen die Tätigkeit der Fraktion. So meint Zimm in der „Neuen Zeit“, wir hätten uns in der Defensive befunden. Welche aggressive Aktionspläne wir in der Fraktion erörtert haben, brauche ich nicht zu erzählen, aber Zimm irrt sich in der Hauptsache. Er hält offenbar jede Kritik für defensiv, aber unsere Kritik ist keine defensive, sondern eine aggressive Aktion. Es liegt im Wesen einer Opposition, daß sie aggressiv ist; aber eine Opposition, die in der Minderheit ist, kann sich im Reichstage nicht den Kampfplatz wählen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien bestimmen ihn. Unsere Aufgabe ist, bei allen Gelegenheiten zu zeigen, wie schlecht in Deutschland regiert wird, welche Mißbräuche bestehen. Wir folgen dem alten politischen Grundsatz, der schon in der englischen Revolution aufgestellt worden ist, Beschwerden abzustellen. Zimm führt auch ein Beispiel an, er meint, wir hätten anlässlich der lex Stengel eine Steuerreform beantragen müssen. Zimm macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn er glaubt, daß man durch eine bloße Steuerreform eine Volksbewegung entfesseln könne. Wir würden doch, bevor wir solche Reformen beantragen, erst dafür sorgen müssen, daß die Ausgaben für Militarismus, Marinismus und andre unproduktive Zwecke verschwinden, und erst dann würden wir zu unteruchen haben, wie die noch übrigen bleibenden Ausgaben gedeckt werden können. Weiter wirft uns Zimm vor, daß wir kein Heimarbeiterschutzgesetz eingebracht haben. Den Wunsch, ein solches Gesetz einzubringen, haben wir alle; wir haben es auch versucht, aber der Entwurf befriedigte uns nicht. Dazu kommt der rein äußerliche Grund, daß wir überhaupt in der ganzen Session keinen Gesetzentwurf zur Erörterung bringen konnten. Das ist uns bereitet worden. Soweit es möglich ist, bringen wir Gesetzentwürfe ein; wir haben etwa 15 eingebracht und werden auch ein Heimarbeiterschutzgesetz beantragen. Daß unser Einfluß zurückgegangen ist, stimmt nicht. Diese Aeußerung von Zimm zeugt von einer Verfehlung der Situation. Der Einfluß der Partei beruht doch nicht auf dem Wohlwollen irgend welcher bürgerlicher Abgeordnete oder Minister; darauf beruhten wir. Unser Einfluß beruht auch nicht auf den 78 Abgeordneten, sondern darauf, daß wir in ständiger Fühlung mit der großen Masse der Parteigenossen leben. Wir würden nichts freudiger begrüßen, als wenn diese Fühlung noch enger und dadurch der Einfluß der proletarischen Emanzipationsbewegung verstärkt würde, so daß sie den Gegnern schließlich über den Kopf wächst.

Darauf arbeiten wir hin, das suchen wir mit unseren bescheidenen Kräften im Reichstage zu erreichen. Wägen wir hier und da fehlen — ja, ich glaube, es ist keiner unter uns, der sich nicht bei jeder Aktion sagt: eigentlich hätten wir es besser machen können. In dieser Selbstkritik liegt die Würsigkeit dafür, daß man und nimmer die Zeit eintreten wird, die Tünnen schon jetzt gelommen glaubt, wo der Einfluß der Fraktion oder der Partei schwindet. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Einfluß stärker und stärker wird. Wenn aber die Fraktion sich löst von der Partei, wenn sie sich absondert von der Masse des klassenbewußten Proletariats, dann wird es ihr gehen wie dem Niesen Antäus, der macht- und kraftlos wird, wenn er von dem Mutterboden losgerissen ist, ich hoffe jedoch, daß auf unsre Partei das Heimische Wort zutrifft, das er in Anspielung auf die Sage von dem Niesen Antäus singt:

„Der Niese hat wieder die Mutter berührt,
Und es wachsen ihm wieder die Kräfte.“

(Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Debel (133) wird genügend unterstützt, steht also mit zur Debatte.

Die Diskussion wird eröffnet.

Dr. Michels - Marburg: So formgewandt und durchdacht das Referat Lebehours war, in einer Beziehung hat er mich und andre nicht überzeugen können, ich meine die Haltung der Fraktion in der Hererofrage. Gewiß war das eine schwierige Lage. Wir hatten keine sicheren Nachrichten, denn in den Kolonien haben wir noch keine Vertrauensleute. (Heiterkeit.) Die Hereros, das stand fest, waren zur Revolution geradezu aufgepeitscht worden und kämpften für ihr Land, von dem sie die Kapitalisten depossidiert hatten. Das mußte ihnen schon gewisse Sympathien bei uns sichern. Ja, sie hätten sogar die Sympathie der Verteidiger des Privateigentums haben müssen! Wir teilen den Standpunkt nicht, daß es sich darum gehandelt habe, Menschenleben zu retten. Wie will man Menschenleben retten, indem man Menschenleben preisgibt und Tausende von Soldaten eventuell in den Tod schießt? Mit dem Antrage 42 bin ich allerdings nicht einverstanden. Eine Stimmhaltung kann ja Verschiedenartiges bedeuten: Zustimmung oder Ablehnung. Der Hinweis auf das Verhalten unsrer Fraktion im Jahre 1870 hinsichtlich der Kriegsforderungen paßt meines Erachtens nicht. Es handelt sich bei den Kolonialforderungen um eine Politik, die wir bisher stets bekämpft haben. Wenn wir uns da plötzlich der Stimme enthalten, macht das den Eindruck des Schwankens. Debel hat in einer großen Reichstagsrede erklärt: die Sozialdemokraten würden das Vaterland mit verteidigen, wenn es angegriffen würde; wir würden keinen Fehden Landes preisgeben. Ein organisierter Genosse schrieb mir damals, Debel sei wohl nationalsozial geworden. (Heiterkeit.) Ich erwiderte ihm: „Das glaube ich nicht. Debel sei eine wunderbare Stradivariageige, nur manchmal setze der Bogen falsch an, und dann komme ein Ton heraus, der um einen Ton zu hoch sei.“ (Heiterkeit.) Ich bin allerdings der Meinung, daß der Satz, wir würden jeden Fehden des Reiches verteidigen, dem Parteiprogramm widerspricht. (Debel: Na, na!) Ich meine den Satz unseres Programms über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Ja, hätten wir den abgeschlossenen Nationalstaat, so hätte Debel Recht. Aber wir leben in einem Staatswesen, welches sich dänische, französische und polnische Gebietsteile angeeignet hat. Denken Sie sich nun den Fall, die Haktisten trieben die polnische Bevölkerung zum Aufstand; müßte dann nicht unsre Sympathie auf Seiten der Polen stehen? Sollten wir da bis zu unserem letzten Blutstropfen kämpfen, um die Polen garistisch niederzuwerfen?

Vors. Ebert stellt zu dem Antrage Jakobson (140) die Unterstützungfrage:

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Hoch-Ganau bedauert, daß die Fraktion die Beratung der von ihr gestellten sozialpolitischen Resolutionen im Reichstage nicht erreicht hat, und erwartet, daß sie in Zukunft auf eine Beratung dringen wird.

Weiter bedauert er, daß die Fraktion das an sie herangetretene Ersuchen abgelehnt hat, die Vorfälle beim Leipziger Metzestreit zum Gegenstand einer Interpellation zu machen. Zur Metzfrage selbst braucht dabei ja gar nicht Stellung genommen zu werden, es handelt sich nur darum, gegen die unerhörten Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Klassen zu protestieren.

Kollwagen-Augsburg begründet den Antrag 44.

Der Schutz der Gewissensfreiheit ist neben den politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Gewissensfreiheit ist in verschiedenen Stadien des Lebens bedroht, so auch beim Ableben eines Menschen. Der Staat überläßt das Begräbnis seiner Bürger der Kirche und den Hinterbliebenen. Wir wollen nicht einen Kampf mit der Kirche mit unsren Anträgen probozieren, sondern nur, daß der Staat wie bei der Ehe auch beim Begräbnis die Gewissensfreiheit seiner Angehörigen schützt. Es gibt Momente, wo die Kirche, namentlich die katholische, überhaupt verfaßt, ein Begräbnis zu geben. Hier muß der Staat unter allen Umständen eingreifen. Es muß auch die Brutalität beseitigt werden, daß z. B. Selbstmördern kein ehliches Begräbnis gewährt wird. Wir sind überzeugt, daß wir mit der Propagierung des Zivilbegräbnisses in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und auch der Bürgerschaft Anklang finden würden.

Lipinski-Leipzig: Dem Genossen Hoch erwidere ich, daß die Fraktion in der Krankenassen-Angelegenheit nicht untätig gewesen ist. Sie hat eine Kommission gewählt, der auch Prähdorf angehörte. Diese hat während der Pfingstferien getagt und dann vorge schlagen, zurzeit keine Schritte zu ergreifen. Die Fraktion hat sich dem Vorschlage angeschlossen und Genosse Prähdorf, der Beteiligter war, sowie die Mehrzahl der Leipziger Abgeordneten, haben sich hiermit einverstanden erklärt. Ich komme auf die Rede Köstiens und das Tadelvotum der pommerischen Genossen zurück. Wie lag die Sache? Im Jahre 1903 wurde ein Regierungsentwurf veröffentlicht, der die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten im Anschluß an das Gewerbegerichtsgebiet für Gemeinden von über 20 000 Einwohnern vorschlag. Im Januar 1904 kam dann der andre Regierungsentwurf, der die obligatorische Errichtung für Gemeinden von mehr als 50 000 Einwohnern vorschlag und eine Reihe reaktionärer Bestimmungen enthielt. Nur ist durch die Gewerbebegählung von 1895 festgesetzt worden, daß bei dem in der Vorlage vorgesehenen Alter zum aktiven Wahlrecht von 25 Jahren 53 Prozent der Handlungsgehilfen und beim passiven Wahlrecht von 30 Jahren 70 Prozent der Handlungsgehilfen vom Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten ausgeschlossen wurden. Die Handlungsgehilfen im höheren Alter werden selbständig und sei es als Agent oder scheidet aus dem Verufe aus. Hierzu kam, daß die Kaufmannsgerichte nicht zuständig sein sollen, wenn der Jahresarbeitsverdienst 5000 M. übersteigt und das passive Wahlrecht an die Bedingung der zweijährigen Beschäftigung am Orte geknüpft wird. Dadurch wurde die Zahl der Handlungsgehilfen, die vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen wurden, noch bedeutend erhöht. 1895 wurden ferner 120 000 Handlungsgehilfinnen gezählt, deren Zahl nach der Stichprobe der Enquête von 1901 auf 200 000 geschätzt werden kann, bei ca. 600 000 Handelsangestellten überhaupt. All diese Tatsachen bestimmen die Kommission, die obligatorische Errichtung für Gemeinden von mehr als 20 000 Einwohnern vorzuschlagen, das aktive

Wahlrecht an das 21. Lebensjahr und das passive Wahlrecht an das 25. Lebensjahr zu binden, sowie den Frauen das aktive Wahlrecht zu geben. Den Frauen auch das passive Wahlrecht zu geben, scheiterte an einer zufälligen Minderbeziehung der Kommission. Im Plenum brachten aber die Mehrheitsparteien einen Kompromißantrag, der den Frauen das aktive Wahlrecht wieder nahm und das Alter für das aktive Wahlrecht auf das 25. und für das passive Wahlrecht auf das 30. Lebensjahr heraufsetzte. Dadurch waren wir vor die Frage gestellt, ob das Gesetz noch den getvovkten Zweck erreichen könnte. Wir kamen zu der Ueberzeugung, daß die Vorlage wieder durch den Kompromißantrag auf die Regierungsvorlage zurückgeführt werde und das Gesetz nur für größere Gemeinden ausführbar sei und grundsätzlich die Frauen ausgeschlossen wurden. Alles dies bestimmte uns, gegen das verkrüppelte Gesetz zu stimmen. Ein Ausweg war nur dann möglich, wenn man die Vorlage als Novelle zum Gewerbegerichts-gesetz ansah, die dann tatsächlich einige Vorteile gegenüber dem Gewerbegerichts-gesetz brachte. Diesen Weg konnte man nicht gehen, wollte man sich nicht juristisch Zwang antun. Der ausgesprochene Tadel wird auch von den gewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen der Großstädte nicht geteilt und ist es auffällig, daß gerade der Tadel aus Pommern kam. Die Fraktion konnte nicht anders stimmen, wollte sie sich den Weg für später nicht verlegen, eine Verbesserung des Gesetzes zu erreichen.

Dümel - Dortmund: In erster Linie mißbilligen die Dortmunder Genossen die Haltung der Fraktion in der *Gerero*-Frage. Die Fraktion habe sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar gemacht. Mit denselben Argumente könnte man sagen, die Franzosen haben ein neues Gesetz eingeführt, infolgedessen müssen die Sozialdemokraten auch diesem System neue Kanonen bewilligen zum Schutze der Deutschen. Mit demselben Argument kann man schließlich auch sagen, die und die Industrie ist in Gefahr, wir müssen sie schützen. So kommen wir zu den berühmten Erziehungssälen. In Wirklichkeit sind die Säle auf Rohprodukte, speziell der Roheisenzoll, keine Erziehungssäle, sondern Bereicherungssäle für die Großindustrie zum Schaden der Verarbeitungindustrien. Diese Art Zollpolitik hat unsere gesamte Volkswirtschaft schwer geschädigt. Wenn Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs vorgelegt werden sollten, würde es sich eventuell wieder empfehlen, Obstruktion dagegen zu treiben. Wir würden es für richtig halten, die theoretischen Diskussionen über die Handelspolitik zurzeit einzustellen und die Agitation der Partei auf praktisches Handeln zu konzentrieren, nämlich auf eine kräftige Abwehr gegen Handelsverträge auf Grundlage des neuen Zolltarifs.

Körsten-Berlin: Ich muß einiges auf die Ausführungen Ledebours zu dem Antrag aus Pommern erwidern. Es ist nicht Effektlosigkeit oder Lust zum Nörgeln, die mich zu meiner Rede bestimmt hat, sondern ich empfind längst das Bedürfnis, zu dieser Frage einmal offen meine Meinung zu sagen. Ich bin überzeugt, daß in bezug auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten so manche Genossen mit mir übereinstimmen, wenn man auch nicht den Mut hat, das hier zum Ausdruck zu bringen. (Unruhe.) Durch diese Abstimmung wird uns die Agitation in den einzelnen Landesteilen fürchtbar erschwert (Sehr richtig!), besonders auch in Pommern. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen Berlin VI, Leipzig und Hinterpommern, und weil unsere Wähler andwe sind als die Wähler in den Industriebezirken, versetzten wir unsern Antrag.

Sie sollten einmal unsere Wähler kennen lernen, wenn sie antreten mit sämtlichen Orden und Ehrenzeichen, um alsdann sozialdemokratisch zu wählen. Ich habe es selbst erlebt, daß ein Polizist in das Hoch auf die Sozialdemokratie infamirte. (Weiterleut.) In Pommern hat man in den letzten Wahlen mit kaum etwas andrem agitiert als damit, daß die Sozialdemokratie unschuldig sei an der sozialen Gesetzgebung. Allerdings glauben ja unsere Leute den Gegnern

nicht. (Adolf Hoffmann: Na also!) Aber auf der andern Seite stehen die Dinge so, daß die Gegner stets darauf bedacht sind, uns den Boden abzugraben. (Zuruf: Selbstverständlich!) Es ist uns vorgeworfen worden, wir hätten nicht den Mut unsren Wählern die Ablehnungsgründe vorzutragen. Wir haben aber vielfach gar keine Gelegenheit, die Wähler aufzuklären, weil wir keine Lokale haben. Sollen wir auf die andern Wähler verzichten? Wir müssen sie doch erst allmählich zur Sozialdemokratie erziehen. Wenn wir mit dem Nachstundentag in Pommern agitieren wollten, dann wäre es aus mit den Erfolgen; wir müssen zu dieser mittleren Politit greifen, das hat uns die Stimmen gebracht. Man hat mir gesagt: Du darfst das nicht zur Sprache bringen. Ich halte diesen Standpunkt für prinzipiell falsch. Wir wäre es lieber, wenn die Partei für die soziale Gesetzgebung überhaupt stimmen würde. Die Fraktion kam ihren Standpunkt trotzdem mit aller Verbe zum Ausdruck bringen. Wir haben ja für verschiedene Gesetze gestimmt, die auch nicht unsre Wünsche erfüllen; ich erinnere an das Unfall- und Invaliden-Versicherungsgesetz, vor allem an das Gewerbegerichts-Gesetz, das nicht einmal das erreicht, was bei den Kaufmannsgerichten durchgeführt ist, wie die obligatorische Proportionalmaß, die Konkurrenzklausel usw. Nun wird behauptet, wir hätten gegen das Gesetz stimmen müssen, weil den Frauen nicht das Stimmrecht gewährt würde. Die Fraktion selbst aber hatte beschlossen, wenn auch das Frauenstimmrecht siele, doch für das Gesetz zu stimmen, wenn nur die Wahlrechts-grenze nach unsren Wünschen festgesetzt wurde. Wir sind ja in der angenehmen Lage, daß das Gesetz angenommen ist, aber wie hätten wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre? Wir hätten doch die Zustimmung der organisierten Handlungsgehilfen für dieses Separatgesetz für die Kaufleute auch ohne für das Frauenstimmrecht zu stimmen. Lipinski hat heute durchaus nicht im Interesse und Sinn der Handlungsgehilfen gesprochen. Ich befürchte, daß diese in der Agitation zur Wahl einen schweren Standpunkt haben werden.

Rebel: Genosse Dümel hat die Frage der Handelsverträge berührt. Keiner von uns ist in der Lage, erklären zu können, wie die Fraktion ihre Taktik bei der Handelsvertragsfrage einrichtet wird. (Sehr richtig!) Eine eigentliche Obstruktionspolitik aber ist deshalb unmöglich, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. (Sehr wahr!)

Nun zu den Ausführungen von Körsten. Ich bedauere, daß mir nicht längere Zeit zur Verfügung steht, denn Körsten hat hier gewissermaßen die Partei und die Fraktion in ihrer ganzen parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit immer nur auf die rückständigen Wählerkreise Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut!) Was man da für angemessen hält, das hätte die Grundlage für unsere Taktik zu sein. Wir haben bisher die gegenteilige Auffassung vertreten. Wir haben die Ansicht vertreten, daß wir die rückständigen Wähler zu erziehen haben (Sehr richtig!) und daß wir das einzig und allein von dem höheren Standpunkt des Prinzips aus können, und wir sind dabei gut gefahren, wie unsre Erfolge beweisen. Alle die Anklagen, die Körsten vorgebracht hat, haben im letzten Wahlkampf eine entscheidende Rolle gespielt, und das Resultat war eine Steigerung unsrer Stimmen um fast 50 Prozent und eine entsprechende Steigerung unsrer Mandate. Wie man angesichts solcher Resultate eine rückständige, ich möchte fast sagen reaktionäre Taktik vertreten kann, ist mir unbegreiflich. Sollte das richtig sein, was Körsten hier gesagt hat, dann wundern mich nur, daß er gewähnt ist. (Sehr gut!) Wir wollen Körsten die Freiheit, sich vor seinen Wählern zu verantworten, nicht nehmen. Er konnte sich auch wegen seiner Haltung in der Fraktion ein Vertrauensvotum von ihnen ausstellen lassen. Was wir aber tadeln, ist, daß er es nicht verhindert hat, daß ein solcher

Antrag angenommen wurde, der indirekt ein Tadelvotum gegen die Mehrheit seiner Kollegen in sich schließt. (Zustimmung.) Wir sind alle — das wissen Sie ganz genau, Kollege Köpfen, auch bei Ihrer kurzen parlamentarischen Tätigkeit — halb der eine, halb der andre in der Minderheit geblieben, und ich in meiner langjährigen parlamentarischen Praxis sehr oft. Wenn wir aber dann hingehen, unsern Wählern die Sache einseitig schildern und mit solchen Anträgen auf den Parteitag kommen, dann würde das ein schöner Zustand in der Partei werden. Dagegen muß ich mich auf das allerentschiedenste verwahren.

Einige Worte über die Kritik von Timm. Ich freue mich immer über jede Kritik, die geübt wird, und ich freue mich besonders, daß diesmal auch dem Vorstande etwas am Zeuge gestiftet wird. Wenn ich nicht Vorstandsmitglied wäre, hätte ich schon längst dem Vorstande eins ausgewischt. (Große Heiterkeit.) Also kritisiert, so viel Ihr wollt, aber die Kritik muß gerecht sein, und die Kritik von Timm war zum großen Teil nicht gerecht. Das beruht zum großen Teil darauf, daß Timm den parlamentarischen Mechanismus nicht genau kennt, was mich allerdings bei einem so alten Genossen sehr wundert. Wir haben in den ersten zehn Tagen dieser Session nicht weniger als 14 Initiativanträge eingebracht, darunter den großen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den Antrag betr. den Achtstundentag, den Antrag betr. den Frauen-Arbeitstag, den Antrag, die Gewerbe-Inspektion zur Reichsfrage zu machen usw., lauter sozialpolitische Anträge von großer Bedeutung. Wir haben dann später den Bauarbeiterschutz-Entwurf, den die Maurer ausgearbeitet hatten, in der Fraktion beraten und eingebracht. Der Heimarbeiterschutzgesetz-Entwurf wurde zu spät fertig, wir überwießen ihn einer Kommission, aber der Beschluß der Kommission fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Fraktion, und es sollte abermals der Heimarbeiterschutz einer Beratung unterzogen werden. Aber mittlerweile wurde die Session vertagt. Das war jedoch vollständig gleichgültig, weil überhaupt keine Aussicht war, den Entwurf, selbst wenn wir ihn als ersten eingebracht hätten, zu verhandeln. Und wenn nun Timm sagt, die Nachstellung der Fraktion habe im Reichstage abgenommen, so frage ich: ja, wo findet man auch nur den geringsten Beweis dafür? Wir im Reichstage haben von unsrer größeren Schwäche trotz größerer Stärke nicht das mindeste zu spüren bekommen; wir haben das Gegenteil wahrgenommen, wir haben vielmehr gesehen, daß die Tatsache der drei Millionen Stimmen und der circa 80 Mandate auf unsre Gegner außerordentlich aufseuernd gewirkt hat. Das Zentrum hat in keiner Session soviel Initiativanträge eingebracht wie diesmal. Und um uns nun erst recht den Rang abzulaufen, hat es, als es ganz klar war, daß an die Beratung der Anträge überhaupt nicht mehr zu denken war, einen besonders schlauen Weg beschritten, seine sämtlichen Initiativanträge als Resolutionen zum Etat zu stellen. Wir fragten uns, ob auch wir diesen Weg betreten sollten. Es war ein illophaler Weg, aber alle übrigen Parteien betreten ihn, und da sagten auch wir uns, so sehr wir diesen Weg verurteilen, bleibt uns doch nichts andres übrig, als ebenso zu verfahren. Nun erlebten wir das wunderbare Schauspiel, 70 bis 80 Initiativanträge in Resolutionen umgewandelt zu sehen. Es war ein solcher Reichtum an Resolutionen, daß der Reichstag buchstäblich daran ersickt ist, das heißt keine einzige konnte mehr zur Beratung kommen, um so weniger, als diesmal die Spezialberatung des Etats einen Umfang annahm wie nie zuvor, so daß der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wurde. Bis heute noch steht die Beratung dieser Resolutionen aus, weil es eben infolge der ganz ungewöhnlich langen Etatsberatung nicht möglich war, auch nur eine zu beraten, machte Graf Balleskrem den Vorschlag, die Resolutionen nach einzelnen Kapiteln zu teilen und nach Schluß des Etats zu beraten. Aber da stellte es sich heraus, daß durch die Beratung der Nachtrags-Etats für den Hereroaufstand usw. es unmöglich

war, das durchzuführen. Wir haben im Seniorenkongress alles Mögliche aufgebieten, die Resolutionen zur Beratung zu bringen, aber die Mehrheit war gegen uns. Ich habe schon in Dresden die Warnung ausgesprochen: Bildet Euch nicht ein, daß, weil wir jetzt drei Millionen Stimmen und 80 Mandate haben, unser Einfluß im Reichstag auf die Entscheidungen derselben ein maßgebender geworden sei als früher. Es ist eine Torheit dieses zu glauben. (Sehr richtig!) Im übrigen ist an eine praktische Verwirklichung dieser ganzen Initiativantrags-Wirtschaft, wie ich es einmal nennen will, nicht zu denken. Der Reichstag müßte mindestens zwei volle Sessionen zu je sechs Monaten daran wenden, um alle die Anträge zu erledigen. Das ist aber unmöglich, und so kommen wir auch auf parlamentarischem Gebiete in eine Situation, aus der wir nicht mehr wissen wie wir herauskommen. So liegen die Dinge heute im Reichstag. Deshalb rate ich Ihnen dringend, die parlamentarische Tätigkeit nicht zu überschätzen, wie ich mich auch dagegen erklären muß, daß man sie unterschätzt. Es konnte gar nicht anders gehandelt werden, und wenn wir jetzt eine Kommission, wie sie Timm wünscht, niederlegen würden, die uns in einem Jahre 12 Gesetzentwürfe fertig machte, so würde das im Reichstage uns auch nicht einen Schritt weiter bringen.

Ich möchte nun erst auf einige Vorwürfe eingehen, die bis zu einem gewissen Grade mich persönlich betreffen. Man hat die Haltung der Fraktion bei der ersten Beratung der Herero-Kredite bemängelt, weil wir uns der Abstimmung enthielten. Hätte man die Motivierung, die ich damals namens der Fraktion abgab, mit in Erwägung gezogen, dann hätte zu diesen Bemängelungen kein Anlaß vorgelegen. (Sehr richtig!) Beiläufig bemerkt, war ein Teil der Fraktion gegen die Bewilligung. Man glaube überhaupt nicht, daß es in der Fraktion immer so friedlich hergeht; wir geraten uns bei jeder Gelegenheit an die Köpfe (Heiterkeit), und das ist sehr gut. Wir hatten sehr scharfe Debatten. Schließlich hat sich die Mehrheit, und darunter war ich, für die Stimmenthaltung ausgesprochen. Warum? — Weil in der Periode, wo die Sache zur Verhandlung stand, wirklich erwiezene Tatsachen über die Ursachen des Aufstandes noch nicht vorlagen. In Volksversammlungen, wo man keine direkte Verantwortung zu tragen hat, kann ein Redner leicht auftreten und kurzerhand sagen: wir dürfen die Forderung unter keinen Umständen bewilligen. Aber als Volksvertreter habe ich zu prüfen, wie das vorhandene Material auf meine Entschliebung einzuwirken hat. Deshalb habe ich namens der Fraktion dem Sinne nach erklärt: Wir haben große Befürchtung, daß durch Eure Politik in Südwest-Afrika der Aufstand herborgeufen wurde, aber wir haben in diesem Augenblick noch nicht diese Beweise, und weil wir andererseits auch nicht glauben können, daß die Schuld nur auf der Gegenseite liegt, wie ihr es darstellt, enthalten wir uns vorläufig der Abstimmung, werden aber, falls unsre Befürchtung, daß durch Eure Politik der Aufstand verursacht war, sich rechtfertigt, gegen die Forderung stimmen. Das war eine Erklärung, wie sie korrekter nicht abgegeben werden konnte, und die Mut unsrer Gegner über dieses unser Verhalten bewies, daß wir recht hatten. Als dann bei der dritten Lesung des Etats das Material vorlag, das bewies, was wir von Anfang an befürchtet hatten, haben wir die Kredite abgelehnt. Noch ein Wort über meine Erklärung, daß wir im Falle eines Angriffskrieges unter keinen Umständen dulden würden, daß deutsches Land verloren geht. Ich habe mich gewundert, daß diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Partei solches Aufsehen erregt hat. Das kommt daher, weil die meisten Menschen ein so kurzes Gedächtnis haben und weil es in der Partei eine Menge junger Leute gibt, die die Parteigeschichte nicht kennen. Die gleiche Erklärung habe ich vor 24 Jahren zum erstenmal im Reichstage abgegeben und im Jahre 1880 hat es darüber sogar zwickischen Vollmar und mir zu einer Auseinandersetzung im „Sozialdemokrat“ geführt. Vollmar war damals

andrer Ansicht, hat sich aber später bekehrt. In den achtziger und neunziger Jahren haben wir bei der Etablierung wiederholt dasselbe erklärt. Diese Erklärung steht keineswegs in Widerspruch zu unserer Taktik gegen den Militäretat zu stimmen, denn im Militäretat bekämpfen wir das System, das zur Verteidigung des Landes in Betracht kommt. Aber in dem Augenblick, wo wir die Ueberzeugung haben, daß ein Angriffskrieg zwecks Eroberung deutschen Landes vorliegt, haben auch wir uns stets zur Verteidigung des Landes bereit erklärt. (Sehr richtig!) Hätten wir 1870 die Ueberzeugung gehabt, die sich ja nachher bewahrheitet hat, daß Bismarck durch eine raffiniert geschickte Politik die Karten so gemischt hatte, daß Napoleon gezwungen war, den Krieg zu erklären in dem Moment, den Bismarck wollte, dann hätten wir uns damals nicht der Abstimmung enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt. Wir haben uns auch in dieser Frage stets korrekt verhalten. Sie können versichert sein, daß die Fraktion am allerwenigsten bei wichtigen Fragen so Solterdiepolder-Beschlüsse faßt, sondern daß wir stets eingehend beraten und entsprechend dem Beschluß der Mehrheit handeln. (Lebhafter Beifall.)

Stadttag antwortet auf die Weißwerde Hochs. Darüber waren wir uns in der Fraktion einig, daß wir, wenn irgend möglich, den gemeinsamen Eingriff von Ärzten und Verwaltung in das Recht der Krankenkassen gebührend kennzeichnen müßten. Zunächst war man in der Fraktion geneigt, sofort eine Interpellation einzubringen, die auf die Leipziger und Kölner Eingriffe in erster Linie sich beziehen sollte. Bei näherer Prüfung der Sachlage in dieser Unterkommission der Fraktion und in dieser selbst gelangten wir zu der Ueberzeugung: bei der damaligen politischen Situation wäre eine Interpellation ergebnislos und vielleicht für die Klassen direkt schädigend gewesen. Man hätte uns gesagt, das Verwaltungsstreitverfahren ist ja auf Grund des § 45 möglich, — ob und in welchem Umfange gegen Maßnahmen, die sich auf § 56 a stützen ein Verwaltungsstreitverfahren möglich ist, war doch mindestens damals noch unentschieden und ist auch jetzt in befriedigender Weise noch nicht entschieden — wartet doch erst einmal den ordentlichen Instanzenweg ab. Außerdem wäre das gesegwidrige Verhalten der Ärzte und die bekannnten Maßnahmen der Verwaltungsbehörden, die gleichfalls mindestens gegen den Sinn des Gesetzes verstößen, zweifellos von den bürgerlichen Parteien so verteidigt worden, daß die Behörden nur zu weiteren Eingriffen auch an anderen Orten ermuntert worden wären. Wir stehen ja nicht vor einzelnen Vorkommnissen, sondern vor einem systematischen Vorgehen gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen auf allen Gebieten, nicht nur dem der Ärztefrage, und diesem Vorgehen müssen wir allgemein gründlich entgegenreten. Das haben wir verschoben. Also in der Sache differieren wir mit Hoch nicht. Im Interesse der Sache mußte die Interpellation verallgemeinert und verschoben werden. Die Eingriffe in das schmale Selbstverwaltungsrecht sind systematische. Die ganze Sozialgesetzgebung soll immer mehr zu einem Stück Armenrecht ohne Selbstverwaltung werden. In dieser Beziehung stehen wir vor schweren Kämpfen. Können wir irrt sich, wenn er meint, daß irgend etwas für die Arbeiter geschehen wäre, was nicht die Sozialdemokratie angeregt hätte. Wenn wir aber jeder scheinbaren Reform zustimmen würden, würden wir das Schicksal der Nationalliberalen teilen. Ich würde meine Wähler außerordentlich gering schätzen, wenn sie mir Vorwürfe machten, weil ich ein Gesetz abgelehnt habe, dem ich nach meinen Grundsätzen nicht zustimmen konnte. Es ist gesagt worden, die Erwartungen, die man auf die Fraktion gesetzt habe, seien nicht erfüllt worden. Das kann nur daran liegen, daß diese Erwartungen unberechtigt waren. Bedenken Sie immer, daß es im Wesen des Klassenkampfes liegt, daß, je größer unsere Partei wird, um so energischer auch der Widerstand gegen uns wird. Der Gegensatz zwischen der inneren Macht unserer Partei und dem äußeren Insaufgefallen liegt im Wesen

des Klassenkampfes, liegt in der Natur des Klassenkampfes, in dem die alte Welt mit immer größerer Hartnäckigkeit sich gegen die neue Welt, gegen die Zukunft, für die wir arbeiten, sträubt. Die Furcht und die Ohnmacht unserer Gegner vor unserer Idee zwingt zu widerwilligen Zugeständnissen, aber noch viel lebhafter zu dem Schein, als ob die Sozialdemokratie äußere Erfolge nicht zeitige. Es gibt kaum ein Gesetz, in dem nicht die vorwärtsdrängende Arbeit der Sozialdemokratie in den Grundlinien und in Einzelheiten sich offenbart, in einigen Punkten sind wir — darauf mache ich Genossen Körsiens besonders aufmerksam und bitte ihn, seine Kraft dahin zu verwenden, daß ähnliches in Zukunft vermieden werde — im Gesetz weiter als Gewerkschaften festzuhalten vermöchten. Ich weise auf die Abmachung hin, die Sie auf S. 17 des Vorstandsberichts (S. 25 des Protokolls) finden. Sie steht hinter dem Erfordernis des § 616 B.G. Auch Tarifverträge sind teilweise nicht in der Lage gewesen, das festzuhalten, das z. B. in §§ 616 und 304 B.G. für den Arbeiter heute schon errungen ist. Unsere Aufgabe muß es sein, das für den Arbeiter zu fordern und zu erringen, auf das er heute schon nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse und infolge des heutigen Systems Anspruch hat, uns nichts abringen zu lassen, darüber hinaus die Notwendigkeit der Vergesellschaftung, der Umgestaltung des heutigen wirtschaftlichen und politischen Systems zur Erkenntnis immer weiterer Kreise zu machen, selbständig denkende Sozialdemokraten zu erziehen, Mitläufer zu klaren Sozialdemokraten zu machen. Nicht sollen wir gewählt werden, weil hier und da ein einzelner Wunsch durch uns zu erfüllen ist, sondern weil wir Sozialdemokraten sind und als solche für Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit wirken und unser Ziel nicht aus den Augen lassen. So haben wir Erfolge errungen und werden neue Erfolge erringen. Wären Sie doch nicht zu sehr auf die äußeren Erfolge, die man den Wählern gegenüber ins Feld führen kann; lieber weniger Wähler, aber mehr Sozialdemokraten, und nicht die geringsten Konzessionen gegenüber unserem Prinzip nichtsozialdemokratisch denkenden Wählern gegenüber. (Beifall.)

Lipinski-Leipzig: Körsien hat die Prinzipienfrage aufgerollt, ob wir für jedes soziale Gesetz stimmen sollen, ganz gleichgültig ob wir den Nutzen hoch oder niedrig bewerten. Das ist eine Politik nach außen, eine Effethascherei, deren wir uns nicht schuldig machen dürfen. Stimmen wir für schlechte, in der Praxis nicht durchführbare Gesetze, so tragen wir in Mitgefühl mit der Regierung die Verantwortung. Der Standpunkt Körsiens ist ganz derselbe, der die Nationalliberalen veranlaßt hat, für das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte zu stimmen, obgleich sie wußten, daß das Gesetz in dem gemollten Umfange nicht ausführbar ist. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen, dafür sind wir Sozialdemokraten. (Zustimmung.)

Krajemann-Neu-Ruppin: Ueber die ländlichen Arbeiter ist noch kein Wort gesprochen worden. Ich empfehle Ihnen als Vertreter eines ländlichen Kreises den Antrag 43 (Nieder-Barnim). Das Elend der Landarbeiter ist unbefähiglich; es bestehen geradezu russische Zustände. Bei uns herrschen die Armins und die Eulenburgs. Sieht man ihre Schößler, so meint man, im Dorado zu sein. Einige Stunden weiter aber trifft man jämmerliche Arbeiterbehausungen. Die Hütten der Steinklopfer gewähren besseren Schutz gegen Bitterungsunbilden als diese Löcher. Und wie sind die Löhne? Die männlichen Arbeiter verdienen bei 12—13stündiger Arbeitszeit 80 Pf. bis 1,25 M., die Frauen 60—80 Pf. Arbeiterinnen, die morgens um 2 Uhr aufstehen und um ½3 zum Meßten gehen, eine Arbeit, die bis ½6 Uhr dauert, erhalten dafür 25—30 Pf. (Hört! hört!) Sie sehen, in welchem Elend die Landbevölkerung lebt. Und wie sieht es erst mit den Kinderchen aus! Die Schulen auf dem Lande sind so schlecht, daß wir uns nicht zu wundern brauchen, denn wir bei den Landarbeitern noch kein Gehör finden. Kinder von

9—10 Jahren erhalten im Sommer so gut wie gar keinen Schulunterricht, denn nur von 6—8 Uhr ist Schule, dann geht es an die Feldarbeit. Aus eigener Kraft kann sich die Landarbeiterschaft nicht befreien, fehlt ihr doch sogar das Koalitionsrecht, und jetzt sucht die preussische Regierung durch das Kontraktbruchgesetz neue Fesseln für sie zu schmieden. Da sollte sich die Fraktion dieser unterdrücktesten Arbeiterklasse besonders annehmen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion über diesen Antrag.

In seinem Schlusswort hebt

Lebebour hervor, daß die Angriffe gegen die Reichstagsfraktion zum größten Teil durch Fraktionskollegen in der Diskussion zurückgewiesen worden seien. Nur wenige Worte gegenüber Körsten sind notwendig. Wenn wir uns die Politik zu eigen machen wollen, die er uns empfiehlt, dann würden wir aufhören, eine Oppositionspartei zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Von einer revolutionären Partei wäre schon gar keine Rede, wir wären nichts als eine Posadowsky-Partei, die dazu da wäre, die sozialreformatorischen Gesetz-entwürfe durchzudrücken, die die Regierung zu gewähren die Gnade hat. (Sehr richtig.) Eine weitere Folge dieser Taktik der Rücksicht auf rückständige hinterpommersche Wahlkreise wäre obendrein, daß sehr bald die Reformpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien einschlafen würde. (Sehr richtig.) Wie sind sie denn in unsere offizielle Sozialpolitik hineingeraten? Doch nur aus Angst vor dem kämpfenden Proletariat. (Sehr richtig.) Sie bringen uns doch keine Geschenke aus gutem Willen entgegen. Was sie geben, geben sie nur aus Angst. Es ist erstaunlich, daß man einen Genossen daran erinnern soll, daß alle Reformmissehen in der Furcht vor der revolutionären Kraft und dem Willen der sozialdemokratischen Partei ihren Ursprung haben. Mit einer solchen Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung, wie Körsten sie empfiehlt, würde das, was er will, der sozialdemokratische Fortschritt, geradezu bereitet werden. Soweit ich die Partei kenne, ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß sie je auf solche hinterpommersche Politik herunterkommen wird. (Geisterkeit und Beifall.)

Antrag 42 wird von Wähler nach der berichtigenden Erklärung der Reichstagsfraktion durch den Genossen Lebebour zurückgezogen.

In der Abstimmung wird der Antrag 43 angenommen, die Anträge 44 und 47 abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Anträge 12, von Berlin IV und Essen gestellt; 13, von Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises gestellt, sowie der Resolution Wibel (Nr. 133), sowie des dazu gestellten Amendement Freythalers = Berlin (Nr. 134) und der Resolution Paeplov = Hamburg (Nr. 135).

Neusch = Berlin: Ich werde den Antrag meines Kreises begründen. Schippel muß unbedingt erfahren, wie die Masse der Genossen über sein Verhalten denkt. Darüber scheint er sich nämlich in einem großen Irrtum zu befinden.

Nur noch eine Verichtigung: Der Vorstand hat bei der Zusammenstellung der Anträge unsern Antrag mit dem Antrag Essen zusammengeschoben; er unterscheidet sich von diesem aber etwas und lautet wörtlich:

„Der Parteitag wolle zum Fall Schippel und seiner Haltung in der Zoll- und Handelspolitik Stellung nehmen.“

Ueber die Taktik denken wir folgendermaßen: Tauchen wichtige Fragen für die Partei, wie bei der Zoll- und Handelspolitik, auf, dann haben alle Federn und alle Zungen zu sprechen, da soll das Für und Wider erwoogen werden, da

herrscht voller Individualismus. Hier kommt Bernstein zu seiner Rechnung, unbeschränkte Rede- und Pressefreiheit ist vorhanden. Anders ist es, wenn die Partei Stellung genommen und sich festgelegt hat, dann gilt die Entscheidung unbedingt für alle. Vor der Entscheidung volle Freiheit, wenn aber einmal die Marschroute vorgeschrieben ist, muß jeder Genosse soviel demokratisches Gefühl haben, sich nach ihr zu richten. Ich erinnere an die Frage der preussischen Landtagswahlen. Als die Partei in den 90er Jahren zunächst nur bedingte Beteiligung an diesen Wahlen beschloß, beteiligten sich die Berliner Genossen nicht. Sobald aber der Parteitag gegen den Willen der Berliner unbedingt Beteiligung beschlossen hatte, haben die Berliner mit voller Energie den Parteitagbeschuß zur Geltung gebracht. Eine der bedeutendsten Fragen, die uns in den letzten Jahren beschäftigt haben, war die Zollfrage. Auch zu dieser Frage hat die Partei nach eingehender Prüfung Stellung genommen und über ihre Taktik Beschluß gefaßt. Der Beschluß fand im Lande überall freundige Zustimmung, die Fraktion fand im ganzen Lande Unterstützung. Ich erkenne an, daß neben dem Parteitag die Reichstagsfraktion in parlamentarischen Fragen die oberste Instanz ist. Die Fraktion hat durch Mehrheitsbeschlüsse ihre Taktik zur Vollvorlage festgelegt. In tausend Versammlungen haben die Parteigenossen im Lande ihrer Taktik zugestimmt und der Genosse Schippel, als Mitglied der Fraktion, war unbedingt verpflichtet, diese Beschlüsse zu respektieren. Nach meiner Meinung war der Beschluß der Fraktion bindend. Trotzdem fand es Schippel für nötig, die Frage von neuem aufzurollen; dazu hatte er gar kein Recht. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Schippel = Leipzig: Nach meiner Ansicht ist die Resolution Wibel nur annehmbar, wenn auch das dazu gestellte Amendement angenommen wird. Ohne dieses Amendement würde ich nicht dafür stimmen können; denn dann wäre es einfach eine Resolution, wie viele andre auch, die nichts besagt, wenigstens nichts, was dem Fall Schippel entspräche. Es wäre weder eine ordentliche Beurteilung noch sonst etwas, und dann wäre es schon besser, man hätte die Frage gar nicht angeschnitten. Daß wir endlich einmal ein ernstes Wort mit dem Kollegen Schippel sprechen müssen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Es geht nicht so weiter, daß der Genosse Schippel in der Art, wie er es macht, die Partei dauernd in Atem hält und die ganzen Federn beschäftigt. Wenn man draußen agitieren und sich besonders in ländlichen Bezirken abquälen muß, so ist es freis Schippel, der einem die Arbeit erschwert. Wären im vorigen Jahre unsre Gegner etwas fleißiger und mitunter geschickter gewesen, so hätten auf dem Lande Schippels Neußerungen noch viel schlimmer ausgebeutet werden können, als es geschehen ist. Was für mich vor allem in Frage kommt, ist, daß Schippel niemals zu seinen Worten steht. Wie oft haben wir es jetzt schon gesehen, daß, wenn man an Schippel die Frage richtet: wie steht Du nun eigentlich? er dann mit allerlei interessantesten und uninteressantesten Redensarten sich aus der Affäre zu ziehen sucht. Ein solcher Mann gehört einfach nicht mehr an die Stelle, an der er steht. Wir können und müssen von jedem Genossen, besonders aber von einem führenden Genossen, verlangen, daß er auch zu einmal geäußerten Anschauungen steht, sie in jeder Situation vertritt. Es kann jeder einmal eine andre Meinung vertreten, die meininetwegen mit den Traditionen der Partei vollkommen in Widerspruch steht, aber wir verlangen, daß er dann wenigstens zu seinen Worten steht und nicht nachträglich immer derjenige ist, der es nicht gewesen sein will. Im letzten Falle war es ja einfach traurig, wie Schippel versuchte, zunächst den Bericht für unwahr zu erklären, wie er schließlich die Nichtigkeit zugeben mußte und sich herauszureden suchte, wie er zu einer Antwort gezwungen wurde, und dann 47 Spalten mit Ausführungen füllte, aus denen die meisten Leser gar nicht klug wurden. Das kam nicht

weiter geduldet werden. Das spricht das Amendement klar aus. Ob Schippel dann die Konsequenzen zieht, ist keine Sache. Aber die Lieberzeugung habe ich, er ist dann erledigt. Bevor Schippel sich von seinen Wählern das Vertrauensvotum ausstellen ließ, hätte er wenigstens einmal veranlassen sollen, daß die Haupteinwände, die gegen ihn erhoben worden waren, in unserm Chemnitzer Organ zum Ausdruck gebracht werden; so aber hatten die Chemnitzer von allen diesen Einwendungen gar nichts gehört. (Hört! hört!) Sie hatten nur die 47 Spalten Schippels vor sich. Dazu kam dann die alte Liebe und Verehrung Schippels, denn Schippel ist persönlich ein sehr liebenswürdiger Mann, und so haben sie ihm das Vertrauensvotum ausgestellt. Dann erst ist langsam der Abbruch der Einwendungen losgegangen. Es tut mir außerordentlich leid, aber ich habe Schippel im Verdacht, daß er diesen Gedanken selbst hatte, aber sich hütete, ihn auszuführen, weil er ein Vertrauensvotum wollte, um dann erklären zu können, die Sache wird ausgehen, wie das Hornberger Schießen. Gegen ein solches Verhalten verwahren wir uns, vor allem haben wir es satt, immer und immer wieder uns mit einem Fall Schippel zu beschäftigen und verantwortlich gemacht zu werden für alle die Listeleien, Gräbeleien und Spintifizierungen, die Schippel beinahe Woche für Woche auszuheben beliebt. (Lebhafter Beifall.)

Hoh-Sanau: Ich will nicht auch noch einen Stein auf Schippel werfen, es sind genug Steine geworfen, und mit vollem Recht, ganz nach Verdienst. In dieser Beziehung ist die Sache geklärt. Ich werde für die Resolution Nebel mit dem Amendement stimmen, weil ich überzeugt bin, daß es so nicht weitergehen kann. Ich hatte mich aus Gesundheitsrückgründen außerordentlich gekränkt, zu diesem Parteitage zu kommen, und habe mich nur auf ausdrücklichen Wunsch der Genossen meines Kreises delegieren lassen, um in ihrem Auftrage zu erklären, daß ihre Geduld zu Ende ist angesichts der fortwährenden Lattlosigkeit, die keinem Arbeiter verziehen werden würden. (Sehr richtig!) Würde ein Arbeiter sich so etwas erlauben, so wäre er längst unmöglich. (Sehr wahr!) Es tut mir außerordentlich leid, daß ich genötigt bin, in dieser Weise gegen Schippel aufzutreten, denn ich gestehe offen, ich habe aus seinen „Grundzügen“ sehr viel gelernt; ich halte das Buch für eine sehr verdienstvolle Leistung und hätte nur erwartet, daß er es vollendet und das Fehlende, nämlich die notwendige Ergänzung, den zweiten Teil, geschrieben hätte. Statt dessen hat er die Partei fortwährend in der Agitation gehemmt. Was Schippel geschieht, muß daher geschehen. Aber in einem Punkte hat er allerdings recht, sich zu beklagen, nicht darüber, daß ihm etwas geschieht, sondern darüber, daß es ihm geschieht, daß er allein es ist, der gepakt wird. Schippel ist es nicht allein, der Lattlosigkeit heimgangen hat. Sehr viele andre Parteigenossen haben sich dasselbe zu schulden kommen lassen. Wie oft haben wir schon erlebt, daß wir solche Krakehle bekommen. Der Genosse kommt dann vielleicht nicht einmal zum Parteitag. Es wächst Gras über die Geschichte, und nach einiger Zeit kommt derselbe Skandal von neuem. Das bedaure ich, daß nicht summarisch verfahren werden kann, und ich hoffe nur, daß das Beispiel, das jetzt an Nebel (Große Heiterkeit) —ardon — an Schippel statuiert wird, nicht aufgefaßt wird als allein an die Adresse von Schippel gerichtet; so fassen es auch die Arbeiter nicht auf, die Arbeiter verurteilen das Verhalten Schippels so wie auch das der andern Genossen, die Unfrieden und Krakehle in unsre Reihen bringen; in den weitesten Kreisen der Genossen wird es nicht verstanden werden, daß solche ganz unglaubliche Angehörigkeiten einfach durchgehen. Das Bedauerlichste jedoch ist, daß die betreffenden Genossen nur in ihre Wahlbezirke zu gehen brauchen

und daß ihnen dann die dortigen Genossen ein Vertrauensvotum erteilen. (Aha-Rufe.) Wenn ein Genosse aber ein Mandat weggeworfen hat, finden sich sogar andre Genossen, die ihm ein neues Mandat auf dem Präsentierteller entgegenbringen. (Zustimmung.) Das ist ebenso zu verurteilen, wie das Verhalten Schippels. Die Disziplin und der Takt, die wir von den Arbeitern verlangen, müssen wir in einem höheren Maße von den Genossen in leitender Stellung beanspruchen. (Beifall.)

Der nächste Redner ist Schippel.

Nebel (zur Geschäftsordnung): Es fehlen nur 5 Minuten an 7. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir Schippel nur die übliche Redezeit von 10 Minuten gewähren. (Zustimmung.) Da er doch sozusagen Angeklagter ist, muß er selbstverständlich Gelegenheit haben, alles vorzubringen, was er zu sagen hat. Ich schlage deshalb vor, ihm eine einstündige Redezeit (Zuruf: Unbeschränkte Redezeit!) meinerwegen auch eine unbeschränkte zu gewähren, und uns jetzt zu verlagen, damit Schippel morgen beginnen kann.

Vorsitzender Ebert: Das Bureau hat sich bereits mit Schippel dahin verständigt, daß ihm eine Redezeit von einer halben Stunde gegeben werden soll. Wenn sich gegen den Antrag Nebel kein Widerspruch erhebt — (Rufe: Nein!) — so ist das Bureau auch damit einverstanden. (Zustimmung.) Schippel wird also unbeschränkte Redezeit haben.

Persönlich bemerkt

Ullensbaum-Eberfeld: Meine Ausführungen von gestern sind von einigen Blättern entlehnt wiedergegeben worden, so daß sie eine gehässige Spitze gegen den Abgeordneten Adolf Hoffmann enthielten. So hat z. B. der hier anwesende Reichstagsabgeordnete v. Gerlach in der „Berliner Zeitung“ geschrieben, ich hätte dem berühmten „Behngebote-Hoffmann“ einen Stieb verpfeht. Demgegenüber betone ich, daß ich in meinen Ausführungen nicht den Namen des Genossen Adolf Hoffmann genannt habe, sondern den Genossen Karl Hoffmann-Dielefeld gemeint habe, und auch diesem habe ich keinen Stieb verpfeht wollen. Im Gegenteil, ich bin sehr dankbar für seine Bemühungen und habe nur ausgedrückt, daß es den alten Parteigenossen ganz gleich ist, welcher Redner kommt, daß es aber bei den Agitationsreisen für die großen Massen etwas ausmacht, daß ein Abgeordneter kommt. Ich hoffe, daß die anwesenden Berichterstatter der bürgerlichen Presse so anständig sein werden, ihre Berichte richtig zu stellen.

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß folgendes Telegramm eingelaufen ist: Herzlich danke ich für brüderliche Teilnahme und Wünsche. Besserung schreitet fort. (Beifall.) Viele Grüße allen Genossen und Wünsche für gutes, erfolgreiches Resultat des Parteitages. Paul Singer. (Lebhafter Beifall.)

Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. September. — Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Dieß eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt mit, daß Auer folgendes Telegramm an den Parteitag gerichtet hat:

„Besten Dank für Euren Glückwunsch, hoffentlich erfüllt sich derselbe bald und bin ich wieder imstande, für die Partei zu wirken. Hoch die internationale und die deutsche Sozialdemokratie! Auer.“

(Lebhafte Bravo!-Aufe.)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung steht der Fall Schippel.

Schippel: Parteigenossen! Ich werde Sie vielleicht in gewissem Sinne enttäuschen, wenn Sie eine sogenannte große Verteidigungsrede erwarten. Vielleicht werde ich nicht einmal die volle Stunde, die Sie mir zu bewilligen die Güte hatten, ausnützen. Sie dürfen mir das nicht übel nehmen. Wenn man sechs Monate hindurch in einem solchen Streit steht, wenn man anfangs die Sache zu beschwichtigen versucht hat, um den Frieden herzustellen, wenn man Erklärung auf Erklärung abgegeben hat, die von vornherein alle dahin gingen, daß die Beschuldigungen gegen mich falsch sind, daß ich in Zollfragen auf dem Standpunkt der Partei stehe und weiter bereit bin, ihn zu vertreten, wenn man dann einen „Wandbaur von 47 Spalten“ — wie mir so oft vorgehalten worden ist — produziert hat und dann noch nicht einmal erreicht, daß die Genossen zugeben: Nun ja, wir wissen jetzt, woran wir sind — dann dürfen Sie mir nicht übel nehmen, daß ich langen Darlegungen keinen Wert mehr beimesse. Wie kommen wir dann überhaupt zu einem Ende, wenn in dieser Weise die Äußerungen eines Genossen einfach ignoriert werden, und wenn nach der Melodie „Wer das Lied nicht mehr weiter kann, der fängt dann wieder von vorne an“, einfach die alten Beschuldigungen wieder erhoben werden. Also ich habe selbstverständlich die Pflicht, Sie noch einmal zu orientieren über das, was geschehen ist; aber ich werde es so kurz wie möglich tun. Denn wenn meine Erklärungen in 6 oder 8 Monaten nichts geholfen haben, dann werden sie wohl auch heute nicht mehr viel helfen und wir müssen sehen, daß wir zu einem Ende kommen; das scheint mir die Hauptsache zu sein. Mag das Ende für mich weniger oder mehr unerfreulich sein, die Hauptsache ist, daß wir zum Schluß kommen. (Aufe: Sehr richtig.)

Ja, Parteigenossen, um erst einmal auf das Referat Ledebours zurückzukommen. Ich gebe zu, wir haben es mit Fraktionsreferaten nie so streng genommen, wie im Parlament etwa bei Kommissionsreferaten: daß der Referent selber nicht Partei sein, sondern durch sein Referat nur orientieren soll über die Strömungen, die in der Fraktion oder im Reichstag in der Kommission sich geltend gemacht haben. Ich will deshalb auch Ledebour keinen Vorwurf machen, aber betonen muß ich doch: ein objektives Referat über das, wie es in der Fraktion gelaufen ist, war das Gehörte denn doch nicht. Da war doch viel zu viel subjektiver Standpunkt, viel zu viel subjektive Werturteilung mit dabei. Wenn Ledebour objektiv referieren wollte, hätte er schon nicht das Recht gehabt, immer uneingeschränkt von „Fraktion“ zu sprechen. (Sehr richtig.) Es hat dort Minderheiten und Mehrheiten gegeben und die Minderheiten waren

keine Kleinen. Die Fraktionserklärung ist angenommen mit einigen 30 gegen verschiedene 20 Stimmen. Das ist eine ganz ansehnliche Minderheit, das hätte man doch wenigstens erwähnen sollen. Dann wurde ein zweiter Beschluß gefaßt, ob man diese Erklärung veröffentlichen sollte; also ob man die Sache schärfer oder milder in der Öffentlichkeit behandeln sollte. Dies wurde angenommen mit 28 gegen 25 Stimmen, zwei Stimmen hätten ausgereicht und die Sache wäre vor der Öffentlichkeit gar nicht oder in weniger grellem Lichte erschienen. Auch das hätte vielleicht Ledebour erwähnen sollen. Es gab weiter eine starke Strömung, die sagte: bei einer so wichtigen Sache, die uns vielleicht in Streitereien auf Wochen und länger hinaus verwickelt, sollte man doch die Gesamtfraktion extra einladen. Das wurde abgelehnt, aber man weiß ja, die Süddeutschen sind es vor allem, die weniger in Berlin sein können, weil sie zum Teil in den Landtagen festgehalten werden. Vielleicht wäre sonst das Stimmenverhältnis noch anders gewesen. Also Sie sehen, die Dinge liegen nicht so einfach, daß die Fraktion etwa wie ein Mann in dieser Frage gegen mich gestanden hätte.

Auch das ist weiter charakteristisch: Wo ist denn die Entrüstung am größten gewesen? Da etwa, wo meine Artikel erschienen sind, da wo die „Chemnitzer Volksstimme“ verbreitet ist und gelesen wird? Mit großer Aufmerksamkeit sind gerade die Artikel gelesen worden. Ist da die Entrüstung aufgeschäumt, hat da die Volksseele gelodert? Nein. Die „Chemnitzer Volksstimme“ hat eine sehr große Verbreitung, sie ist das Organ für die Wahlkreise 10. Döbeln, 15. Mittweida, 16. Chemnitz, 17. Glauchau-Neerane, 19. Stolberg-Schneeberg, 20. Zschopau-Marienberg, 21. Annaberg-Schwarzenberg. Ich lese die Zeitung sehr aufmerksam, auch alle Versammlungsberichte. Da aber hat keiner aufgeschäumt vor Entrüstung. Da ist einmal Stäcklen in den 15. Wahlkreis gekommen, da ist Schöpflin hingekommen und hat wahrscheinlich ungefähr dieselbe Rede gehalten, wie gestern hier auf dem Parteitage, aber solche Äußerungen sind spurlos an den Versammlungen vorübergegangen, es ist nirgends ein Beschluß gegen mich gefaßt. Also gerade, wo die Genossen am meisten hätten aufschäumen müssen, ist nichts davon zu sehen gewesen, nichts von Entrüstung über meinen Ton, über das, was ich sachlich da entwickelt hatte. Auf der andern Seite aber ist wieder sehr charakteristisch: In Hamburg hat man einen scharfen Beschluß gegen mich gefaßt, dort hat man verlangt, daß gegen mich vorgegangen werde. Aber gerade im „Hamburger Echo“ habe ich gelesen, daß die Redner immer wieder dabei betonen mußten; ja eigentlich wissen wir ja gar nicht, was los ist, das „Hamburger Echo“ hat uns darüber nichts mitgeteilt, das müssen wir erst auf dem Parteitage erfahren. Also so ist der Unterschied. Dort haben sie nichts erfahren, da entrüsteten sie sich; in Chemnitz aber und überall, wo die „Volksstimme“ verbreitet ist, wo man meine Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen hat, wo man sie vor sich hatte, Woche für Woche, Monat für Monat, da ist nichts davon wahrzunehmen gewesen. Im Gegenteil, es ist dort öfter vorgekommen, daß bekannte Parteigenossen, Referenten offen dafür eingetreten sind, daß der Fall Schippel objektiv behandelt werden soll und daß kein Grund zu einem Rebergericht vorliege. Zu dem 17. Wahlkreise, wo Auer gewählt ist, einem unserer ältesten und berühmtesten Wahlkreise, der den Genossen Scherf als Delegierten hierher geschickt hat, hat einer der häufigsten Redner dort, der Genosse Knauf, folgende Ausführungen gemacht mit bezug auf den Fall Schippel:

„Die Hauptsache ist, daß die Verhandlungen sachlich geführt werden. Vor allen Dingen dürfe man bei abweichenden Meinungen nicht immer gleich das Schlimmste befürchten. Die Meinangsfreiheit müsse unter allen Umständen

hochgehalten werden. Er begreife deshalb auch nicht, wenn man gegenüber dem Genossen Schippel wegen seiner abweichenden Meinung bezüglich der Handelspolitik so schwerwiegende Vorwürfe erheben und mit Ausschluß drohen könne. Die Sozialdemokratie sei keine Partei des absoluten Freihandels und auch die Fraktion habe sich nie auf diesen extremen Standpunkt gestellt, auch nicht stellen können. Diese Erklärung habe kein Geringerer als unser alter Wilhelm Liebknecht im sächsischen Landtage gegeben, ähnlich habe sich auch schon Genosse Bracke geäußert. Schippel habe ganz recht, wenn er den Grundsatz aufstelle: Wer Handelsverträge wolle, müsse notgedrungen auch Zölle wollen. Wir seien Vertreter der Vertragspolitik. Wenn aber über solche wichtige Punkte noch Unklarheit herrsche, so müsse man eben dafür sorgen, daß mehr Aufklärung geschaffen werde. Dann dürfe man aber nicht gleich aus dem Häuschen geraten — über die Sache selbst wollen wir uns ja jetzt nicht streiten, es handelt sich jetzt nur um die Entlastung — wenn theoretische Auseinandersetzungen stattfinden. Diese sachlichen Auseinandersetzungen schädeten der Partei nicht, wohl aber, wenn man abweichende Meinungen nicht dulden wolle. Gewiß, auch die Ausführungen Schippels — das ist das einzige, was da etwa bemängelt wird — hätten sachlicher sein können, für ihn komme aber als Entschuldigung in Frage, daß er in ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen und zu seinen theoretischen Darlegungen gezwungen worden sei.“

So also entlastet man sich dort, wo man mich kennt, und so in Hamburg, wo man mich nicht kennt. Nun, Parteigenossen, legen Sie selber mal die Hand aufs Herz: Wie viele von Ihnen, die bereit sind, mich zu verurteilen oder scharf zu kritisieren, haben die Artikel gesehen, wie viele haben die Artikel gelesen, wie viele haben Nummer für Nummer verfolgt, ob mein Ton einschlächterer war oder der Ton der Gegner. Denn das müssen Sie doch auch bedenken, beim Gabeln fallen immer Späne, die Abwehrmaßregeln richten sich auch nach dem Verhalten der Gegner, das ist doch selbstverständlich. Wenn Sie die Dinge genügend gelesen und verfolgt haben — dann gut, das Urteil wird für mich gewiß schwer wiegen, aber ich glaube, wenn Sie ernst an die Dinge herangehen wollen, so wird es Ihnen so ähnlich gehen, wie es den Hamburgern gegangen ist, wo man sich fragen mußte: Was eigentlich Los ist, wissen wir nicht, darüber sind wir nicht orientiert.

Wie ferner die Stimmungen wechseln, dafür ist folgender Vorgang charakteristisch. Ich habe gestern mittag mit Hoch privatim gesprochen und er hat dann am Nachmittag hier von der Tribüne denselben Standpunkt vertreten, wie mir gegenüber am Mittag. Als ich aber am Mittag mit ihm sprach, war niemand mehr verblüfft über das, was mir Hoch sagte, als ich selber. Denn im Reichstag waren die Dinge so:

Eines schönen Tages kam ein Fraktionsfreund auf mich zu und sagte: Hoch ist über Ihr Buch ganz entzückt, er wird es Ihnen wahrscheinlich auch noch selbst sagen. Nach ein paar Tagen traf ich Hoch. Das erste, was er tat, war, daß er mir sein Entzücken über mein Buch aussprach. Aber über meine Rede im dritten Berliner Wahlkreise entzückt sich Hoch, obwohl Kautsky nachgewiesen hat, daß genau dasselbe, was ich da gesagt habe, in meinem Buche steht. Ich vermag mir solchen Widerspruch nicht zu erklären. In dem Buch, das ja den Mittelpunkt der Anklage bildet, steht doch nur ausführlicher und kräftiger betont dasselbe, was man mir zum Vorwurf macht. An dem Buch hat man keine Freude, und dann steigt man hier auf die Tribüne und hält die Anklagerede. Das reimt sich nicht zusammen. Und wenn es immer heißt: „Die Gegner hätten mich gelobt; daß sie den Schippel öfter loben, das ist ein Beweis von seiner Grund-

„Schlechtigkeit“ — ja, Genosse Hoch, denken Sie daran, wie Sie in der Zolltarif-Kommission saßen, da haben Sie den Standpunkt vertreten — und das ist auch von den Gegnern ausgenutzt worden — da haben Sie den Standpunkt vertreten, wer Handelsverträge haben will, der muß auch einen Unterhandlungstarif, der muß auch Zölle haben. Da stand Graf Rodadomsky auf und präs unfren Genossen Hoch über den grünen Klee. (Geisterzeit.) Daraus mache ich Hoch nicht den geringsten Vorwurf, seine Kennerung entspricht ja in vieler Beziehung ganz meiner Stellungnahme. Aber dann soll man doch einen andren Genossen nicht deshalb angreifen, weil er um ähnliche Anschauungen willen auch mal von den Gegnern gelobt wird. Ich bin dem Lob nicht nachgelaufen, aber ich fürchte mich auch nicht davor, ich kann mir doch meine Anschauungen nicht von den Gegnern vorschreiben lassen, ich kann mir doch nicht loben, wenn sie mich loben, flugs eine andre Anschauung bilden.

Hamburg III möchte, wenn etwas bewiesen wird — das ist ein ganz loyales Vorgehen — scharfe Maßnahmen gegen mich ergreifen. Hamburg III ist mit vertreten durch Páplow; das ist ein alter Bekannter von mir aus Chemnitz, ich habe stets seine Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt, und ich glaube, er wird auch meiner noch nicht ganz vergessen haben. Nun, Páplow vertritt bekanntlich mit am allernähesten den Standpunkt, auch für die Ware Arbeitskraft könnten sich einmal die weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse, die internationalen Konkurrenzverhältnisse bei der heutigen rapiden Entwicklung des Weltverkehrs und des Menschenverkehrs sehr leicht und sehr rasch dahin ändern, daß wir den internationalen Freihandel in der Ware Arbeitskraft nicht mehr dulden können, daß wir da Beschränkungen, daß wir Absperrungen haben müssen — es braucht ja kein Schutz Zoll zu sein, aber eine andre Art des Protektionismus. Páplow wird extra hierher geschickt, um mich wegen meines Protektionismus zu beurteilen, für die Ware Arbeitskraft aber behält er sich vor, heute und morgen schon Protektionist zu werden, wenn andre Konkurrenzverhältnisse eintreten sollten. Ähnlich wie Páplow denken bekanntlich die Arbeiter in den Vereinigten Staaten betreffs der Chinesen, Japaner und andrer unliebamer Zuwanderer und Konkurrenten, denken die kanadischen Arbeiter, denken die Australier betreffs der Kanaken, Chinesen und Indier, denken die Arbeiter in Südafrika, die vor jedem Kandidaten verlangen, daß er dafür eintritt, die Indier auszuschließen, die Chinesen auszuschließen, die Schwarzen-Arbeit in gewisser Beziehung einzudämmen. Zugleich aber vertritt Páplow Hamburg III, das mich als Protektionisten am schärfsten verurteilen möchte.

Nun ist gestern eine wunderbare Anschauung kundgegeben, zuerst in milder Weise von Ledebour, dann in schärferer Weise von Schöpflin, den wir ja als Vertreter der schärferen Tonart kennen, über mein Buch: Die Grundzüge der Handelspolitik. Ja, ich weiß nicht, hat Schöpflin das Buch überhaupt mal in der Hand gehabt? Er scheint sich darunter so etwas vorzustellen, wie eine Rezeptensammlung, wie man sich die besten Schlagworte gegen die Agrarier zurecht machen sollte. Und da Schöpflin nicht genug Schlagworte und Rezepte findet, so ist das Buch nichts wert, ja es ist sogar gefährlich, denn es schafft Unklarheit. Ich möchte Ihnen raten, Genossen, sich das Buch doch einmal anzusehen; das wird niemand etwas schaden. Sie werden in mancher Beziehung Anregung finden; über manches werden Sie sich vielleicht ärgern; Sie werden manchmal anderer Meinung sein — aber Sie werden nichts finden, was Sie entlasten könnte. Was will das Buch denn eigentlich? Mit den heutigen Zollfragen hat es überhaupt direkt nichts zu tun. Jeder Wissenschaftler, der ein wissenschaftliches Buch herausgibt, stellt sich doch die Aufgabe selbst. Ich bin nicht verpflichtet, einen Leitaden für die Agitation zu schreiben, wenn ich mich sonst nur innerhalb des Rahmens der Partei halte. Das Buch soll eine Geschichte der handelspolitischen Strömungen im Laufe des 19. Jahrhunderts sein, eine rein

geschichtliche Arbeit, die darstellt, wie diese Strömungen entstanden, gewachsen, zum Siege gelangt sind und welche theoretischen Formulierungen sie gefunden haben. Das erste Kapitel des Buches stellt dar, wie im Anfang des 19. Jahrhunderts in England der Freihandel emporgewachsen ist. Hätte ich da Rezepte gegen die Agrarier hineinbringen müssen? Das zweite Kapitel schildert die großen Gegenströmungen, die hauptsächlich in Amerika und dann auf dem Kontinent entstanden. England wollte den Freihandel international haben, aber überall, wo auf dem Kontinent eine Industrie emporkam, die noch schwach, kinderhaft, hilflos war, entstanden schutzwillerische Bewegungen. Man sagte: Wir werden einfach niedergetreten und auf den rein agrarischen Produktionsstandpunkt zurückgeworfen, wenn wir den freihändlerischen Doktrinen Englands folgen. Natürlich handelte es sich damals nur um Industrieschutz. Das dritte Kapitel behandelt die kurze Periode des Freihandels, die wir zwischen 1860 und 1870 auf dem Kontinent hatten. Auch diese Darstellung hat nichts mit den heutigen Fragen zu tun. Im vierten Kapitel wird dann die Frage erörtert: Wie kommt es, daß wir seit dem Ende der 70er Jahre überall einen so gewaltigen Umschwung aller Anschauungen über die ganze Handelspolitik wahrnehmen, daß die früher von den bürgerlichen Parteien so verfeindeten Agrarvölkern jetzt trotz aller entgegenstehenden alten Lieberlieferungen acceptiert werden, und zwar reich um in einem Lande nach dem andern: in Deutschland, in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich, in Italien, in der Schweiz, in Portugal, in Spanien? Das muß doch tiefliegende ökonomische Ursachen haben. So große Wandlungen und Umwälzungen in der Politik — nochmals: in der Politik aller Kontinentalstaaten — müssen doch mächtvollen Umwälzungen in den materiellen Grundlagen des Weltverkehrs, großen internationalen Verschiebungen in der Weltproduktion entsprechen. Und gerade wir Sozialdemokraten als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sollten uns eigentlich freuen, wenn einer von uns einmal diese tiefliegenden neuartigen Wirtschaftsercheinungen und ihre Folgen im „Oberbau“ der Politik und speziell der Handelspolitik eingehender verfolgt und vorführt. Und weil mir die neuartigen grundlegenden Wirtschaftsercheinungen nicht vorübergehend scheinen, deswegen bin ich allerdings weiter zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der „bereinte Agrar- und Industrieschutz“, der seit dem Ende der siebziger Jahre überall auf dem Kontinent, trotz aller Widerstände, trotz aller alten Traditionen, zum Durchbruch gelangte, keineswegs so bergänglicher Natur ist, wie man das vielfach glaubt. Ich beschönige, ich billige diese Politik keineswegs; aber ich sage sie in ihren Ursachen, in ihrer Lebenskraft allerdings anders ein. Wir gehen von andern Anschauungen und Interessen aus wie die herrschenden Klassen; auch ich tue das. Aber wir müssen doch auch für die uns umgebende bürgerliche Welt ein richtiges Augenmaß gewinnen; wir müssen, wie man sagt, mit den Tatsachen rechnen. Wenn ich diese Tatsachen anders sehe, kann man mir daraus einen Vorwurf machen? Ich soll dabei „unklar“ gewesen sein? Ist das ein Grund zu Vorhalten von Partei wegen? Man nennt mich zweideutig. Ja, wenn bisher die Position unserer Gegner unterschätzt worden ist, und es weiß jemand darauf hin, daß diese Position eine viel festere, viel schwerer einnehmbare ist, aus den und den Gründen . . . führt er dann die Sache der Gegner, ist er dann durch Zweideutigkeiten der Partei in den Weg getreten? Ach nein, mit einem solchen Vorwurf kann man mich diskreditieren, aber widerlegt hat man mich damit noch nicht!

Was ist denn für mich das Empfindenste an der ganzen Geschichte? Das Buch, das den Mittelpunkt der ganzen Anklage bildet, ist vor 3 Jahren erschienen. Gewiß, es sind Artikel dagegen erschienen. Das geht bei jedem Buch so, das einen eigenen Standpunkt vertritt. Ein Autor, bei dem

sich andre Anschauungen in langen Jahren festgewurzelt haben, wird durch solche Kritiken nicht befehrt werden. Es gibt auch Artikel, bei denen man den Autor gar nicht befehren will, die nur geschrieben sind, um einen Autor zu diskreditieren. Solche Artikel, Genossen, liest man nicht. Ich habe sie nicht gelesen, bis heute noch nicht. Und ich verbitte mir das (Webel: Na, na!), daß mir zugemutet wird, ich hätte diese Artikel lesen müssen. Nein, so sieht die Sache denn doch nicht. Wenn Leute, die mich gar nicht gelesen haben, trotzdem über mich urteilen, dann werde ich auch wohl sagen dürfen: die besten kritischen Artikel habe ich auch nicht gelesen. In der Partei haben sie auch gar keine Wirkung gehabt. Niemand ist aufgestanden und hat gesagt: hier ist eine Anklage erhoben worden, die muß jetzt zur Entscheidung gebracht werden. Haben Sie so etwas wahrgenommen? Ich habe nichts davon gemerkt. Dann kamen die Zollkämpfe im Reichstage. Ist da jemand aufgetreten mit der Behauptung, daß ich wegen meines Buches in die Fraktion nicht mehr hineinpaße? Niemand ist aufgestanden. Dann haben wir Wahlen gehabt. Ich bin in Chemnitz einstimmig wieder aufgestellt worden. Das hat man gewußt und hätte man Widerspruch erheben wollen, so wäre die Möglichkeit dazu vorhanden gewesen. Wir wissen ja, daß es in solchen Fragen nicht auf das formelle Recht ankommt; die Möglichkeit lag jedenfalls vor. Wissen Sie etwas davon, daß einer aufgestanden wäre und gesagt hätte, um einen Auerischen Ausdruck zu gebrauchen: „Lassen Sie Schippel die Rinde von außen zumachen!“? Ich habe nichts davon gehört. Wir sind dann als neue Fraktion im Reichstage zusammengetreten; ich wurde wieder als Schriftführer präsentiert und habe sämtliche Fraktionsstimmen dafür bekommen, hat damals jemand gesagt: Schippel hat das Buch geschrieben, er ist nicht mehr würdig, der Fraktion anzugehören? Ich habe nichts davon gehört.

Und als ich dann meinen Vortrag hielt, war es nun wirklich notwendig, daß um jeden Preis dieser Streit entsefelt werden mußte? Ich habe den Vortrag gehalten in kleinem, geschlossenen Kreise. Als ich darauf hinwies, hat man gesagt, ich wolle mich verkröchen. Nein, ich habe mich nie verkröchen; man wirft mir jetzt ja gerade vor, daß ich rückwärtslos wie ein Grobian aufgetreten sei. Ich denke in solchen Dingen so: Widersprechen Meinungsabweichungen dem Parteiprogramm und den Grundanschauungen der Partei, so hat ein Genosse beiseite zu gehen. Ein solcher Fall lag meiner Meinung nach bei mir nicht entfernt vor. Ich sage aber auch weiter noch: eine Meinung kann innerhalb des Parteirahmens durchaus zulässig sein, sie braucht in keiner Weise parteiwidrig zu sein; auch dann gibt es Zeiten und Umstände, wo dennoch Zurückhaltung zur Pflicht wird; auch zulässige und nicht-parteiwidrige Anschauungen kann man der Partei gefliessenlich wie Knüppel zwischen die Beine werfen, und das ist gleichfalls unzulässig. Wie die Dinge beim Vortrag im 3. Wahlkreis lagen, kann von einer solchen Absicht wirklich nicht die Rede sein. Die Sache stand so: Schöpslin sollte an dem Abend im dritten Berliner Wahlkreis eine Rede halten. Weil aber die Reichstags-Sitzung an dem Tage ausfiel, reiste er nach Hause und der Vorstand des Kreises kam in große Verlegenheit. Ich wurde mit Witten beauftragt, einzuspringen, und weil ich schon so oft abgelehnt hatte, sagte ich schließlich zu. Damals wurde gerade der Mittel-europäische Wirtschaftsverein gegründet, und ich schlug, weil keiner von uns ein andres Thema wußte, vor, daß ich über diese Fragen sprechen wolle. So ist der Vortrag entstanden. Hätte ich gewußt, daß über den Vortrag ein Bericht veröffentlicht werden sollte, so hätte ich dem Berichterstatter — ich kenne ihn nicht — gesagt: Ich bin hier nur als Lüdenbüßer, die Sache könnte in der Öffentlichkeit doch irgendwie ausgegütet werden (Hört! hört!), tun Sie mir den Gefallen und machen Sie es, wie sonst bei solchen Wahlvereinsvorträgen: bringen Sie weiter keinen Bericht; wir sind in einem kleinen Kreise, da kann

man schon mal etwas sagen, was, wenn es in die Öffentlichkeit gebracht wird, Mißtrauen und Mißverständnisse erregen kann.“ (Hört! hört!) So war die Sache und da kann man doch nicht behaupten, daß ich die Absicht gehabt hätte, der Partei Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Und nach der Absicht müßten Sie urteilen. Wenn mir eine falsche Beurteilung der Wirkung meiner Rede passiert wäre: von der Absicht, einen Streit zu provozieren, kann wirklich nicht gesprochen werden. Und wenn diese Absicht nicht vorliegt — sie kann nicht vorliegen —, so sollte man sie auch nicht unterstellen.

Nun komme ich auf die Entwicklung in der Fraktion. Hätte ich gewünscht, daß der „Vorwärts“ einen Bericht über den Vortrag bringen würde, so hätte ich zum mindesten gebeten, daß er mir vorher vorgelegt würde. Auch in der Fraktion wurde von allen Seiten offen ausgesprochen: Wenn man einen so sensationellen Bericht bringt mit Stellen, die offenbar so nicht gelautet haben können, dann müßte der Bericht dem Redner unbedingt unterbreitet werden. Ich glaube, durch zwei Sätze und die Aenderung von sechs oder sieben Worten hätte der ganze Bericht eine korrektere Form bekommen können, so daß kein besonderes Unglück hätte entstehen können. Lebebour sagte gestern, die Fraktion hätte mich erst zwingen müssen zu der Erklärung, daß ich gegen Agrarzölle set, natürlich als Forderung der Sozialdemokratie. Das ist nicht richtig. An demselben Tage, an dem der Vorwärtsbericht erschien, waren wir abends in der Fraktion zusammen. Damals war die Stimmung allgemein: Die Sache ist wenig erfreulich, aber nach den Aufklärungen, die erfolgt sind, müssen wir sehen, darüber hinweg zu kommen. Man wollte überhaupt nichts gegen mich unternehmen. Im Laufe der Debatte hatte Pfannkuch — ich glaube, er war es — das Wort fallen lassen: „Wenn Schippel eine Erklärung abgibt, er teile den gegnerischen Standpunkt der Partei gegen den Zolltarif, so würde die Sache am besten erledigt.“ Ein Beschluß wurde in dieser Beziehung nicht gefaßt, ich griff den Vorschlag, der mir einluderte, auf, und Stadthagen hatte die Freundlichkeit, eine entsprechende Erklärung zu formulieren. Und so fanden Sie denn am nächsten Tage meine Erklärung im „Vorwärts“, die mit den Worten schließt: „Nach wie vor vertritt ich die beim Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen.“ Damit sollte die Sache erledigt sein; das war die allgemeine Stimmung. Dann aber kamen die Hinweise auf mein Buch. Es wurden Äußerungen von mir zitiert wie die, daß der Zoll keine verteuernde Wirkung habe — eine Behauptung, die in dieser Form einfach geschmacklos ist —; es kamen immer neue Anpassungen. Man wollte die Sache auf der andern Seite nicht zur Ruhe kommen lassen, und so mußte schließlich die Fraktion auch etwas tun. Ich mache der Fraktion keinen Vorwurf. Sie hätte vielleicht sagen können: „Verweist mal Eure Wortworte!“ Aber wenn sich draußen so viel Mißtrauen angesammelt hat, so kommt jede Fraktion schließlich dazu, daß die bisherige Erklärung nicht genüge. Ich schlug eine nochmalige eingehendere Erklärung meinerseits vor. Diese Anregung scheiterte aus Geschäftsordnungsrückgründen. — Sie finden das in der „Neuen Zeit“ und in der Ihnen zugegangenen „Volksstimme“ näher dargelegt. So kam die Resolution der Fraktion zustande. Wenn Sie sich diesen Sachverhalt überlegen, so können Sie nicht sagen, ich hätte den Streit provozieren wollen. Im Gegenteil, ich habe alles getan, um den Streit beizulegen. Es ist wahrlich nicht angenehm, jeden Tag erklären zu müssen, ich stehe in diesen Dingen durchaus nicht der realistischen Haltung der Partei gegenüber. Und wenn man das erklärt hat, und jeden Tag von neuem kommen dieselben Angriffe, nun, das geht einem schließlich gegen den Mann. Fortwährend diese beweislosen Anschuldigungen, dann Erklärungen von mir und immer dabei die Empfindung: morgen geht wieder vor dem Loß, als ob man niemals etwas erklärt hätte.

Ich bin bis an die Grenze des Möglichen gegangen, vielleicht noch darüber hinaus. Trotzdem ist der Streit weiter gegangen, den in seinen Einzelheiten zu schildern gar nicht möglich ist.

Ich wende mich deshalb der Resolution Wibel zu. Welche Stellung Sie dazu nehmen werden, ist Ihre Sache. Ich weise Sie nur auf einige Punkte hin, die Sie unmöglich annehmen können. Da wird mir zunächst mein Ton vorgeworfen. Ein Jahr nach dem Dresdener Parteitag derjenige zu sein, dem in erster Linie in der Partei der schlechte Ton vorgeworfen wird, das habe ich nicht erwartet. Ich glaube nicht zu denjenigen zu gehören, die gern gegen Parteigenossen polemisieren. Aber bedenken Sie: ich habe auch eine Leber, über die mal eine Laus läuft. (Heiterkeit.) Wissen Sie, was gegen mich geschrieben worden ist? Wenn Sie meinen Ton tabeln, warum nehmen Sie den Ton der andern nicht mit hinein! (Sehr richtig!) Warum nur immer den Ton desjenigen, der angegriffen, der herausgefordert worden ist, der sich verteidigen muß gegen beweislose Verdächtigungen. Ich will Ihnen mal ein paar Stellen vorlesen. Da gibt der Genosse Parvus eine Korrespondenz heraus: „Aus der Weltpolitik“. Darin schreibt er am 30. Januar 1904 und die Dormunder „Arbeiter-Zeitung“ und wohl noch manches Parteiblatt hat diese Beleidigungen und Beschimpfungen wortgetreu nachgedruckt. Es heißt da:

„Max Schippel hielt in Berlin eine große Rede über Handelspolitik. Der „Vorwärts“ brachte einen langen Bericht darüber. Dieser Bericht enthielt von der ersten bis zur letzten Zeile nichts als stöckagrarische Ausführungen (Sehr richtig!) über Agrarzölle, über Landwirtschaftsnot, über Handelsverträge. Ganz und gar im Sinne eines Grafen König. Dann publizierte Schippel eine Verächtlichung im „Vorwärts“, wonach seine Ausführungen zwar durchaus genau im Bericht wiedergegeben seien, nur habe er damit Bloß die Ansichten der andern Parteien zum Ausdruck bringen wollen, seine Ansichten aber seien die Ansichten der Partei. Wir gestatten uns, dieses Dementi in den Papierkorb zu schmeißen. Hätte Schippel gesagt, er sei es gar nicht gewesen, der den Vortrag gehalten hat, die Versammlung habe nicht stattgefunden, der Bericht sei gar nicht im „Vorwärts“ erschienen, sondern in der „Deutschen Tageszeitung“, so würde man vielleicht an seiner geistigen Intaktheit, aber nicht an seiner Aufrichtigkeit zweifeln. Schippel würde gut tun, in der Zukunft, um Mißdeutungen vorzubeugen, an die Genossen, die von ihm ein Referat verlangen, erst die Anfrage zu richten: Von welchem Standpunkte wollen ihr, daß ich die Frage behandle? Vom agrarischen, vom ultramontanen oder vom antisemitischen? Oder noch anders? In der Ankündigung wird es dann ungefähr heißen: Max Schippel spricht über Justiz vom Standpunkte Fritz Friedmanns“ — eine Geistreichigkeit ersten Ranges —. „Den Kulminationspunkt des Ganges bildet eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs“ — meine Rede eine Verherrlichung des neuen Zolltarifs! — „man soll nicht sagen: Mit dem neuen Zolltarif ist nichts anzufangen. Damit ist sehr viel anzufangen. Wer spricht denn da? Ist es Wassermann? Ist es Rosadowitz? Oder sind Sie es gar wirklich, Genosse Max Schippel? Erstieren Sie denn lebhaftig und lebendig? Oder ist es vielleicht nur noch ein sozialdemokratisches Reichstagsmandat, hinter dem sich der Geist des verstorbenen Freiherrn von Wangenheim verbirgt? Da haben wir nun gegen den Zolltarif gekämpft und gewütet, Obstruktion getrieben, beinahe eine Staatskrise zustande gebracht — und jetzt erfahren wir, daß das alles umsonst war, daß wir ruhig der Zolltarifvorlage hätten zustimmen, oder jedenfalls, wie bei der Herero-Vorlage, uns der Abstimmung enthalten, neutral bleiben können! Das ist nun Schippel!“ —

Es ist immerhin ein Trost, daß in derselben Nummer der „Wp.“ gerade so gegen die Fraktion wegen ihrer Abstimmung über die Cerero-Vorlage losgegangen wird. Es ist ein Trost für den Elenden, mit andren zusammen abgeschlachtet zu werden. Ein schöner Ton war das nicht, mein Ton war doch wohl um verschiedene Grade schöner. Ich bitte, mir das Gegenteil zu beweisen. Das waren aber noch lange nicht die schönsten Töne, die Parvus riskiert hat. Und seine gefälligen Helfershelfer haben es abermals nachgedruckt. Das ist „Partei Disziplin“, das ist die „Förderung des guten Verhältnisses unter den Parteigenossen“. So heißt es, nach Parvus, in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 10. 2. 1904:

„Schippel macht sich nichts daraus. Es ist ihm überhaupt alles egal. Das Gefühl der allgemeinen Würftigkeit besetzt ihn. Man weist ihm nach, daß er alte agrarische Ladenaüter produziert, deren Nichtigkeit längst aufgedeckt, von ihm selbst erkannt ist, daß er Zitate fälscht.“ (Auf: Sehr richtig!) — Nun, Zitate fälschen wir ja alle. Das lese ich seit Jahren als Vorwurf bei jeder Polemik unter Parteigenossen — daß er die Unwahrheit sagt — das rührt ihn nicht. Er ist unberlegbar, denn er hat jedes moralische Empfinden verloren. Man kann ihm, wie dem unbewundbaren Ali im Varietés Strichnadeln durch die Wangen ziehen und brennendes Werg in den Mund stecken. (Heiterkeit.) Er fühlt es nicht. Was man auch über ihn schreibt, er liest es nicht. Alles ist nichtig. Er ist jenseits von Gut und Böse. Er lebt in einem Nirwana, deutsch, in einem Dufel. Mit halbgeschlossenen, verschlafenen Augen sieht er sich die Welt an — sie erscheint ihm klein, unbedeutend, und was wir andern treiben, wofür wir uns ereifern, eifigen, unruhig und erbärmlich. Wahrheit, Wissenschaft — alles ist unsicher, schwankend, vergänglich. Revolution, Sozialismus, politische Macht, Weltumwälzung, Prinzip — Hallucinationen, Utopien, Zeitbetreib! Jedes Ding läßt sich verschieden darstellen — je nach dem Gesichtspunkt. Kritt man ihm entgegen, sucht man ihn zu überzeugen, so höhnt er bloß: Das alles kann er ebensogut wie wir, und wenn wir es wünschen, könne er es auch anders darstellen. (Auf: Leider sehr richtig!) Er zeichnet eine Karikatur der Volksmiliz und agitiert mit uns gegen das stehende Heer; er schreibt ein schuppöllerisches Buch und agitiert mit uns gegen die Schuppölle. Er glaubt weder an das eine noch an das andre: weder an das, was wir tun, noch an das, was er schreibt. Der Mann ist zu bedauern. Er kannte einst bessere Zeiten.“

Was sagt weiter die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ dazu?: „Soweit Parvus. Wir haben gestern schon unsrer Hoffnung Ausdruck gegeben und wiederholen das auch heute, daß die Fraktion alle Befürchtungen zu Schanden machen wird, indem sie resolut zwischen sich und Schippel das Tischschiff zerschneidet.“ Und bei anderer Gelegenheit schreibt dasselbe Blatt: „Schippel hat den ebernen Boden der marxistischen Denkweise verlassen, und nun hat er gar keinen Boden mehr unter den Füßen, er sinkt — sinkt ins Bodenlose. Gerade im Falle Schippel zeigt sich aufs neue deutlich, wie selbst die größte Begabung und die umfassendsten Spezialkenntnisse nicht vor völligem politisch-wissenschaftlichen Schiffbruch schützen, wenn man nicht geleitet wird von dem Kompaß einer fest fundierten Theorie, wenn man nicht unverwandt blickt auf den Leuchtturm eines zielklaren Programms. Das erlaubt sich hier dem Genossen Max Schippel jemand zu sagen, der es weder an Begabung noch an Spezialkenntnissen mit ihm aufnimmt, der weder „allweise“ noch ein „Parteiischi“ ist, der aber vor Schippel einen großen Vorzug voraus hat, den nämlich, daß er nach wie vor ein klassen- und zielbewußter Sozialdemokrat ist.“

Habe ich angesichts solcher Auslassungen nicht recht, wenn ich meinen Ton gleichfalls um ein paar Nuancen verschärfte? Wenn die Dinge von vornherein so behandelt werden, bevor es zu einer Aussprache kommt, wenn die Parteigenossen nicht das Bedürfnis haben, abzuwarten, wie die Erklärungen ausfallen, sondern gleich derart loschlagen, nur, dann darf man sich nicht beschweren, wenn auch mein Ton etwas kräftig geworden ist. Ich weiß also nicht recht, weshalb die Resolution Debel nur den Ton der einen Seite tadelt.

Dann enthält die Debel'sche Resolution noch eine Stelle, die Sie unmöglich so annehmen können. Es heißt da: „Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gebrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarzölle sei...“ Zu meiner ersten Erklärung bin ich durchaus nicht gebrängt worden. Ich selber habe mich freiwillig bereit erklärt, eine verständliche Erklärung abzugeben.

Ferner bemängelt die Resolution meine Stellung zur Agrarfrage. Aber niemand hat hier die Veränderung seines Standpunktes bereitwilliger zugegeben als ich. Ich habe in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 10. August geschrieben: „Folgernd darf man aus meinen Darlegungen allerdings, daß für die Partei die Agrarfrage wohl noch nicht als „gelöst“ zu betrachten ist. Kommt sie, was in keiner Weise eilt, wieder einmal ernstlich zur Erörterung, — sowohl hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft, wie hinsichtlich der Möglichkeit sozialistischer Heilmittel gegen etwa anquerkennende Notstände — so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir vieles besser machen werden wie 1895. Ich selber bin ein lebender Zeuge manches Meinungsumschwünges auf diesem Gebiete, und auch andre haben unterdes mancherlei gelernt. Das geht uns nun einmal allen so oder doch den meisten von uns — glücklicherweise. Selbst rettende Gegenprogramme gegen den bürgerlichen Agrarschutz auszuheften, dazu bin ich selbstverständlich nicht verpflichtet, dazu bin ich ferner sehr wenig veranlagt. Ich hulbige in solchen Dingen noch immer dem altväterischen Grundtag, daß Programme und programmatische Fundgebungen nur Kollektivarbeit, nur das Ergebnis vorangegangener vielseitiger Aussprachen und Verständigungsversuche innerhalb der Partei sein können und sein sollen, daß sie darum zunächst ein, in der Partei allseitig empfundenenes Bedürfnis nach einer bestimmten Stellungnahme zur Grundlage haben müssen. Seit dem Jahre 1895 habe ich davon nichts mehr verspürt. Das wird sicher eines schönen Tages abermals anders werden. Bis dahin jedoch kann unferner vernünftigerweise weiter nichts wollen, wie Aufklärung über die maßgebendsten agrarischen Entwicklungserscheinungen mit verbreiten zu helfen, um auf diese Weise spätere Diskussionen zu erleichtern und spätere Vorschläge vorzubereiten. Heute schon mehr zu tun, hiezu Eier bebrüten, ehe sie gelegt sind.“

Nun, Genossen, wenn einer so offen ausspricht, daß er seinen Standpunkt geändert hat, dann sollen wir auch hier nicht diese Veränderung amageln wollen, als wenn sie einen Vorwurf bedeutete. (Ruf von Debel.) Ich gebe zu, das mag ja nicht die Absicht sein, aber Sie wissen ja, wie solche Resolutionen draußen beurteilt werden, und wegen dieser Wirkung nach außen sollten Sie die Ammagelung fallen lassen.

Und nun zum Schluß! Ich glaube, es war Schöpflin, der hier mit solcher Verbe gegen mich gesprochen hat und der erklärte, selbst die Resolution Debel ohne das Amendement Freyhaller sei nicht annehmbar, und er hat hinzugefügt, ob Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird, das steht dahin. Nun, Genossen, darüber zerbreche ich mir zunächst den Kopf nicht, ich habe die Gewohnheit, die Dinge an mich herantommen zu lassen und nicht schon im voraus nachzugrübeln über die Konsequenzen von Umständen,

die vielleicht einmal eintreten können, und von Anträgen, die vielleicht einmal zur Annahme gelangen können. Ob und welche Konsequenzen ich eventuell ziehen werde, darauf kann ich Ihnen also im Augenblick keine Antwort geben. Aber Sie haben gern von meiner Zweideutigkeit gesprochen. Nun, Genossen, wenn Sie durch das Amendement wirklich das bezwecken, was Schippel ganz offen als Absicht ausgesprochen hat, dann haben Sie heute den Mut, eindeutig zu sein, dann verlangen Sie auch klipp und klar das, was Sie wollen. Dann werden wir uns weiter sprechen. (Beizehender Beifall.)

Siedermaun-Dresden: Der Wunsch, Klarheit zu schaffen, besteht unter den Genossen fast aller Wahlkreise, und es ist ja auch ganz selbstverständlich, daß wir Schippel gegenüber mal eine klare Stellung einnehmen müssen. Die Geschichte liegt doch nicht so einfach, wie Schippel sie darzustellen beliebt. Ledebour hat durchaus objektiv berichtet; wir haben seitens der Fraktion von Schippel eine Erklärung darüber verlangt, ob er noch auf dem Standpunkt steht, den er zur Zeit des Kampfes gegen den Zollwucher einnahm. Diese Klärung ist nicht erfolgt. Es ist in den letzten Monaten ein bedauerlicher Unfug damit getrieben worden, daß man sich Vertrauensvoten von Wahlkreisen ausstellen läßt. (Sehr richtig!) Die Chemnitzer haben Schippel ein Vertrauensvotum erteilt, noch bevor er gesagt hat, welchen Standpunkt er eigentlich einnimmt. Ich habe sogar gehört, daß er die Vertrauensresolution selbst geschrieben und sie nur durch einen anderen Genossen hat einbringen lassen. (Lebhafte Hört! hört!) Welchen Wert haben denn solche Vertrauensvoten noch? Ich glaube, auch die Chemnitzer werden das mysteriöse Verhalten Schippels zu würdigen wissen und denselben Weg betreten, den der Parteitag heute durch die Resolution Wibel und das Amendement Freyhaller ihnen anzeigt. Die Resolution Wibel geht mir nicht weit genug, wir müssen Schippel zeigen, was er zu tun und zu lassen hat, und das kommt in dem Amendement zum Ausdruck. Schippel macht den schweren Kampf gegen den Zollwucher nicht mit, er läßt sich nicht bliden, er gibt den Gegnern Material gegen uns, und heute kommt er hierher und liefert das beste traugige Schauspiel wie in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volkstimme“. (Sehr richtig!) Wenn ich einmal die Notwendigkeit von Agrarzöllen einsehe, dann ziehe ich auch die Konsequenzen daraus. Gegen das mysteriöse Verhalten von Schippel muß der Parteitag endlich Stellung nehmen. Zurzeit des Wahlkampfes im 20. sächsischen Wahlkreise, wo Böhre eine so taktlose Rolle spielte, als die bürgerlichen Parteien die Stellung von Schippel gegen uns ausmachten, hat sich Schippel trotz der Aufforderung, zu sprechen, nicht gerührt. Er liest nichts, er hört nichts, er weiß nichts, und dabei ist er fähig, uns eine ganze Reihe von Zitate vorzuführen, die zu seinen Gunsten sprechen. (Sehr gut!) Auf der sächsischen Landeskonferenz sagte er, er kümmerne sich um die Streitigkeiten in der Partei nicht. Erst wollte er eine Streitfrage auf, und wenn dann die Genossen Klarheit verlangen, dann sagt er: Ach, Ihr wollt ja bloß stänkern, ich lasse mich darauf nicht ein, denn jedesmal tangen diese Stänkereien an mit einer Auseinandersetzung über die materialistische Geschichtsauffassung und sie enden mit einer dreißigen Kinnsteingeschichte. (Psiu!) Er hat keine Erklärung abgegeben, obwohl nichts leichter gewesen wäre, als einfach zu sagen: ich verwerfe alle Lebensmittelszölle, ich verwerfe alle Agrarzölle in Deutschland! Statt das zu erklären, hat er nachher die Genossen in der höhnlichsten Art und Weise heruntergerissen. Das darf in der Partei nicht Brauch werden, die Genossen müssen Schippel zu erkennen geben, daß wenn er nicht mehr fähig ist, die neue Weltanschauung gegen die alte zu vertreten, in der Partei kein Platz mehr für ihn ist. Wenn ein jüngerer, in den hintersten Reihen kämpfender Parteigenosse so schwere Fehler machte, so hätte man ihm längst den richtigen Weg gezeigt und was man gegen den einen tut, darf man gegen den andern nicht unter-

lassen. Schippel läßt es zu, daß die Gegner ihn fortwährend gegen uns ausspielen, aber er hat nicht den Mut, zu sagen, ich kann nicht mehr durch die Dürn und Dünn mit Euch gehen und muß deshalb die Konsequenzen ziehen. Das fällt ihm gar nicht ein. Wir alle haben keine Lust, in der Partei zu stänkern, wir wissen, daß es notwendig ist, gerade in Zollfragen die größte Einheit zu bewahren. (Sehr richtig!) Mancher Genosse, der es 1895 nicht verstand, wie Wibel sagen konnte: er sei mit Schippel als Mensch fertig, wird heute sagen, daß Wibel recht gehabt hat. An Stelle von Schippel würde ich den Mut haben, zu sagen: ich gehöre innerlich nicht mehr zu Euch, ich gehe meiner Wege, ich kann nicht mehr mit Euch marschieren. (Lebhafte Beifall.)

Bernstein: Ich habe mich einschreiben lassen, um gegen die Resolutionen zu sprechen, nicht etwa, weil ich den Standpunkt Schippels teile, sondern, weil die Resolutionen nur Aeußerlichkeiten betreffen und nicht das, worauf es ankommt. Ich will nicht leugnen, daß in Schippels Auftreten eine gewisse Zweideutigkeit liegt, aber das ist nur eine Aeußerlichkeit. Viel wichtiger ist, daß der Standpunkt Schippels ein theoretisch falscher und zweideutiger ist. Auch die Art, wie er hier die Frage behandelt hat, hat das von neuem bekräftigt. Er hat unter andern Paplow angeführt als einen Genossen, der zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß unter Umständen die Ware Arbeitskraft geschützt werden muß gegen die Konkurrenz von Arbeitern anderer Länder auf dem Arbeitsmarkt. Das ist aber etwas ganz anders als das, worum es sich in der Handelspolitik handelt. (Sehr richtig!) Ich will damit nicht etwa sagen, daß ich all das gut heiße, was in den verschiedensten Ländern geschehen ist, um fremde Arbeiter vom Arbeitsmarkt abzuhalten. Die deutsche Recht und die deutsche Industrie sind im allgemeinen so entwickelt, daß sie keines Schutzes bedürfen. Schutzzölle sind wirtschaftlich betrachtet schließlich eine Verteuerung der tatsächlichen Produktionskosten, die Arbeiter haben ein Interesse daran, die tatsächlichen Produktionskosten möglichst zu vermindern. Wir wissen weiter, daß der Agrarzoll für kleine Landwirte, je mehr sie sich ihrer Klassenlage nach den Arbeitern nähern, gleichgültig, ja sogar schädlich ist. Die Arbeiterklasse muß eine durchaus einheitliche Handelspolitik betreiben aus ihrer ganzen Stellung in der modernen Gesellschaft heraus. Daß die bürgerlichen Parteien, wie Schippel feststellt, die Fahne des Freihandels haben fallen lassen, ist begreiflich, einmal weil sie überhaupt reaktionärer geworden sind, teils auch, weil sie die Kraft verloren haben, für ihre einstigen Ideale einzutreten. Deshalb ist die Fahne des Verkehrs auf die Arbeiterklasse übergegangen. Ich behauere, daß Schippel diesen Standpunkt nicht hat, aber aus solchen theoretischen Auffassungen kann man niemandem von vornherein einen Vorwurf machen. Andererseits darf man dazu auch nicht schweigen. Ich vermisse in den Resolutionen die Betonung des Standpunktes der Partei, wie er in den Beschlüssen von Mainz und München zum Ausdruck kommt. Also, theoretisch trennt mich sehr viel in dieser Frage von Schippel, ich siehe vielleicht am schärfsten von allen Genossen gegen ihn, aber daraus, daß er in einem improvisierten Vortrag (Zuruf: improvisiert?) in einer geschlossenen Versammlung seine theoretischen Anschauungen vorgebracht hat, ist ihm kein Vorwurf zu machen. Die Sache ist gegen seinen Willen und seine Absicht in die Öffentlichkeit gezogen, er ist aufgefordert worden, Stellung zu nehmen. Die Art, wie Schippel seinen Standpunkt entwickelt hat, hat auch mir nicht gefallen, er hätte schon etwas deutlicher sprechen und von vornherein seinen Standpunkt öffentlich kundgeben können. (Wibel: Das verlangen wir ja, das haben wir aber auch heute nicht erfahren!) Schippel hätte auch im Ton anders sein können, aber ich weise darauf hin, daß uns sonst immer gesagt wird, alte Weiber beschwerten sich über den Ton, eine kräftige Partei kann auch einen kräftigen Ton vertragen. Also, man soll auf

den Ton nicht so viel Gewicht legen, aber aber, wenn man ihn rügt, dann soll man ihn bei allen rügen. Schippel ist doch auch scharf angegriffen worden. Hinsichtlich der Polemik will ich übrigens bemerken, daß Schippel kautschik gegenüber sachlich im Unrecht ist, insofern er ihm Widersprüche vorwarf, wo keine Widersprüche vorhanden waren. Ich teile, kurz gesagt, den Standpunkt von Schippel nicht, und ich halte es weiter für notwendig, daß der Parteitag nochmals seine Stellung zur Verkehrs- und Handelspolitik und zur gegenwärtigen Zollpolitik bekräftige. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der Parteitag einen Tadel ausspricht über den Ton, aber nicht über den Ton allein von Schippel, sondern über den Ton von allen. (Sehr richtig!) Schippel befand sich in einer sehr schwierigen Lage, man hätte ihn nicht zwingen dürfen zu sprechen. Aus seinem Schweigen kann ihm ein Vorwurf nicht gemacht werden. Ich empfehle Ihnen die Annahme der von mir gestellten Resolution 186.

Pöplow-Hamburg: Schippel hat recht, wenn er mich als alten Freund rellamiert, ich gehöre zu denen, die ihn vor 15 Jahren in den Sattel gehoben, d. h. als Reichstagskandidaten für Chemnitz aufgestellt haben, und ich bin in gewisser Beziehung auch heute noch Schippelaner, obwohl ich nicht alles, was er geschrieben hat, mit verantworten will. Ich sage auch, daß die handelspolitischen Fragen diskutiert werden können in dem Sinne, wie Schippel es getan hat. Was ich ihm vorwerfe, ist, daß er die politische Situation nicht beachtet, daß er gerade als die Partei im Kampfe gegen den Zolltarif stand, diese Fragen aufgeworfen hat. Schippel sagt, ich sei Protektionist. Ich bin in Amsterdam keineswegs protektionistisch aufgetreten, ich habe nur gesagt, daß ich das Wort von Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ nicht so auffasse, daß ausländische Arbeiter in ungezählten Scharen ohne Rücksicht auf die Zustände bei uns nach Deutschland kommen dürften, ich habe gesagt, wir müssen die internationale Freizügigkeit an gewisse Bedingungen knüpfen. Wer so unter der internationalen Freizügigkeit gelitten hat, wie wir Bauhandwerker unter dem Zug der Italiener, der darf wohl mit Recht verlangen, daß die internationale Solidarität auch von den übrigen Arbeitern gefördert wird. Genau so, wie wir uns jetzt unter Umständen wehren müssen gegen die massenhafte Einwanderung von Arbeitern, können wir auch zu der Anschauung gelangen, daß die Ware an und für sich geschützt werden muß. Ich will darauf nicht weiter eingehen, sondern nur betonen, daß ich auch den Standpunkt von Bernstein nicht für den richtigen halte. Will man die Ware Arbeitskraft schützen, dann muß man unter Umständen auch so weit gehen, daß man die Ware selbst schützt. Ob der Zeitpunkt dazu gekommen ist, will ich nicht erörtern.

In der Resolution Webel ist von dem Ton die Rede, aber man muß doch berücksichtigen, welcher Ton vorher angeschlagen ist. Und leider hat ja das Wort noch immer Geltung: Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es wieder heraus. Kautschik, der sich ja Schippel besonders vorgenommen hat, hat in dieser Beziehung auch sehr viel gesündigt. Und Webel — ich schätze ihn sehr hoch, ich bin sachlich in fast allem mit ihm einverstanden, mir ist sein Standpunkt mir unter sogar noch nicht scharf genug — aber der Ton, den er manchmal anschlägt, gefällt mir nicht. Der Ton, den er in Dresden angeschlagen hat, wird mir niemals gefallen. Also, wenn man soviel vom schlechten Ton redet, so soll man auch ändern diesen Vorwurf machen. Ich halte deshalb sowohl die Resolution Webel als auch das Amendement Freyhaller für unannehmbar. Wollen wir Schippel einen Tadel aussprechen, so kann das nur in der milden Form geschehen, wie ich es in meiner Resolution beantragt habe. Wäre keine andre Resolution vorgebracht, so könnte ich die meinige sogar zurückziehen und beantragen, daß die Sache durch die Aussprache hier als erledigt angesehen wird. Ich würde eigentlich noch der Resolution Bernstein den Vorzug geben.

Da ich aber nach der Stimmung, wie sie sich bisher hier gezeigt hat, nicht wage, anzunehmen, daß diese verständliche Resolution angenommen wird, so muß ich vorläufig meine Resolution aufrecht erhalten, die noch etwas schärfer ist. Ich würde es für sehr wünschenswert halten, wenn Webel seine Resolution zurückziehen würde. (Webel: Unmöglich!) Dann könnten wir alle Resolutionen verwirfen und uns auf die Bernstein'schen beschränken. (Lachen.) Wir wollen doch nicht so intolerant sein und so böse Scharfrichterei treiben. Es ist doch nicht zu leugnen, daß Schippel heute ganz unzweideutig seine Meinung gesagt hat.

Noch kurz zu dem Antrage von Hamburg III. Schippel meinte mir gegenüber, die Hamburger Genossen hätten mich wohl zu dem Zwecke hergeschickt, um ihn abzuschlachten zu helfen. Das trifft nicht zu. Ich weiß nicht, wie die Resolution von Hamburg III zustande gekommen ist; ich habe sie erst kennen gelernt, als sie im Druck vorlag. Die Hamburger Genossen haben mir nichts davon gesagt, ich habe keinen Auftrag von ihnen. Ich würde einen solchen Auftrag auch zurückgewiesen haben. Ich hätte den Hamburger Genossen meinen Standpunkt dargelegt, daß ich es nicht nur für möglich, sondern sogar für nützlich halte, wenn theoretische Erörterungen darüber gepflogen werden, ob wir nicht schließlich doch einmal protektionistisch, schutzzöllnerisch werden müssen. Ich bitte Sie, nicht immer den schärfsten Ton anzuschlagen, seien wir doch tolerant und verständlich. Geben wir Schippel Gelegenheit seine Fehler innerhalb der Partei wieder gut zu machen.

Es wird hierauf die Unterstützungfrage für die Resolution Bernstein gestellt; sie wird genügend unterstützt.

Leipzig-Berlin: Ich muß meine gestrigen Ausführungen etwas ergänzen. Die Genossen sind mit Recht der Ansicht, daß Schippel in der „Chemnitzer Volksstimme“ wie auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ wie die Frage um den heißen Brei gegangen ist. Er stellt es so dar, als ob er alle Gegner in der Partei zur Strecke gebracht hat. Seine Darlegungen spielen darin, daß es für die deutsche Regierung unumgänglich war, die Zollpolitik zu inaugurierten. Er liefert also den Vertretern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Beweis, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Hinterher sagt er dann, er identifiziere sich nicht mit diesem Standpunkt der Gegner, den er eben gerechtfertigt hat. Das verstehen die Parteigenossen im Lande nicht. Gehört ein Mann, der beweist, daß unsre Gegner mit ihrer Politik recht haben, noch in unsre Reihen? Ich bin nicht der Meinung. Das Volk verlangt von seinen Vertretern, daß sie ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in der Dienst der Sache des Proletariats und nicht in den Dienst der Gegner stellen. Gegen den Individualismus Schippels haben wir nichts, aber als Abgeordneter muß er seinen Individualismus beschränken. Er ist verpflichtet, seine Studien im Interesse der Partei zu bewerten. Tut er das nicht, so muß er von dieser Stellung zurücktreten und im Hintergrunde der Partei seinen wissenschaftlichen Neigungen huldigen. Ich bitte Sie um Annahme der Resolution Webel mit dem Amendement Freyhaller. (Beifall.)

Zubeil-Berlin: Wir haben wieder das alte Bild erlebt, daß Schippel sich hier als der Angegriffene hinstellt, er ist nicht das Karnickel, das angefangen hat, er ist durch den Ton der andern gereizt. Der früher so radikale Schippel, wie ihn die Berliner kennen, will dem Parteitag glauben machen, daß die Versammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises nur von einer kleinen geschlossenen Gesellschaft besucht gewesen sei. Es war eine Versammlung, die öffentlich bekannt gemacht und von circa 400 Personen besucht war, und das nennt Schippel einen kleinen geschlossenen Kreis. Ja, Schippel hat die Stirn gehabt vor den Parteitag zu treten und zu behaupten, er habe Schulter an

Schulter den Hollarmpf mit uns gekämpft, während er uns niemals weder im Plenum, noch in der Kommissionsberatung auch nur im geringsten unterstützt hat, ja wo er zu den Abstimmungen im Plenum erst telephonisch herbeigerufen werden mußte. In einem Maße seine Ansichten niederzulegen ist wahrlich leichter und bequemer, als öffentlich im Reichstag seine Ansichten zu vertreten. Ich spreche es offen aus: Dazu ist Schippel zu feige. Schippel beklagt sich über den Ton der Gegner. Was schreibt er aber in der „Volksstimme“ über Kautsky: In Nr. 147 ist zu lesen:

„Was erweitert da unser „weitersehendes“ Prinzip und Endziel mit den ganzen Mühseligkeiten der politischen Gelegenheitsmacherei?“

An einer andern Stelle derselben Nummer:

„Nur ein vollendeter Sklave oder ein Skafteiler um jeden Preis kann in einem solchen Falle noch das Prinzip auspielen.“

In Nr. 153 heißt es:

„Denn bisher galt gerade Kautsky, der seit Februar-März klägerisch entrieffte Genosse Kautsky, der mit einem Male das anti-agrarische Partei-gewissen verlöchernde Genosse Karl Kautsky vielen als der wahre sozial-demokratische Agrarier.“

In Nr. 171 höhnt Schippel:

„In der Tat, Wtrünniger, Verräter, Doppelzüngiger, Unzurechnungs-fähiger, Kleinbütiger, Agrarier, Robbertusianer, jetzt naht dein langverdientes, bitteres, letztes Stündlein! Hier ist nichts mehr zu leugnen, nichts mehr zu entrinnen: Du hast . . . Du hast . . . Du hast . . . behauptet, die Agrarzölle hätten zu keiner Verteuerung der zollbetreffenden Artikel geführt! . . .“

„Ja, Kinder, ihr habt euch bei dieser „Diskussion“ wohl an mancherlei gewöhnt. Aber, entschuldigt schon, so etwas von . . . — ihr müßt schon entschuldigen, wenn ich das Wort, das mir auf die Zunge kam, wieder unterbrüde — also, sagen wir, so etwas von unsagbarster Kinderei ist mir in meinem ganzen Leben kaum jemals vorgekommen.“

Aber da ich nunmehr aus verschiedenen Presseäußerungen gesehen habe, daß man bei manchem Parteiwächter noch nicht einmal das einfachste A. B. C. und Grundaussagen jeder handelspolitischen Debatte voraussetzen darf, so muß ich notwendig mit den jetzigen Ausführungen ganz von unten beginnen.“

Hier aber stellt sich Schippel als das unschuldige Opferlamm des Zorns hin. Wir wollen keinen abschlagen, aber wir wollen, daß die Doppelseele Schippels, seine Doppelzüngigkeit endlich mal aus der Partei entfernt wird. Wer nicht mit uns gehen will, der muß gegen uns sein. Wenn er selbst die Konsequenzen seines unqualifizierbaren Verhaltens nicht zieht, müssen wir ihm die Wege weisen. Ich stehe auf dem Standpunkte der Resolution Nebel mit dem Amendement, über die der Parteitag in namentlicher Abstimmung sich entscheiden muß. Mit Annahme der Resolution Bernstein, die den Weg wachen will, ohne ihn nah zu machen, wird das Ganze auslaufen, wie das Hornberger Schieken. (Sehr richtig.)

Ulrich-Offenbach: Auch ich will nicht, daß die Sache ausläuft, wie das Hornberger Schieken. Wir müssen jeden Versuch, agrarische Neigungen bei uns einzubürgern, energisch zurückweisen auch einem Genossen gegenüber, der lange Zeit der Radikalste der Radikalisten gewesen ist. (Sehr richtig.) Jetzt steht er direkt im Lager der Klapper und Geflossen. Schippel ist mir als Mensch stets sehr sympathisch gewesen, aber wir haben es hier nicht mit dem Menschen Schippel zu tun, sondern mit dem Politiker Schippel. Der Politiker Schippel hat sich selbst überholt und es ist der Gelehrte, der Silbersieder, der Stubenhocker Schippel herausgekommen. Er glaubt, mit einerseits und andererseits lassen sich solche Fragen lösen. Solche Fragen wie die Zoll-

frage lassen sich aber nicht mit Lavendelkraut und Thymian erledigen, mit Rosenwasser auch nicht (Geiterkeit) und noch weniger mit Bescheidenheit, sie müssen als reine Nachfragen behandelt werden und wir haben die Pflicht, unsere ganze Kraft daran zu setzen, um die Junker-Politik zu verhindern. Bernstein meinte, wenn man sonst in allen Fragen einig ist, dürfte diese Frage nicht dazu führen, daß man Schippel veranlasse, die Klinte der Lär zur Partei von außen in die Hand zu nehmen. Ja, wenn es nur die eine Frage wäre! Ich erinnere Sie aber an Schippels Auffassung über Militarismus und Willkür. Ich gestehe offen, Schippel scheint mir durchaus konsequent zu sein insofern als er uns ein abschließendes Urteil über Willkür und Agrarzölle nicht gibt, weil er immer noch Feins hat und deshalb uns auch jetzt nicht sagen kann, was er über die Agrarzölle wirklich denkt. Ich habe aus Schippels Munde auch heute nicht gehört, daß er ein Gegner der Agrarzölle sei; er hat zwar die Erklärung verlesen, die er auf Veranlassung der Fraktion mit Hilfe Stadthagens abgegeben hat, aber er hat nicht klipp und klar erklärt: Ich stehe auf dem Standpunkt, auf dem Ihr steht, die Agrarzölle sind ein Unglück für die Arbeiter, und deshalb müssen wir sie beseitigen. Ich meinerseits erkläre es für eine Illusion, daß die Frage der Agrarzölle je auscheiden wird aus dem politischen Kampf. So lange die preussischen Junker am Ruder sind, wird ihre Räuberpolitik nicht aufhören. Wie ihre Vorfahren als Wegelagerer an der Straße lagen, so benutzen ihre Epigonen die Klinte der Gesetzgebung, um aus dem Wolke herauszuholen, was ihnen möglich ist. (Straf Zieg: Um Ihre Macht zu schützen!) Es steht fest, daß die Agrarzölle sich in aufsteigender Richtung bewegen werden, so lange jene Leute am Ruder sind, die materielle Vorteile davon erhoffen. Jeder nachfolgende Junker wird wieder mehr verschuldet sein und wird Hilfe vom Staat verlangen in Form von höheren Getreidezöllen. Jede Lohnerhöhung, die wir der bürgerlichen Gesellschaft abringen, wird durch die Verteuerung der Lebensmittel wieder illusorisch gemacht, und so müssen wir den Kampf immer wieder von neuem anfangen. Die Vorgänge in Italien zeigen uns, wohin wir steuern. Die General-Doguslawski und Genossen sind nicht vereinzelt in Deutschland; wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht so diszipliniert wäre, hätten wir schon ganz andre Dinge erlebt. Für Schippel ist in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kein Platz mehr. (Sehr richtig!) Er müßte sich selbst sagen: ich bin innerlich zerfallen mit meinen Kollegen und müßte daraus die Konsequenzen ziehen. Schippel hat bei den ganzen Zöllkämpfen ruhig beiseite gestanden. Er hat zwar unsern Aufruf unterschrieben — insofern als er nicht gegen die Benutzung seines Namens protestiert hat —, den Aufruf, in dem mit glühenden Worten zum Kampfe gegen den Zolltarif aufgefordert wurde, aber er sieht untätig zu, wie man in den wilden Zöllkämpfen seinen Kameraden die Köpfe einschlägt und mit Gewalt gegen sie losgeht. Da war Schippel bereits innerlich zerfallen mit den ganzen Traditionen, mit dem Programm der Partei.

Und nun noch einige Worte über die Resolutionen. Aus der ganzen Situation geht hervor, daß wir uns entscheiden müssen. Ich will kein Repergericht, ich will niemandem zumuten, daß er etwas anderes sagen soll, als er denkt. Wenn aber Schippel schreibt und ausspricht, was er denkt — jedoch meint, das höre keiner — so hört doch alles auf; diese Art der Politik darf nicht gutgehen werden. Schippel hat in seinem Berliner Vortrage wenn auch nicht ausdrücklich gegen die Partei gehandelt, so doch tatsächlich das Verhältnis zwischen sich und der Fraktion geschnitten. Ich glaube nicht, daß er nicht gewußt haben sollte, was daraus entsteht. Dazu halte ich ihn für viel zu klug. Der Vorstehende macht den Rabner darauf aufmerksam, daß die Redezeit abgelaufen sei.) Aus alledem ergibt sich die Forderung: entweder erklärt Schippel klipp und klar: Ich stehe auf dem Boden des Kampfes gegen die Agrarzölle mit Euch

— diese Erklärung hat er aber auch heute nicht abgegeben — oder: ich kann und will nicht gegen die Agrarzölle wirken. Tut er das erstere nicht, so kann er eben nicht mehr innerhalb der Fraktion gegen die Agrarier kämpfen, weil er innerlich selbst Agrarier ist. Ich kann also nicht die Resolution Bernstein empfehlen, sondern bitte die Resolution Bebel mit dem Zusatz von Freyhalter anzunehmen. (Bravo!)

Düwël-Dortmund: Als früherer Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ habe ich einige Worte gegen Schippels Angriffe zu sagen. Wir haben nur von ihm verlangt, daß er seine Meinung klar und deutlich sagt. Wenn Schippel verlangt, daß nur diejenigen über ihn urteilen, die sein Buch gelesen haben, so wäre die Konsequenz dieser Auffassung, daß wir von umren 3 000 000 Wählern manche Null streichen müßten, denn es haben auch nicht all diese drei Millionen Marx gelesen. Schippel verbittet es sich, daß man von ihm verlangt, alles zu lesen, was gegen ihn geschrieben wird, aber er vergißt nicht, sorgfältig alles zu sammeln, was sich an persönlichen Angriffen findet. Doch nicht das persönliche Moment wird ihm vor allem zum Vorkurf gemacht, sondern, daß er die Partei bezigt hat, wie auch heute morgen wieder. Er sagt: ich stehe auf dem Boden des Programms, aber ich habe meine Anschauungen geändert, kann Euch aber noch nicht sagen, was eigentlich los ist, höchstens im ganz kleinen Kreise. — Er hat auf Pápolow's Anschauung hingewiesen. Hätte er damit recht, dann dürften wir auch keine Streikposten ausstellen, denn das ist auch eine Beschränkung in der freien Anwendung der Arbeitskraft. Wenn Schippel schließlich meinte, der Parteitag solle nicht zweideutig sein, so weiß er ganz gut, daß der Parteitag formal nicht das Recht hat, das zu tun, was er ihm als Konsequenz empfiehlt. Vielleicht stügt er gerade darauf seine Drohung: Dann sprechen wir uns weiter! Meiner Ansicht nach kommt es nicht so sehr darauf an, welche Resolution hier angenommen wird, sondern der wertvollste Effekt der heutigen Aussprache wird sein, daß die Genossen im Lande erkennen, nicht von oben vom Parteitag kann Veränderung kommen, sondern von unten aus müssen die unhaltbaren Zustände reformiert werden. Schaffen wir nicht Ordnung von unten aus, so werden wir mit Schippel heute fertig und morgen fängt die Schippelei wieder an. Unerhört ist es, daß Schippel meinen Kollegen Hänisch, der in bezug auf sich selbst bemerkte, ein guter Sozialdemokrat zu sein, mit der wegwerfenden Bemerkung: das ist Nebensache, abzutun sich bemühte.

Bebel: Es ist heute sowohl von Schippel wie von anderer Seite wieder beliebt worden, die Dinge so darzustellen, als handle es sich hier um einen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Schon gestern hat Ledebour klar und scharf dargetan, daß das nicht der Fall ist. Man kann die beantragten Resolutionen mit der Lupe darauf hin untersuchen, ob darin irgend ein Wort von Unterbrückung der Meinungsfreiheit enthalten ist, man wird keines finden. Darum hat es sich bisher überhaupt nicht gebreht. Ich behaupte, es gibt überhaupt keine Partei, in der so viel Meinungsfreiheit herrscht wie gerade in der Sozialdemokratie. Es versteht sich ganz von selbst, daß jeder Parteigenosse, der glaubt eine bisherige Grundanschauung der Partei angreifen zu müssen, weil er auf Grund seiner besseren wissenschaftlichen Ueberzeugung sie für falsch oder überwunden hält, das Recht dazu haben muß. (Sehr richtig!) Aber dann darf er sich nicht allein damit begnügen, zu kritisieren, sondern muß zugleich sagen, was er an deren Stelle zu setzen vorschlägt. Bei Schippel aber liegt die Sache ganz eigentümlich. Er schreibt große Bücher, lange Artikel und hält Reden, in denen er von A bis Z die gegenwärtig herrschende Wirtschaftspolitik als notwendig und im höchsten Interesse der herrschenden Gesellschaft gelegen rechtfertigt, aber wie die Sozialdemokratie sich dazu stellen soll, davon hören wir kein Wort. (Sehr richtig!) Sehr charakteristisch ist folgender Satz: Er sei zu der Ansicht gekommen, daß das Neugewordene — nämlich die Wirtschafts-

politik die gegenwärtig herrscht — der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft für die bürgerliche Gesellschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit und ein Zeichen von enormer Lebenskraft sei. Werte Genossen! Wenn ein Sozialdemokrat einen derartigen Satz als Postulat für die Rechtfertigung der herrschenden Zustände der bürgerlichen Gesellschaft ausspricht und nicht zu gleicher Zeit die schärfste Kritik anwendet, um nachzuweisen, daß diese Auffassung von unserm Standpunkt aus falsch ist, dann verstehe ich einfach den sozialdemokratischen Schriftsteller nicht mehr. (Sehr richtig!) Wie kann der Mann, der diesen Satz ausspricht, der das für eine Lebensnotwendigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, in der wir doch leben, hält, wie kann der in Wirklichkeit noch ernsthaft diesen Zustand bekämpfen. (Sehr richtig!) Das ist ja ein Ding der Unmöglichkeit, das ist eben eine von diesen Zweideutigkeiten, die ich in meiner Resolution annagte.

Ich will nun zunächst einmal auf die Dinge in der Fraktion eingehen. Ich hoffe, daß mir das in meiner Rede zu gute gehalten wird, da ich als Vorsitzender der Fraktion in jener Sitzung doch das richtig stellen muß, um nachzuweisen, daß, was Schippel über die Vorgänge in der Fraktion ausgeführt hat, in jeder Richtung falsch ist. (Sehr richtig!) Zunächst habe ich zu konstatieren, daß all das was Schippel Ihnen hier des langen und breiten erzählt hat, wie er zu jenem Vortrage gekommen und wie er nicht gewünscht habe, daß er veröffentlicht werde — daß all das in der breitesten und grünlichsten Weise in der Fraktion gesagt worden ist neben vielen andrem. Die Sachlage ist die folgende: Als jenes Referat im „Vorwärts“ erschien — es war während der Tagung des Reichstages — waren die im Reichstag anwesenden Parteigenossen einfach außer sich. Soll ich Ihnen sagen was ich gesagt habe zu einem meiner Freunde: „Gast Du den Bericht gelesen?“ — „Ja.“ — „Ja, weißt Du, wie ich den beurteile: Schippel will ein Pronunziamento gegen die Partei machen, er will aus der Partei heraus, aber er will herausgeschmissen sein, sonst kann ich mir den Vortrag gar nicht erklären!“ Da sagte der andre, der sonst gar nicht immer auf meinem Standpunkt steht: Dieselbe Anschauung habe auch ich. Nun kam die Gegenklärung Schippels, die den Inhalt an sich nicht bestritt, aber sagte, das sei nicht sein Standpunkt. Darauf erklärte der Genosse Kautsky in seiner Gegenklärung: Was Schippel in diesem Referat gesagt hat, das ist wirklich die Ueberzeugung Schippels, denn genau dasselbe steht in seinem Buche. Darauf erörterten wir in der Fraktion die Angelegenheit und der Vorstand wurde beauftragt, gewissermaßen als eine Art Untersuchungsbehörde die Genossen Schippel und Kautsky vorzuladen und mit ihnen über die Sache einen Austausch der Meinungen herbeizuführen. Das Resultat war vorauszu sehen, es blieb alles haben wie drüben beim Alten, wir waren sehr schnell fertig. Alsdann haben wir in der nächsten Fraktionsitzung über die Vorgänge Bericht erstattet. Nachdem abermals die ganze Sache in der Fraktion hin- und herdiskutiert war, kam man zu der Ueberzeugung, es sei endlich notwendig, daß Klarheit geschaffen werde, und nun bitte ich Sie, den Wortlaut des Beschlusses der Fraktion vorzutragen zu dürfen, der Ihnen deutlich zeigt, daß der Fall nicht in oherflächlichster Weise, wie Schippel das darstellt, behandelt ist — was ja auch eine Schmach für die Fraktion wäre — sondern, daß sehr gründlich beraten wurde. Die Resolution lautet: „Nach Entgegennahme des vom Fraktionsvorstand erstatteten Berichtes in der Angelegenheit Schippel-Kautsky und unter Berücksichtigung der in derselben Angelegenheit stattgegebenen Berichterung in der Parteipresse erklärt die Fraktion:

1. Die Art und Weise, wie Schippel sowohl in literarischen Arbeiten als in Vorträgen die Agrarzölle behandelt, steht im Widerspruch mit der von der Partei beschlossenen Taktik und ist geeignet, Unklarheit und Zersplitterung in dem Kampfe gegen die Lebensmittelzölle zu erzeugen.

2. Trotzdem Schippel behauptet, bei seinen Äußerungen nur über die Ansichten der Gegner referiert zu haben, führten seine Ausführungen zu der Annahme, daß er seine eignen Ansichten über die Agrarzölle zum Ausdruck gebracht hat.

3. Der Umstand, daß Schippel sich bei den parlamentarischen Beschlüssen dem Votum der Fraktion angeschlossen hat, ändert nichts an der Tatsache, daß seine in Wort und Schrift geäußerte Meinung über die Agrarzölle den Gegnern Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der Partei zu diesen Fragen zu bekämpfen.

4. Das unklare und zu Mißdeutungen führende Verhalten Schippels in der Zollfrage ist mit einer wirksamen Vertretung der von der Partei wiederholt festgelegten Stellung zu dieser Frage unvereinbar und führt zu einem für die Partei und die Fraktion unerträglichen Zustand.

5. Es ist erforderlich, daß Schippel ungesäumt Veranlassung nimmt, auf klare und unanfechtbare Weise der Öffentlichkeit gegenüber festzustellen, welche grundsätzliche Stellung er den Agrarzöllen gegenüber einnimmt. Die Fraktion fordert in Rücksicht auf die Notwendigkeit einheitlicher und übereinstimmender Propagierung der Parteibeschlüsse Schippel auf, die Zollfrage fortan nur auf eine jede Mißdeutung ausschließende Weise zu behandeln.

In dieser ganz klaren und deutlichen Weise hat damals nicht etwa eine zweifelhafte Mehrheit, sondern die **übergroße Mehrheit der Fraktion** in der Frage beschlossen. Nur darüber waren Meinungsverschiedenheiten vorhanden, ob die Resolution zu veröffentlichen sei. In dieser Frage gab es eine starke Minorität, die die Veröffentlichung nicht wollte, während die Majorität sie beschloß. Daraufhin hatte Schippel jetzt die Verpflichtung, in einer ihm ganz anheimgegebenen Form eine Klarstellung zwischen sich und der Fraktion und der Partei zu schaffen. Darauf, Parteigenossen, passierte es, daß Schippel erklärte, er wisse überhaupt noch nicht, ob er diesem Beschlusse der Fraktion nachkommen werde. (Hört! hört!) Wir aber sagten, das geht nicht. Was beschlossen ist, muß auch durchgeführt werden. Wir bestehen darauf, daß Sie diesem Beschluß der Fraktion nachkommen. Nach einiger Zeit — es dauerte ziemlich lange — begannen dann die acht, in Wirklichkeit elf Artikel Schippels in der „Chemnitzer Volksstimme“, die 47 Spalten ausfüllten, und wo Schippel in 46 Spalten wiederum, und von seinem Standpunkt in glänzender Weise, die herrschende Agrarzollfreiheit rechtfertigte, bis er dann am Schluß erklärte: ich bin weder für Agrarzölle, noch für den neuen Zolltarif. **Im Grunde genommen also waren wir genau so klug wie vorher.** Auch heute nach der ganzen Rede, weiß denn einer von Ihnen, wie Schippel nun in Wahrheit zu der Frage steht? (Sehr richtig!)

Er hat sich ausdrücklich als Schutzöllner erklärt. Ja inwiefern denn als Schutzöllner? Von Agrarzöllen will er nichts wissen, die er in Stuttgart und in seinem Buche rechtfertigte, von Industriezöllen nichts, die er ebenfalls in Stuttgart und in seinem Buche gerechtfertigt hat. Wenn er die herrschende Agrarpolitik als Politik von enormer Lebenskraft hinstellt, dann war es seine Pflicht als sozialdemokratischer Schriftsteller, das zu sagen, wie wir mit diesen Zuständen fertig werden sollen, und welche Stellung wir demgegenüber einzunehmen haben. Denn dann kann, was wir bisher getan haben, unmöglich dazu dienen, diesen Zustand zu erschüttern. Aber wie gesagt, bis zu diesem Augenblick sind wir darüber vollständig im unklaren. Nun hat er sich darauf berufen, daß man ihn bei dieser Sachlage wieder zu den Wahlen aufgestellt, daß man ihn später in die Fraktion aufgenommen und sogar zum Schriftführerposten vorgeschlagen habe. Das beweist doch nur, wie außerordentlich tolerant wir in der Fraktion waren (Sehr richtig!),

welche Rücksicht wir dort übten. Es ist nicht wahr, daß im Vordergrund der Verhandlung in der Fraktion sein Buch stand. Davon ist kaum die Rede gewesen. Wie lagen denn die Dinge? Wir hatten glücklich den Wahlskampf hinter uns. Wir hatten trotz aller Unannehmlichkeiten, die uns Schippels Stellungnahme veruracht hatte, einen großartigen Sieg erfochten. Schippel selbst war gewähnt, ohne daß einer von uns das geringste gegen seine Wahl unternehmen hätte.

Also dachten wir, es ist gut; er hat ja gesehen, was er angerichtet hat, er wird vorsichtig sein, und wenn er nicht offen sagen will, was er denkt, wenigstens schweigen. Da kam aufs neue jenes Referat, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Es stellte sich heraus, daß er fortzufuhr, für seine Ideen und Anschauungen Propaganda zu machen. Er stellt die Dinge so dar und auch Bernstein hat in sonderbarer Weise darin ihn unterstützt, als wenn er in den zweimal 24 Stunden, die er Zeit hatte zur Vorbereitung, gar nicht in der Lage gewesen wäre, sich genau zu überlegen, was er reden will. Ja, zum Teufel, Parteigenossen, **wo immer ich als Parteigenosse rede, im Vorhause, in Konventionen, in Parteiveren, in Volksversammlungen — ich rede doch überall als Sozialdemokrat.** (Sehr richtig!) Das ist nur wieder ein charakteristisches Zeichen für die Taktik, die dieser Mann in den 18 Jahren seiner öffentlichen Tätigkeit in allen entscheidenden Fragen beobachtet, daß er nie wagt, ernsthaft zu sagen, was seine wirkliche innere Überzeugung ist, daß er, zur Rede gestellt, immer wieder auszuweichen sucht. Er hat sich selbst das Pseudonym „Jegrim“ beigelegt, ich gebe ihm den guten Rat, den Namen Schippel abzulegen und „Jegrim“ als echten Familiennamen anzunehmen. Das würde seine Stellung und seine Rolle durchaus charakterisieren. Ich erinnere Sie daran, daß dieser Mann, mit dem wir es heute zu tun haben, einstmals in der Partei auf dem äußersten linken Flügel stand, daß er sich alle paar Jahre einmal wandelte, bis er heute auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht (Sehr richtig!), ja es gibt einige seiner intimsten Genossen, die sagen: innerlich gehört er im Grunde gar nicht mehr zu uns. Ich erinnere an seine Stellung zur **Stadtverordnetenwahl** im Jahre 1886 und an die Verlegenheiten, in die er uns damals in Berlin versetzt hat. Ich erinnere an die bekannte Stellung auf dem **St. Gallener Parteitage**, an die Verlegenheiten, die er der Partei 1890 bei der Waisfeier bereitete, wo die ganze Fraktion extra in Halle zusammenkam, um ihm recht gründlich den Kopf zu waschen. Ich erinnere an sein mehr als merkwürdiges, im vollsten Sinne zweideutiges Verhalten in Breslau in der Agrarfrage. Er wird in die Kommission gewählt, berät mit uns gemeinsam das Programm, macht einige wenige Widersprüche, stimmt für das Programm, und dann, als er merkt, daß bei einem erheblichen Teil der Partei die Stimmung dagegen ist, tritt er in Breslau als Gegner desselben in höhnender, herabsehender und verletzender Weise auf und bekämpft aufs entschiedenste, wofür er noch am Tage zuvor in eugener Sitzung der Fraktion gestimmt hat. (Hört! Hört!) Ist das keine Zweideutigkeit? Was soll man von einem Manne der Intelligenz denken, der in dieser Weise mitluppt und das Vertrauen der Genossen in schönster Weise mißbraucht. Ich erinnere Sie weiter an seine Artikel in den „Monatsheften“ über Friedrich Engels Stellung zur Miliz und an den Ton, den er in denselben gegen die Programmforderung der Partei und die Männer, die diese Forderung im Reichstag zu vertreten hatten, anschlug. Dort verhöhnte und verpötte er Partei und Parteigenossen in einer Weise, wie das, so lange die Partei besteht, noch nie ein Genosse getan hat. Das ist wohl auch keine zweideutige Haltung, nein? Es wird ihm der Auftrag gegeben, ein parlamentarisches Handbuch herauszugeben. Wir im Parteivorstande waren mittlerweile mißtrauisch geworden. Im Frühjahr 1897 hatte Schippel einen solchen Auftrag bekommen. Es hatte aber Jahre gedauert, ehe er ihn zur Ausführung

brachte. Mittlerweile war Stuttgart aber herangekommen, wo er sich zugunsten der Sozialpolitik ausgesprochen hatte, dann Hamburg, wo er die berühmte **Kanonenrede** hielt. Der alte Liebknecht und ich waren damals so naiv (Zuruf: Leibel!) ihn in Schutz zu nehmen. Wir sagten: er hat ja doch mit uns gestimmt, seine Rede war ein Lappus. Aber in Wirklichkeit war es seine Ueberzeugung? Das zeigte sich bei dem famosen Artikel über Engels und das Milizsystem. Da zeigte sich, was sein wahrer Standpunkt war. Sein parlamentarisches Handbuch, das der Partei schweres Geld gekostet hat, ist für den Geschichtsschreiber der Partei vollständig unbrauchbar, weil es durchaus irreführend ist in bezug auf die Stellung der Partei in einer ganzen Reihe Fragen. Wir waren also mißtrauisch geworden und beschloßen seine Arbeit, so weit sie sich auf Hauptfragen, wie die Stellung der Partei in Militär-, Marine-, Kolonial-, Zollfragen usw. zu kontrollieren. Damit war auch R. Fischer als Verleger einverstanden. Ich bekam den Auftrag, die Artikel über Militär und Marine zu kontrollieren. Eines Tages wurde mir ein langes Manuskript überreicht, volle 4 Seiten darin waren aus dem Richterischen ABC-Buch ohne Nennung angegeschnitten und eingeklebt und der ganze Artikel war so gehalten, daß Wort für Wort im Richterischen ABC-Buch erscheinen konnte. (Hört! hört!) Ich sagte im Vorstande: „Das ist ja ganz unmöglich,“ daß wir diesen Artikel aufnehmen! Richard Fischer mochte wohl glauben, ich hätte schon so manchen Span mit Schippel gehabt und wäre vielleicht etwas parteiisch. Er wollte deshalb das Manuskript selbst lesen. Nachher sagte aber auch er: „Zunächst, es ist ganz richtig, die Artikel sind unannehmbar. Wir forderten also Schippel auf, die Sache umzuarbeiten. Und nun kam eine neue Arbeit, die Wort für Wort dem entsprach, was wir verlangen mußten. Da konnte er also auf einmal auch anders. Hört! hört! Ja, wenn man das alles hinter sich hat und er sich dann noch hinstellt und sagt, er sei nicht zweideutig, so weiß ich nicht, woher er die Stirn zu einem derartigen Auftreten nimmt.“ (Sehr richtig.)

Nun hat man in meiner Resolution die Sätze über den Ton Schippels beanstandet. Es ist richtig, daß der Ton in unserer Partei sehr häufig ein sehr unangenehmer ist. Der Parteivorstand selbst hat im Laufe dieses Frühjahres sich veranlaßt gesehen, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, worin er einige Blätter, ohne sie zu nennen, sozusagen zur Ordnung rief. Ich will auch gar nicht leugnen, daß ich selbst zuweilen in der Hitze des Kampfes gegen den einen oder anderen Genossen im Tone über die Schnur gehauen habe. Aber es ist ein großer Unterschied, ob ich in der Hitze des Gefechts von Mund zu Mund in der Erregung über die Schnur haue (Sehr richtig!) oder ob ich mich zu Hause kühl hinsetze und da Artikel über Artikel schreibe, in denen nicht nur die Gegner, sondern die ganze Partei in den höhnlichsten und verletzenden Formen kritisiert wird. Sofern die Sätze in meiner Resolution sich auf Personen beziehen, gebe ich sie frei, aber was Schippel in seinen Artikeln in der „Chemnitzer Volksstimme“, die ich sehr genau gelesen habe, an zahlreichen Stellen gegen die Partei selbst gesagt hat, muß mit Notwendigkeit Bitterkeit erregen und die Partei in der Achtung der Gegner heruntersetzen und dagegen muß Stellung genommen werden.

Schippel sagt: „Habt Ihr denn überhaupt alles gelesen, was in dieser Sache geschrieben worden ist?“ Ich glaube auch, daß die große Mehrheit von Ihnen das nicht alles gelesen hat. Ich bin selbst nicht sicher, ob ich alles gelesen habe, obwohl ich mir die größte Mühe gegeben habe. Das eine oder andre mag mir trotzdem entgangen sein. Aber soweit ich die Presse verfolgt habe, haben wenigstens unsere großen Blätter über die ganze Sache fortlaufend objektiv referiert, die entscheidenden Stellen aus den Artikeln Schippels ausgezogen und ihre Meinung dazu gesagt. Sie konnten

doch nicht die ganzen 47 Spalten abdrucken! Also der Parteitag ist nach meiner Ueberzeugung in reichlichem Maße über die Sache informiert, wie er vielleicht niemals zuvor in einer Frage informiert war. Der Parteitag ist vollkommen in der Lage auszusprechen, daß es nötig ist, Schippel in die Schranken zu rufen. Wir wollen ihn nicht ausschließen. Manche Genossen sagen, er wird gezwungen sein, sich von uns zu trennen. Ich würde das offen gestanden bedauern. Aber es ist nicht zu viel gesagt: so kann es nicht weiter gehen. (Sehr richtig). Seit 18 Jahren haben wir alle paar Jahre einen Fall Schippel gehabt. Da ist es Zeit, endlich einmal ein Ende zu machen. Wir haben gewiß eine ganze Anzahl von Parteigenossen unter uns, die in manchen Punkten von der Mehrheit der Partei abweichen, Genosse Bernstein steht unter ihnen gewiß nicht in letzter Linie. Aber haben wir denn auch nur einen einzigen Parteigenossen, mit dem wir uns fortgesetzt in dieser Weise beschäftigen müssen, wie mit dem Genossen Schippel? Obgleich Schippel gewiß seine Meinung oft genug geäußert hat, schreibt er, und das ist das Verleedene, immer von oben herab im Tone der absolutesten Sicherheit und Unfehlbarkeit und des Spotts und des Hohnes über diejenigen, die nicht so denken wie er. (Sehr richtig). Das können die Parteigenossen am wenigsten vertragen. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn wir mit zehn Schippels in der Partei zu tun hätten? Das würde notwendigerweise vollständige Zerrüttung in die Partei bringen, das würde mit Notwendigkeit Spaltungen erzeugen, die wir nicht wollen. (Sehr richtig). Was wir verlangen, ist, daß ein Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, sich so zum Parteiprogramm stellt und sich so benimmt, daß wir jederzeit wissen, daß wir es mit einem Parteigenossen zu tun haben. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm: Bebel meinte, der Parteitag sei vielleicht noch nie über eine Frage so gut informiert gewesen, wie über den Fall Schippel. Wenn das der Fall wäre, müßte es ganz ausgeschlossen sein, daß hier Parteigenossen von der Intelligenz des Genossen Ulrich erklären können, Schippels Buch über Handelspolitik und seine Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“ seien nichts weiter als eine Beschwörung der Agrarzölle. Ich gehöre zu den wenigen, die Schippels Artikel gelesen haben. Sein Buch über Handelspolitik habe ich freilich auch nicht gelesen (Geisterzeit) und es werden hier wohl nur wenige sein, die es gelesen haben. Aber ich bin entgegen der allgemeinen Auffassung zu der Ansicht gekommen, daß Schippel von unserem Standpunkt aus keineswegs die Agrarzölle beantwortet, sondern nur sagt: Vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aus sind Agrarzölle eine Notwendigkeit. Das ist nach meinem Dafürhalten kein Majestätsverbrechen, kein Verbrechen gegen die Partei. Bebel erklärt, daß, wenn jemand sage, die Politik der Agrar- und Industriezölle sei eine Politik von enormer Lebenskraft für die heutige Gesellschaft, so sei schon das unter allen Umständen zu verurteilen und zu verdammen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir sagen doch auch, der Militarismus ist vom Standpunkte der heutigen Gesellschaft aus eine Notwendigkeit. (Bebel: Die wir ändern wollen!) Trotzdem bekämpfen wir ihn, wie Schippel auch die Agrarzölle von unserem Standpunkt aus bekämpft. Am Schluß seines Buches läßt Schippel ausbrüchlich aus, daß die Arbeiter in den Brotzöllen unmöglich etwas anders sehen können als Stockprügel auf ihren Magen. Wie sollte die Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Schicksal ihrer schlimmsten Feinde und Feinde auch nur das geringste Interesse nehmen. Man möge über die Ursachen der Agrarkrise streiten so viel man will und den landwirtschaftlichen Notstand hoch oder niedrig einschätzen, das industrielle Proletariat werde die Kopfsteuer der Brotzölle stets als gewissenlose Brotsteuer der vereinigten Volksfeinde betrachtet. Das muß doch fest gestellt werden, daß Schippel trotz aller theoretischen Abweichungen zu

denselben praktischen Standpunkt kommt wie wir: Wir müssen die Agrarzölle bekämpfen.

Ich kann auch nicht finden, daß Schippel in seinem Gedankengang inkonsequent ist. Sein Gedankengang ist vielmehr durchaus durchdacht und konsequent. Ich stimme nicht mit Schippel überein. Darin stimme ich ihm zu, daß für den Großgrundbesitz die Agrarzölle notwendig sind. Gewiß, sie wirken nur für eine Generation. Aber können wir es denn den Agrariern verdenken, wenn sie sagen: „Nach uns die Sündflut!“? In bezug auf die Landwirtschaft im ganzen bin ich allerdings ganz anderer Ansicht als Schippel. Ich meine, daß für den Kleinbauern der Agrarzoll geradezu Selbstmord ist. Es ist nicht richtig, daß wir, wie behauptet worden ist, in der Fraktion in bezug auf den Fall Schippel einmütig gewesen wären. Dazu hätte zunächst mal gehört, daß die Fraktionsgenossen das Buch Schippels gelesen hätten. Das war aber wahrscheinlich nur bei sehr wenigen der Fall. Mir wurde sogar gesagt, daß nicht einmal in der von der Fraktion eingesetzten Kommission alle Mitglieder das Buch kannten.

Nun der Vortrag Schippels! Eins hätte Schippel unter allen Umständen verlangen können, nämlich, daß ihm der „Vorwärts“-Bericht vorher vorgelegt worden wäre. Das ist nicht geschehen und deshalb halte ich es für durchaus falsch, auf diesen Bericht hin eine große Anklage aufzubauen. Nun sagt man: Schippel hat den Gegnern Waffen geliefert. Wenn unter uns ist nicht schon dieser Vorwurf gemacht worden? In meinem Wahlkreis, der durchweg ländlich ist, ist das Buch Schippels während des Wahlkampfes überhaupt nicht erwähnt worden, dagegen wurden Aussprüche von Stabthagen, Leebour und Nebel uns entgegengehalten, so daß man eventuell auch sagen könnte, daß diese Genossen Waffen für unsre Gegner geliefert haben. Wenn Schippels Buch derartig wäre, daß man behaupten könnte, Schippel habe absichtlich den Gegnern Waffen liefern wollen, dann hätte man seinerzeit, als das Buch gedruckt wurde und erschien, diese Anklage erheben müssen. Aber heute, nachdem Jahre vergangen sind, nachdem die Wahlen gewesen sind, aufzustehen und zu erklären, das Buch sei zweideutig und Schippel sei wegen dieses Buches zu verurteilen, das ist falsch und ich bin der Meinung, daß Sie im Begriff sind, auf dem Parteitage ein großes Unrecht zu begehen. — Man hat die Vergangenheit Schippels angeführt und alle Sünden aufgezählt, die Schippel begangen hat, und ich bin gewiß der letzte, der zu den Bewunderern Schippels gehört. Ich kann nur Leute loben und schätzen, die den Mut der Konsequenz zu jeder Zeit haben, und Schippel habe ich bereits in Stuttgart, als er seit dieser Zeit über Zollpolitik hielt, gefragt: warum weichen Sie zurück? Aber ich meine, wir haben nicht über die Vergangenheit Schippels und seine Sünden zu urteilen, sondern über einen ganz konkreten Fall. Und in diesem liegt kein Anlaß zu einer Verurteilung. — Dann ist über den Ton Schippels gesprochen worden. Wenn wir alle, die in den letzten Jahren einen geschäftigen Ton gegen ihre Gegner angeschlagen haben, vor das Forum des Parteitages gitierten wollten, so sähen auch noch andre Genossen auf der Anklagebank. Und wenn man den Ton verurteilen will, den auch ich verurteile, dann muß man es allgemein tun. Deshalb stimme ich der Resolution Bernstein zu. Es ist schlimm, sehr schlimm, daß bei allen diesen Diskussionen immer das persönliche Moment hervorgehört wird. Auf mich macht es den Eindruck, als wenn es sich auch hier wiederum darum dreht, das persönliche Moment zu betonen. Man urtheilt und verurteilt, ohne die Sache selbst zu kennen. Ich bin überzeugt, wenn diese 47 Spalten Ihnen allen zugänglich wären und Sie ruhig und leidenschaftslos die Sache prüfen könnten, dann würden Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, daß es absolut falsch ist, Schippel ein Nichtmenschenbotum seitens des Parteitages auszustellen.

Dr. Krons-Berlin stimmt der Resolution Paplow zu. Zunächst aus einem äußerlichen Grunde. Je weiter die Diskussion vorgeschritten ist, desto klarer wird es den bisher Unentschiedenen geworden sein, daß eine scharfe Aktion gegen Schippel auf diesem Parteitag erfolgen muß. Aber eine derartige Exekution gegen einen Genossen, der seit langen Jahren und in schweren Zeiten zur Partei gestanden hat, ist eine mißliche Sache und es ist wünschenswert, daß wir in unserem Beschlusse auch äußerlich zum Ausdruck bringen, daß uns diese Abschätzung keine Freude macht, sondern daß wir sie scharf und deutlich, aber auch kurz und ohne Nebenwert erleben. Von diesem Standpunkt aus muß ich natürlich die Resolution Bernstein bekämpfen. Bernstein will sich für befriedigt durch die Aeußerungen Schippels erklären. Das ist auf keinen Fall möglich. Was die Resolution Nebel betrifft, so ist sie schon äußerlich viel zu lang. Im Absatz I erscheint mir der Schlußsatz vollkommen überflüssig. Was sollen wir denn in der Resolution auf die Gegner Rücksicht nehmen? Etwas in dem Sinne, daß Schippel den Gegnern Material geliefert hat insofern, als sie sich auf ihn als auf einen von der großen Masse der andern Genossen abweichenden Genossen berufen können? Ja, das werden die Gegner jedesmal tun können, wenn ein Genosse von der Meinung der übrigen abweicht, und dies Recht wollen wir doch, wie Nebel ausdrücklich erklärt hat, einem jeden von uns einräumen. Der Absatz II sät in außerordentlicher Länge, schwer überflüssig, eine Reihe von Tatsachen und Urteilen aneinander, die mit vollem Recht hier in der Diskussion zur Besprechung gekommen sind, die aber in eine Resolution um so weniger hineingehören, als sie den Gegenstand keineswegs erschöpfen. Sie haben die Anklagen von Nebel gegen Schippel gehört, und es lassen sich dem vielleicht noch mehr Anklagen hinzufügen, aber sie im Rahmen einer Resolution zu erschöpfen, ist unmöglich. Ganz und gar aber möchte ich mich gegen den Absatz III der Resolution Nebel aussprechen, der den Ton behandelt. Man kann sich auch nicht auf den Standpunkt Bernsteins stellen und den Ton im allgemeinen tabeln. Gewiß ist es ganz gut, wenn hier mal ausgesprochen wird, wir wollen einen besseren Ton haben, aber das in einer Resolution festzulegen zur Freude der Gegner, das halte ich für durchaus ungewissmäßig. Und nun gar „hochfahrender“ Ton! Ich weiß nicht, was das heißen soll. (Nebel: Na!) Sehen Sie mal die Apostelgeschichte an! (Heiterkeit.) Sie sind ja in der Religion alle ganz außerordentlich bewandert dank unserer Volksschule. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Die Apostel waren außerordentlich bescheiden, aber diese Bescheidenheit hinderte sie gar nicht, wenn Jakobus auf Paulus und seine Anhänger oder Paulus auf Jakobus und seine Anhänger zu sprechen kam, bereinzuhauen, daß die Funken flogen (Heiterkeit), sie waren alle durchdrungen von dem gleichen großen Gedanken, sie bildeten eine große Gemeinde, aber wenn sie in Gegensätze gerieten über irgend welche für damalige Verhältnisse wissenschaftliche Fragen, dann fingen sie an, sich zu froheln, dann kamen sie höher und höher, bis schließlich jeder auf dem hohen Rißer saß und auf die andern verächtlich herabblühte. Solche Dinge werden immer vorkommen, wir werden sie nicht ändern, in die Resolution gegen einen einzelnen gehört eine Mißbilligung derselben nicht hinein. Noch schlimmer ist die Resolution Nebel durch das Amendement Freythalers geworden. Eine derartige bedingte Begrüßung oder Verurteilung haben wir hier nicht auszusprechen, man hat es ruhig dem Genossen Schippel, man hat es ruhig einer so großen und anerkannt bewährten Parteigenossenschaft wie der von Chemnitz zu überlassen, was sie aus dem Tadel herauslesen wollen, den der Parteitag ausspricht. Wollen Sie aber, daß Schippel aus der Partei heraus muß, so sprechen Sie das — darin kann ich Schippel nur beipflichten — auch offen aus! Dann sagen Sie offen, er kann der Partei nicht mehr angehören, oder er kann keine Ehrenämter mehr bekleiden. Diese bedingte Form, die gewissermaßen die Chemnitzer Organisation von hinten

herum zwacht, ihre Schuldigkeit zu tun, halte ich des Parteitags nicht für würdig. Wollen Sie sich aber nicht dazu verstehen, Schippel eines Vertrauenspostens für unwürdig zu erklären, dann bleibt nur übrig, einmal den Standpunkt Schippels zu mißbilligen und zweitens, der Person Schippels einen Tadel auszusprechen, und das tut in präzisester Weise die Resolution Paplow, der ich Sie möglichst einmütig zugestimmen bitte.

Hoch-Hanau: Ich verwahre mich zunächst dagegen, daß Schippel mich als Mitschuldigen anführt, um für sich milde Umstände zu erwirken. Zu diesem Resultat ist er nur gekommen, indem er der Wahrheit nicht die Ehre gegeben hat. (Auf: Wie so oft!) Das Eine ist richtig: in der Zollkommission hat Graf Pofadowsky gesagt, ich hätte dem Sage zugestimmt: wer Handelsverträge wolle, müsse auch Zölle wollen. Ich habe daraufhin sofort erklärt, daß dies eine mißverständliche Auffassung meiner Worte sei. Es handelte sich in der Zollkommission damals um Zollsätze, die so unfinnig waren, daß sie von keiner Seite ernst genommen werden konnten. Einer der Geheimräte erklärte denn auch: sie sind nicht ernst gemeint, sie sollen nur Kompensationsobjekte (Kfamtuch; Schacherobjekte) sein, wir brauchen sie, um den Gegnern etwas zu bieten. Darauf habe ich erwidert: Das ist keine durchschlagende Antwort; ebenso gut wie wir wissen, die andern Staaten, die unsere Einfuhrziffern ebenso genau kennen wie wir, daß diese Zölle nicht ernst gemeint und daß ihnen mit einer Herabsetzung dieser Zölle nichts geboten würde. Und ich fuhr fort: Wenn Sie wirklich Handelsverträge wollen, dann genügt es nicht, daß sie diese unmöglichen Zölle opfern, sondern sie müssen die Wucherzölle auf Lebensmittel heruntersetzen. Ich habe damals diesen Sachverhalt auch noch durch eine besondere Erklärung im „Vorwärts“ festgestellt, die von den bürgerlichen Blättern natürlich unterschlagen worden ist. Wenn nicht aus bösem Willen, so hat doch Schippel mit unbegreiflicher Fahrlässigkeit kein Wort davon gesagt, daß ich sofort die falsche Anschuldigung berichtigt habe. Dann hat Schippel versucht, mich als einen Menschen hinzustellen, der bald so, bald so rede. Er hat gesagt: als Hoch mein Buch gelesen hatte, war er entzückt davon. Das stimmt. Heute noch bin ich in gewissem Sinne von diesem Buch entzückt, in dem ich eine sehr ernste und verdienstliche Arbeit erblicke, weil es die nichts als freihändlerischen Argumente der bürgerlichen Seite, die allzu oft auch von uns angewendet werden, begrenzt, und zeigt, wie man vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft zu Schutzzöllen kommt. Das halte ich für eine verdienstvolle Arbeit, ohne alles darin zu unterschreiben. Und das habe ich vor allen Fraktionskollegen, mit denen ich über das Buch sprach, anerkannt. Aber ist das nun ein Freibrief für Schippel, nachdem er das Buch geschrieben, fortgesetzt Kraebel zu machen und die Partei zu schädigen? (Sehr richtig!) Wir halten doch hier kein Rebergericht gegen das Buch Schippels ab! Da würde ich nicht mitmachen. Das sehe ich nicht als Aufgabe eines Parteitages an. Und das erklärt auch, weshalb vor drei Jahren, als das Schippelsche Buch erschien, alles ruhig blieb. Schippel fragt, warum kommt Ihr erst jetzt. Es war damals eben noch gar keine Veranlassung, Lärm zu machen. Was hat sich aber dann abgespielt? Schippel hat in seinem Buche doch nur die eine Seite der Frage beleuchtet und hat dann in sehr kurzer Weise unseren Standpunkt angedeutet. Das war nur die eine Hälfte. Er mußte mit derselben Gründlichkeit, mit der er die Nichtigkeit der Einwände der bürgerlichen Freihändler gegen die agrarischen Forderungen nachwies, nun auch die Gründe der Arbeiter für den Kampf gegen den Wotwucher behandeln. Hierauf haben wir aber vergeblich gewartet. Er hat noch viel Schlimmeres getan. Wir führten den Zollwucherkampf. Wo blieb da Schippel? (Sehr richtig!) Wo hat er mit seiner hervorragenden Kraft eingegriffen? Er hat nicht daran gedacht. Wie oft wurde er uns im Plenum, in der Kommission

entgegengehalten. Pofadowsky hatte sein Buch aufgeschlagen vor sich. Ich habe feinerzeit protestiert. Aber wo ist Schippel geblieben und hat protestiert? (Sehr richtig!) Darum dreht es sich. Dem Satz den Boden ausgeklagen hat aber sein Vortrag. Ich halte Schippel für einen geschickten und kenntnisreichen Redner. Aber heute hat er sein Auftreten im dritten Berliner Wahlkreise auf das allerschärfste selbst beurteilt. Er sagt, ich habe in einem kleinen Kreise gesprochen; ja, wenn ich getruht hätte, daß sich die Öffentlichkeit damit befassen würde, dann hätte ich es anders gemacht, denn es ist ja richtig, daß der Vortrag ein gewisses Mißtrauen und falsche Auffassungen hervorgerufen konnte. Ja, ist es denn die Aufgabe solcher Vorträge, Mißverständnisse zu schaffen? Er mußte wissen, was er anrichtete. Nicht um seine wissenschaftlichen Anschauungen handelt es sich, sondern darum, daß ein Mann, der eine führende Stellung einnimmt, uns im Kampfe schwer geschädigt hat. Das dürfen, das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie traurig die Situation für ihn ist, zeigt sein Auftreten. Er gibt zu, schädlich gewirkt zu haben, und seine besten Freunde geben es zu. Er sagt nur, er habe nicht die Absicht gehabt. Da müssen wir uns aber fragen: Ist ein Mann geeignet, eine führende Stellung einzunehmen, wenn er die Tragweite seiner Handlungen nicht übersehen kann? (Lebhafte Zustimmung.) Ein Mann von seiner geistigen Bedeutung muß sich wie ein Schulbube hinstellen und sagen: Ich hab's nicht so gemeint. Von diesem Standpunkte aus sind die Resolutionen zu beurteilen. Die Bernsteinische führt die Konfusion auf den Gipfel. (Auf: Wie immer!) Weshalb sollen wir uns um die Frage der Zustimmung bekümmern, die Schippel selber teilt. Weil einer eine Dummheit gemacht hat, brauchen wir doch nicht zu sagen, wir wollen sie nicht machen. Damit würde der Streit auf ein andres Gebiet geführt werden. Nicht um Takt, Disziplin und politischen Anstand würde es sich handeln, sondern um ein Rebergericht gegen eine andre Meinung. Diese Taktik können wir allerdings häufig beobachten. Wenn er eine Dummheit gemacht hat und sie nicht eingestehen will, dann stellt er sich hin und sagt: Ihr wollt ein Rebergericht abhalten. Nicht um die Ansichten Schippels handelt es sich, sondern um sein Auftreten. Von diesem Standpunkt aus gefüllt mir Sebels Resolution auch nicht. Er wird sie wohl selber nicht für ein Meisterwerk halten. (Bebel: Machen Sie es doch! Heiterkeit.) Ich bin kein Meister. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nur noch so viel. An den Einzelheiten der Sebelschen Resolution ist sehr viel auszusetzen. Für mich handelt es sich nicht darum, Schippel einen gelinden Tadel auszusprechen, sondern zu sagen: er ist nicht geeignet, nicht fähig, an leitender Stelle zu stehen. (Sehr richtig!) Mit dem milden Tadel kommen wir nicht weiter. Dann haben wir morgen wieder denselben Kraebel. Eigentlich genügt das Freihändlerische Amendement. Es enthält eine Anerkennung der Ehrenämter — Schippel aus der Partei herauszuschmeißen, davon ist keine Rede. — Ich habe das Zutrauen, Schippel wird die Konsequenzen ziehen, wenn er nur eine Spur von Würde in sich trägt. (Sehr richtig!)

Grenz-Leipzig: Ich will nur einige Michtigstellungen bringen. Schippel hat sich darauf berufen, daß in dem Verbreitungsgebiet der „Chemnitzer Volksstimme“ nichts von einer Erregung gegen ihn zu spüren gewesen wäre. Ja, er hat einen Genossen herangezogen, der sich mit ihm einverstanden erklärt habe, den Genossen Kaufmann. Ich bin ein aufmerksamer Leser der „Volksstimme“. (Rufe: Es ist der Genosse Knauß-Weerane). Dieser Genosse Knauß ist der einzige geblieben. — Und Schippel darf sich nichts darauf zu gute halten. In den Kreisen an der böhmischen Grenze steht uns kein Versammlungslokal zur Verfügung. Alle diese Kreise aber haben eine Prekonmission für die „Volksstimme“ aus den Vertrauensleuten aller Kreise zusammengelegt. In ihr

ist wiederholt über die Schreibweise der „Chemnitzer Volksstimme“ gesprochen worden, und es hat nur an einem Fädchen gehangen, dann hätte der Redakteur des Blattes, Genosse August Enders, quittieren müssen. (Hört! hört!) Wenn man von einer Meinung in diesen Kreisen sprechen will, dann ist das gerade Gegenteil von dem wahr, was Schippel darüber gesagt hat. (Ruf: Wie immer!) Wenn Gelegenheit zu Versammlungen wäre, dann würde Schippel ebenso verurteilt werden, wie er in andern Versammlungen verurteilt worden ist. (Geher: Und wie auch in der Landesversammlung!) Ja, auch auf der Landeskonferenz ist die Frage angeschnitten worden. Dort hatte er Gelegenheit, seinen Standpunkt auseinanderzusetzen. Statt dessen hat er gemeint, er hätte keine Veranlassung dazu, er müsse sich das erst überlegen, genau so, wie er es sich überlegen wollte, als die Fraktion das Verlangen an ihn stellte. Elm hat gesagt, ihm seien Äußerungen Ledebours als Knüttel zwischen die Beine geworfen worden. In meinem Wahlbezirk, dem 21. sächsischen, aber versuchte der Antisemit Zimmermann sofort in der ersten Versammlung, uns Schippel aufs Butterbrot zu schmieren. Wir haben ihm freilich in die Suppe gespuckt. (Geher: Heiterkeit.) Heute handelt es sich nicht um die alten Sünden, sondern um das neue Vorgehen Schippels. Alle Genossen, die in der praktischen Agitation stehen, haben sich nicht allzuviel mit seinen wissenschaftlich spiritisierenden Auseinandersetzungen und denen seiner Gegner befaßt. Aktuell wird so etwas erst, wenn es in Versammlungen vorgebracht wird und uns die Agitation erschwert. Von diesem Augenblick an datiert erst das Vorgehen gegen Schippel. — Mit der Weibelschen Resolution bin ich einverstanden bis auf den letzten Teil, wo vom Ton die Rede ist. Diese Stelle sollte beseitigt werden und dafür das Amendement Freihöfer gesetzt werden. Welche Konsequenzen Schippel oder die Chemnitzer ziehen werden, ja, damit haben wir nichts zu tun. Der Parteitag hat nur die Aufgabe, seine Anschauungen muntwunden auszusprechen, ohne Hintertüren offen zu lassen. Der Betreffende hat dann die Konsequenzen zu ziehen, die er für richtig hält.

Kautsky: Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, weil mein Ton gegenüber Schippel bemängelt worden und gesagt worden ist, wenn man schon den Ton verurteilen wolle, so müsse man auch den von Parbus, mir u. a. verurteilen. Wäre der betreffende Passus in der Weibelschen Resolution so aufzufassen, daß Schippel wegen des Tones getadelt werden soll, den er gegen einzelne von uns angehängt hat, dann würde ich allerdings dafür sein, daß dieser Passus gestrichen wird. Ich meine, die Art und Weise, wie wir unsre Feinde ausfechten, überläßt man uns am besten; jeder von uns ist Mannes genug, sich seiner Haut zu wehren und ich persönlich habe nie zu denen gehört, die wehleidig den Ton beklagen, in dem sie angegriffen werden. Ich fasse den Passus aber anders auf. Nicht der Ton Schippels gegen einzelne seiner Kritiker soll getadelt werden, sondern der Ton, den er gegen die Masse der Parteigenossen angeschlagen hat, und das ist etwas ganz anderes. Dieser Ton Schippels steht in Widerspruch mit allen Parteitraditionen. In Dresden sind gewiß viele harte Worte gefallen, aber daß dort jemand mit Geringschätzung von der Partei gesprochen hätte, ist mir nicht bekannt. Ebenjowenig kann das von einem der Kritiker Schippels behauptet werden. Schippel aber schreibt z. B. in einem seiner Artikel in der „Chemnitzer Volksstimme“, den Umstand, daß er vielfach für einen Agrarzöllner gehalten wird, könne er nur dadurch erklären, daß die Genossen in den Redaktionen überhaupt nur kurze Artikel, aber keine Bücher lesen, so daß sie sich über Dinge entäußerten, von denen sie nichts verstehen. Aber darauf komme es gar nicht an, wenn man sich nur überhaupt entäußert; das sei immer ein Beweis von Parteifeier und Gesinnungsstüchtigkeit. Hier werden nicht einzelne Genossen kritisiert; nein, die ganze Partei wird als eine Herde hingestellt, in der Ent-

rückung verlangt wird über Dinge, von denen man nichts versteht. Dieser kann man die Partei nicht einschätzen. Selbst die Anständigen unter unsren Gegnern haben uns derartiges nie nachgesagt.

So viel über den Ton. Da ich einmal das Wort habe, will ich auch noch einige Worte über die Sache verlieren. Das ist allerdings nicht leicht, denn wenn man Schippel paden will, so weiß man nicht, wo man paden soll. Seine heutige Rede war sachlich genau so inhaltslos wie die 47 Spalten, die er in der „Chemnitzer Volksstimme“ geschrieben hat. Es handelt sich um die Agrarzölle. Das ist die Grundfrage, die uns erregt und über die Schippel sich äußern soll. Wenn ich mich aber recht erinnere, hat Schippel in seiner ganzen heutigen Rede das Wort Agrarzölle überhaupt nicht in den Mund genommen oder, wenn er es tat, so ist er jedenfalls nicht darauf eingegangen. Er meint vielleicht, seine Erklärung, es sei ihm nicht im Traume eingefallen, Agrarzöllner zu sein, genüge. Nein, das genügt nicht. Zu einer kurzen Erklärung kann auch ein Papagei abgerichtet werden. Dazu braucht man keinen Reichstagsabgeordneten. Ein Reichstagsabgeordneter muß nicht nur erklären: „Das ist mein Standpunkt“, sondern diesen Standpunkt auch begründen und auch richtig begründen. Wir sind eine Partei der Propaganda und sind verloren von dem Augenblick an, wo wir nicht Gründe anführen können für unsern Standpunkt. Aus Rücksichten der Propaganda haben wir uns gegen Schippel erhoben und verlangt, daß er sich äußert. Nun hat er gesagt: Er habe seine eigne Meinung überhaupt nicht geäußert; seine „Grundzüge“ seien nur ein historischer Abriss der Entwicklung der handelspolitischen Strömungen. Da ist es allerdings merkwürdig, daß der Sozialdemokrat Schippel in seiner Schilderung des Ideenganges in der Entwicklung der Handelspolitik gerade dort abbricht, wo er auf die Handelspolitik seiner eignen Partei zu sprechen kommt. (Sehr gut!) Man sollte meinen, daß das auch noch ein Teil der Geschichte der Handelspolitik ist, und für die Sozialdemokratie sogar der wichtigste Teil. Darüber hat Schippel kein Wort gesagt. Weiter ist es auch nicht einmal richtig, daß seine „Grundzüge“ bloß ein historisches Buch sind, nein, das Buch enthält neben einer Darstellung von Gründen auch statistisches Material, und dies statistische Material spricht einzig und allein zugunsten der Agrarzölle. (Sehr richtig.) In dem Vortrag, der die Grundlage der ganzen Diskussion bildet, hat Schippel dann daselbe ausgeführt, wie in seinem Buch und auch in den 47 Spalten der „Chemnitzer Volksstimme“, wo man doch annehmen darf, daß er endlich mal seine eignen Gedanken ausdrückt, daß er sich nicht bloß als Phonograph gefühlt hat, in dem man eine agrarische Walze hineinlegt, sondern als Mensch mit eignen Gedanken und eigenem Hirn, auch da hat er Material angeführt, das mit Naturnotwendigkeit für Agrarzölle spricht, und zwar ganz in der Weise wie in seinen „Grundzügen“. Er hat da z. B. den Satz ausgesprochen, daß „diese modernen Agrarzölle mit Mühe und Not, mit Ach und Krach aufrechtzuerhalten, was in Mitteleuropa schon lange war und was schon längst zusammengebrochen und nicht mehr sein würde, wenn gar nichts seitens der mitteleuropäischen Staaten geschehen wäre.“ Wenn dieser Satz richtig ist, dann ist das eine Verurteilung der Haltung der Fraktion in der Zollfrage. (Sehr richtig!) Wenn durch unsre Gegnerschaft gegen Agrarzölle die Landwirtschaft zusammenbrechen müßte, wenn unser Sieg zum Zusammenbruch der Landwirtschaft führte, ja, eine stärkere Anklage gegen die Sozialdemokratie könnte man sich gar nicht vorstellen. Nebenbei bemerkt ist es gar nicht wahr, daß Agrarzölle, bloß die Agrarzölle den Zusammenbruch der Landwirtschaft verhindern haben. Es gibt in Europa Länder, die keine Agrarzölle haben, England, Holland, Dänemark. In den Ländern, deren Landwirtschaft heute doch am blühendsten ist, gehören gerade diese beiden letztgenannten freihändlerischen Staaten.

Schwerer als in Dänemark und Holland mußte allerdings die Landwirtschaft in England kämpfen, weil sie den Anprall der überseeischen Produkte am ersten auszuhalten hatte. Aber die englische Landwirtschaft ist nicht zugrunde gegangen. Es trat nur eine Krifis ein, die heute schon gemildert ist. Die heutige englische Landwirtschaft steht mindestens so gut da wie die deutsche, trotzdem diese durch Zölle geschützt ist. Die englische Landwirtschaft hat nur eine Aenderung durchgemacht. Der Müllgang ist eingetreten in bezug auf den Körnerbau, und die Viehzucht ist in den Vordergrund gerückt. Außerdem sind die Pachtzinsen heruntergegangen. Die Großgrundbesitzer können heute aus dem englischen Volke nicht mehr soviel herausziehen wie früher. Das ist die Not der Landwirtschaft in England, daß die Großgrundbesitzer heute nicht mehr so wie früher auf Kosten der Arbeiter schmelzen können. Das ist nicht etwas, worüber wir uns zu grämen haben, sondern was wir mit Freuden begrüßen. (Sehr richtig!) Wir würden uns freuen, wenn in Deutschland daselbe eintrete. (Sehr wahr!) Und wann war denn in Deutschland die Not der Landwirtschaft am größten? — Gerade als die Agrarzölle am höchsten waren. Seit der Caprivischen Zollreform, seitdem die Zölle etwas ermäßigt sind, hat sich die Landwirtschaft wieder etwas gehoben.

Auch da finden wir wieder, daß der Zoll durchaus nicht zum Gedeihen der Landwirtschaft notwendig ist. Im Gegenteil; daß in einer Zeit, wo die Agrarzölle herabgesetzt werden, die Landwirtschaft in die Höhe geht, ist kein Zufall. In jedem Zeitalter gibt es einen bestimmten Produktionszweig, der den Charakter der Gesellschaft bestimmt. Heute ist es nicht die Landwirtschaft, sondern die Industrie. Von dem Gedeihen der Industrie hängt das Gedeihen der ganzen Gesellschaft ab. Wo die Industrie zurückgeht, geht auch die Landwirtschaft zurück. Die Agrarzölle sind aber eines der mächtigsten Mittel zur Hemmung der Industrie. Sie hemmen insolge dessen auch die Entwicklung der Landwirtschaft und wirken also gegen die Landwirtschaft. Wir müssen sie bekämpfen nicht nur vom Konsumentenstandpunkt aus. Wäre aber der Standpunkt Schippels richtig, müßten wir für Agrarzölle eintreten, und so hätte sich die Partei eine große Versündigung zu Schulden kommen lassen durch ihren Kampf gegen die Agrarzölle. Es ist nicht richtig, daß es sich nur um wissenschaftliche Spekulationen Schippels handelt. Schippel als Mann der Wissenschaft kommt hier nicht in Frage. Hätte Schippel bloß sein Buch geschrieben als Mann der Wissenschaft, wir würden ihn laufen lassen. Aber er ist ebenso sozialistischer Abgeordneter und beeinflusst die Propaganda unserer Partei. Und weil er Gesichtspunkte entwickelt, die, wenn sie angenommen würden, unsere Partei vollständig auf falsche Bahnen leiten müßten, die, auch wenn sie nicht angenommen, aber von den Gegnern kolportiert werden, die Partei aufs schwerste schädigen müßten; deshalb müssen wir gegen ihn auftreten und seinen Zweifel lassen, wie wir über ihn denken. Wer so unangenehm auch die ganze Frage ist, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, ich hoffe, daß sie wenigstens ein Moment gezeitigt hat. Es war sehr erfreulich zu sehen, daß, wie verschieden auch die Ansichten der Redner sind, doch nur eine einzige Stimme über unsere Stellung zu den Agrarzöllen herrscht und Schippels Anschauung, daß der Agrarzoll in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft notwendig sei, einmütig zurückgewiesen ist. Unsere Gegner haben gehofft, daß Schippel einen neuen Keil zwischen uns treiben, daß er ein neues Werkzeug sein würde, um Uneinigkeit in die Partei zu bringen. Wir haben ja in den letzten Jahren schwere Differenzen gehabt. Aber nun sehen wir, daß in der wichtigsten praktischen Frage, die uns beschäftigt, in der wir die schwersten Kämpfe auszufechten haben, die Einigkeit größer ist als jemals. Und gerade der Fall Schippel hat dazu beigetragen, daß diese Einigkeit zu Tage tritt.

Schippel selbst hat sich vor dem einmütigen Eдикt gebeugt und sich als reuenerlicher Sünder bekannt. Er sagt: Ich anerkenne zwar Eure Gründe nicht, aber ich bin mit Euch gegen den Agrarzoll. Diese Einmütigkeit bürgt dafür, daß wir auf dem Gebiete der Handelspolitik nach wie vor die Führung haben und nach wie vor neue Siege erringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Begrüßungsschreiben der Genossen von Dresden-Alstadt.
Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Um 3 Uhr 10 Min. eröffnet der Vorsitzende Ebert die Sitzung. Eingegangen ist Resolution 137, Kagenstein, die nicht die nötige Unterstützung findet.

Städten-Altenburg: Schippel behauptet, daß die ganze Bewegung gegen ihn von einzelnen „Hekern“ und „Stänkern“ ausgehe und erwähnte heute Vormittag auch, daß in Sachsen nur Schöpplin und Stüdtgen über seine Angelegenheit gesprochen haben. Ich habe auf Einladung aus meinem Wahlkreis über die Aufgaben des Parteitages gesprochen und dabei mußte des Falles Schippel Erwähnung getan werden. Es ist allerdings richtig, daß man in Sachsen sich öffentlich mit der Sache wenig beschäftigt hat. Es sind dort eben die Fragen der Politik noch nicht eingehend erörtert worden. Daß die Chemnitzer Genossen Schippel ein Vertrauensvotum ausgesprochen haben, ist ganz natürlich. Aber daraus darf nicht etwas geschlossen werden, daß die Chemnitzer die Seitenprünge Schippels billigten. Die Chemnitzer Genossen haben den Genossen Schippel ebenso mitbestanden, wie die ganze Partei. Sie waren bis zu dem Schlußartikel Schippels der Ansicht, Schippel sei allerdings Agrarzöllner. Schrieb doch die „Chemnitzer Volksstimme“, ehe Schippel mit seiner Artikelserie begann, was liege denn daran, wenn das Pfand Brot einen Pfennig mehr koste, könne man damit den Bauern helfen, dann müßte es eben bezahlt werden. Und Schippel nahm keinen Anlaß die Redaktion darauf aufmerksam zu machen, daß ein solcher Schluß aus seinen Ansichten nicht gezogen werden könnte. Ich habe in der Polemik den Boden der Sachlichkeit nie verlassen. Aber die Methode Schippels muß verurteilt werden. Hätte Schippel in der Fraktion erklärt, daß er kein Agrarzöllner sei, oder hätte er diese Erklärung an den Schluß seiner 47 Spalten gestellt, so hätte die Affäre nicht diesen Umfang angenommen. Schippel sollte doch der letzte sein, der sich über Anspaltungen beklagt. Wer so in den Wald hineinruft, darf sich nicht wundern, wenn es entsprechend wieder herauschallt. Die Aeußerung Schippels, daß sein Vortrag nur für einen kleinen Kreis bestimmt gewesen sei, sieht sehr nach einer politischen Moral mit Doppeltem Boden aus: ein Standpunkt für einen kleinen Kreis, eine Schablone für die große Masse. Für die Agrarzölle wird die Partei nie zu haben sein. Die Frage der Industriezölle liegt ja etwas anders. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß sehr wohl die Partei einmal in die Lage kommen kann, einer bestimmten Industrie unter die Arme greifen zu müssen. Hier muß nur von Fall zu Fall entschieden werden. Den Eisenzoll zum Beispiel spürt der Arbeiter wenig, der Eisenzoll ist aber eine Stütze des kapitalistischen Systems und deshalb müssen wir ihn ablehnen. Ueber den Standpunkt Schippels sind wir noch immer nicht klar. Statt den Agrariern Argumente zu liefern, hätte er lieber ein Buch schreiben sollen, in dem er den Parteigenossen vor Augen führt

wie gemeinschädlich die Agrarzölle und wie wenig die Massen an der Erhaltung der Grundrente interessiert sind. Ich bitte das Amendement Freihäler anzunehmen. Es bedeutet keinen Ausschluß Schippels aus der Partei, den ich vermeiden sehen will, es soll auch die freie Försichung nicht gemindert werden, aber wir schieben damit einen Kiesel vor, daß Schippel weiterhin unter dem Mantel der Meinungsfreiheit Uneinigkeit in die Partei bringt.

Langer-Chemnitz: Es ist behauptet worden, das Vertrauensvotum, das die Chemnitzer Genossen Schippel ausstellten, sei von Schippel selbst abgelehnt worden. Allerdings haben wir vor der ersten Versammlung Schippel beauftragt, eine Resolution zu formulieren. (Hört! hört!) Das tat Schippel. Sein Vorschlag wurde aber dann nach allen Richtungen erwogen und schließlich in wesentlich anderer Form angenommen; in der Versammlung am 30. August dagegen war Schippel an der dort angenommenen Resolution absolut nicht beteiligt. Wenn Sie die Resolution Nebels mit dem dazu gestellten Amendement annehmen, so wird in Zukunft jeder Genosse, der auf wissenschaftlichem Gebiete tätig ist, sich hüten müssen, neue Gedanken auszusprechen. (Aufeinein!) Jawohl, er wird sich schließlich hüten müssen, Ansichten auszusprechen, die der Mehrheit nicht gefallen. Ich bitte Sie, im Interesse unserer Partei und unseres Wahlkreises davon Abstand zu nehmen, die Resolution Nebels oder irgend eine andre anzunehmen. Ich bitte Sie, über die gestellten Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Cunow: Es handelt sich nicht um die Frage: Freihandel oder Schutzzoll, sondern um das Verhalten Schippels. Schippel meint, wir würden die ganze Debatte nicht gehabt haben, wenn der „Vorwärts“ nicht das Referat über den Vortrag im 8. Berliner Wahlkreise gebracht hätte. Ich glaube, daß dadurch wenig an der Sache geändert wäre. Das Mißtrauen gegen Schippel besteht doch schon lange Zeit, mindestens schon seit dem Breslauer Parteitage. Der Vortrag war nur gewissermaßen der letzte Tropfen, der das Faß zum Ueberlaufen brachte. Die Wirkung des Referats hätte Schippel einfach bestritten können, wenn er es sofort berichtigt und mitgeteilt hätte, was er in Wahrheit gesagt hat. Statt dessen schwie er sich vollständig aus. Erst nach einigen Tagen kam eine Berichtigung. Diese ließ aber wieder im Unklaren, welches denn seine Auffassung sei. Warum hat er nicht damals gleich in einer oder anderthalb Spalten seinen Standpunkt dargelegt? Nachdem er die Berichtigung veröffentlicht hatte, schwieg er wieder, bis die Fraktion ihre Resolution beschloß. Auch dann zögerte er noch. Als er sich aber daran machte, zu antworten, hat er wieder nicht einen kurzen Artikel geschrieben. Da kamen zunächst in über 40 Spalten alle möglichen Erörterungen, und dann erst folgte zum Schluß die bekannte Antwort: Es ist mir nicht im Traum eingefallen, Agrarichutzgöllner zu sein. Vorher hatte er monatelang Artikel über Artikel geschrieben zum Gaudium aller Gegner, ließ sich aber durch den Spott der Gegner nicht irritieren, sondern fuhr fort, immer weiteres Material gegen die Partei anzusäufen. v. Elm sagte, der Bericht hätte vor der Drucklegung Schippel vorgelegt werden müssen. Das ist aus journalistischen Gründen unmöglich. Wir haben in Berlin und den Vororten manchmal an einem Abend 15 bis 20 Versammlungen. Wenn wir da alle Referate allen Rednern erst vorlegen wollten, würden wir manchen Bericht erst nach 8 bis 14 Tagen bringen können.

Anteil: Schippel hat heute morgen gesagt, es müsse ein Ende gemacht werden. Das unterschreibe ich voll und ganz und hätte nur gewünscht, daß Schippel zu dieser Ansicht schon vor Jahren gelangt wäre, dann hätte er der Partei viel Ärger und Verdruß erspart. Ich selbst, der ich mit Schippel jahrelang freundschaftlich verkehrt und von ihm manches gelernt habe, bin durch sein Verhalten zu der Ansicht gekommen, daß Schippel innerlich mit den Grundanschauungen der Partei seit längerer Zeit

gebrochen hat, und daß er nur nicht den Mut hat, dies öffentlich auszusprechen. Diese mangelnde Offenheit ist nach meiner Auffassung der einzige Grund für die Zweideutigkeit Schippels. Wäre das nicht der Fall, so hätte Schippel sein Buch nicht so geschrieben. Schippel weiß, daß ich das Buch mehrmals gelesen und mich mit ihm wiederholt darüber unterhalten habe. Schippel hätte folgebessert sein Verhalten im Reichstage während der Zölkämpfe ganz anders einrichten müssen. Schippel war es, der den Gegnern das Scheinargument geliefert hat, man dürfe die Zollfrage nicht betrachten vom Standpunkt der Arbeiter als Konsumenten allein, sondern man müsse sie wesentlich vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten betrachten. Graf Posadowsky und der lange Moller haben dieses Argument begierig aufgegriffen. Während von uns im Reichstage der Kampf bis zur Erschöpfung geführt wurde, saß Schippel ruhig und gelassen in seinem Sessel und lachte sich ins Häuschen. Er hat keine Hand gerührt und uns in keiner Weise geholfen. Ich habe wiederholt nach meinen Reden zu Schippel gesagt: jetzt mühten Sie gegen mich sprechen, er hat dafür nur ein ruhiges Lächeln gehabt. Ich kann hier auf das Scheinargument nicht eingehen. Wer sich dafür interessiert, findet in meinen Reichstagsreden Material genug. Ich selbst habe fast einen ganzen Tag geredet, wo ich lediglich die ganze Frage vom Standpunkt der Arbeiter als Produzenten behandelt habe. v. Elm sagt, man hätte die Anklage gegen Schippel früher erheben müssen. Ganz recht! Auch ich habe gleich nach dem Erscheinen des Buches mit verschiedenen Genossen darüber gesprochen, ob man Schippel nicht zwingen müsse, seinen Standpunkt klar darzulegen, damit er uns nicht immer wieder entgegengehalten werden könne. Stadthagen war da immer derjenige, der als Antwort die bekanntesten letzten Sätze aus dem Buche Schippels vorlas. Ich muß sagen, mich überließ es immer heiß und kalt, wenn dies Argument vorgebracht wurde. Da habe ich mich denn auf die Hosen gesetzt, studiert und immer wieder studiert, um diese Frage von Schippels Produzentenstandpunkt zu untersuchen. Ich bin dabei zu einem von Schippel entgegen gesetzten Standpunkt gekommen. Inwieweit Schippel dabei mit mir einverstanden war, weiß ich nicht. Dem Wunsche Schippels, zu Ende zu kommen, werden wir, glaube ich, am besten entsprechen durch Annahme der Resolution Nebel mit dem Amendement Freihäler. Damit würden wir Schippel nicht ausschließen, sondern nur den Gesamtwillen der Partei zum Ausdruck bringen, daß wir von einem Abgeordneten verlangen, daß er nicht der Partei fortwährend Verlegenheiten bereitet. Ich pflege auf die Worte der Gegner wenig zu geben. Aber ich habe eine Aeußerung Nidters im Gedächtnis, dessen Zeitung die Meinung ausdrückt, kein Gegner habe die Partei je immer verhöhren können, als Schippel, und daß, wenn die Partei sich das gefallen lasse, beide einander wert seien. Ich hoffe, wenn Schippel die Hand aufs Herz legt und sich noch einmal prüft, wird er uns selbst danken, daß wir ihn durch Annahme der Resolution Nebel endlich aus dieser Affäre befreien.

Frau Biez-Hamburg: Schippel hat heute morgen verlangt, daß der Parteitag Klipp und Klar Stellung nimmt. Wenn wir die Resolution Nebel mit dem Amendement Freihäler annehmen, dann haben wir Klipp und Klar gesagt, was wir wünschen. Ich möchte Sie deshalb bitten, der Aufforderung Schippels dadurch Rechnung zu tragen, daß Sie die Resolution mit dem Amendement annehmen. Zu der Resolution ist klar ausgesprochen, was wir an der Haltung Schippels kritisieren, und in dem Amendement ist deutlich gesagt, welche Konsequenzen er zu ziehen hat, wenn er fortfährt, so zu handeln wie bisher. Es ist heute morgen nachgewiesen, in welcher Weise Schippel Zweideutigkeiten ausgesprochen, in welcher Weise er

Unklarheiten in die Massen getragen hat. Besonders hat Bebel eine Stelle aus Schippels Artikeln zitiert, daß der Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft in Mitteleuropa eine Notwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft sei und ein Produkt enormer Lebenskraft darstelle. v. Elm hat gemeint, Schippel stelle damit den Standpunkt der bürgerlichen Parteien dar; ebensogut wie das Militär notwendig für die bürgerlichen Parteien sei, sei auch dieser Bund zwischen Industrie und Landwirtschaft eine Notwendigkeit. Aber nach meiner Ansicht hat v. Elm außerordentlich daneben gehauen. Er hat zwei Dinge verglichen, die gar nicht mit einander zu vergleichen sind. Die Forderung hoher Industrie und vor allem hoher Agrarzölle wird nur erhoben im Interesse einer kleinen Clique von Leuten, die auch politisch unsere allergrößten Gegner sind (sehr richtig!), nicht im Interesse der allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Bourgeoisie sagt, wir haben das Militär nötig, und wir dann erklären, wir wollen das Militär nicht beseitigt wissen, sondern nur das Milizsystem an seine Stelle setzen, so ist das etwas andres, als wenn wir völlige Beseitigung dessen fordern, was nur einer kleinen Clique zu gute kommt, die dadurch ihre politische Macht stärkt und die Reaktion unterstützt. (Sehr richtig!) Es ist mit Recht betont worden, daß Schippel alle diejenigen Gründe zusammengetragen hat, welche die Haltung der Agrarzöllner rechtfertigen. (Sehr wahr!) Es ist mit Recht betont worden, wenn er als Sozialdemokrat handeln wollte, hätte er mit derselben Ausführlichkeit unsere Argumente zusammengetragen und sagen müssen: Das ist unser Standpunkt! (Sehr wahr!) Nun sagt Schippel: Ihr haut auf mein Buch los, aber im Schlußsatz meines Buches ist auch unser Standpunkt dargelegt. Angenommen, das wäre Tatsache, so bitte ich doch eines nicht zu vergessen. Wenn Schippel sagt: Das ist der Standpunkt, den wir als Partei vertreten, und wenn er vorher in seinem Buche diesen Standpunkt fortwährend verhöhnt hat, so hat er damit gesagt: Dieser Standpunkt, den ich am Schluß wiedergebe, ist ein unrichtiger. (Sehr gut!) Außerdem sagt Schippel, unmittelbar bevor er am Schluß seines Buches den Konsumentenstandpunkt darlegt: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum vollen Siege gelangt“. Und dann kommt das, was nach Schippels Ansicht der Konsumentenstandpunkt ist, dann kommt das, was tatsächlich unser Partei-standpunkt ist. Sonst aber hat Schippel in seinem ganzen Buche diesen „Konsumentenstandpunkt“ heruntergerissen und verhöhnt. (Sehr richtig!) Er sagt u. a.: Entscheidet sich die Arbeiterklasse eines Landes für den Freihandel, so wird ihre Stellung nur dann richtig sein, wenn sie erfolgt im Hinblick auf die Produktion und den Arbeitsmarkt, nicht aber in oberflächlicher Konsumentenschwärmerei für einen niedrigen Preisstand. Am Schluß sagt er dann den „Konsumentenstandpunkt“ in wenigen Sätzen zusammen. Entweder ist das Schippels Standpunkt nicht, und er sagt ja auch nirgends, daß es sein Standpunkt ist, oder aber, wenn es sein Standpunkt wäre, hätte er es klipp und klar sagen müssen und vorher nicht diesen Hohn und Spott ausschütten dürfen. Denn damit hätte er dann sich selbst verhöhnt. Köstlin hat gestern gemeint, es ist nur ein außerordentliches Hindernis für unsere Agitation, wenn unsere Gegner uns vorwerfen, daß wir durch unsere Haltung zu den sozialpolitischen Gesetzen das Interesse der Arbeiterschaft schädigen. Nach meiner Meinung hat uns unsere ablehnende Haltung gegenüber den Gesetzeswürfen, die nicht einmal unsere minimalsten Forderungen entsprechen, noch niemals geschädigt. Wir haben, wenn unsere Gegner uns das vorhielten, Gelegenheit bekommen, die Massen aufzuklären und ihnen zu sagen: Seht mal, das haben wir gewollt. Aber daselbe Vorgehen, das uns jetzt Vorwürfe macht, hat es verhindert, daß unsere weitergehenden Forderungen erfüllt sind. (Sehr richtig!) Aber etwas ganz andres ist es, wenn wir uns im Kampf mit unsern schlimmsten politischen Gegnern, den preussischen Junkern, befinden und dann auf einmal einer unser

Reichstagsabgeordneten kommt und uns Knüttel zwischen die Beine wirft. — Das schadet uns, das hemmt uns, das hindert uns, ja das raubt den Massen das Vertrauen zu uns. (Sehr richtig!) Deshalb müssen wir erklären, wer solchen Standpunkt einnimmt, wie Schippel, und diesen Standpunkt auch noch in Zukunft einzunehmen gewillt ist, der muß auch die Konsequenzen der Resolution im Verein mit dem Amendement Freythalers ziehen. Ich hoffe, daß die Resolution angenommen und daß Schippel dann die Konsequenzen ziehen wird. Tut er das nach der einen Richtung hin, indem er klipp und klar erklärt, was er heute hier nicht getan hat, daß er kein Agrarzöllner ist und dann auch dementsprechend handeln, reden und schreiben wird, so soll uns das freuen. Tut er es nicht, so sind wir davon besreit, daß einer aus unsren Reihen uns hemmt und schädigt. Schippel hat nicht bewiesen, daß wir ihm Unrecht tun, wenn wir ihm sagen, er habe den Schützöllnern Wasser geliefert. Er ist selbst der ärgste Schützöllner. Ja, er hat nachzuweisen gesucht, daß die Leute, die ihn anklagen, selbst auf einem ähnlichen Standpunkt stehen. Er hat nicht in klaren Worten, aber in seiner bekannten Zweideutigkeit nachgewiesen, daß er im innersten Herzen Schützöllner ist. Entweder er erklärt: ich bin es nicht, und handelt danach; oder aber, wenn er das nicht kann, hoffe ich, daß er selbst die Konsequenzen zieht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Lipinski begründet und von v. Elm bekämpft, wird abgelehnt.

Bartels - Dortmund: Ich befürchte, daß wir zu keinem befriedigenden Abschluß mit dem Falle Schippel gelangen werden. Die Resolutionen bringen keine Klärung; die einzige, die sie gebracht hätte, die Ragensteinische, hat leider nicht die nötige Unterstützung gefunden. Die Empörung der Genossen im Lande ist sehr groß. Mit der Haltung der „Arbeiterzeitung“ in der Schippelangelegenheit hat sich eine Wahlkreis-Konferenz einstimmig einverstanden erklärt. Die in diesem Sinne zustande gekommene Resolution — „welche dem Parteivorstand zur Veröffentlichung zu den übrigen unserer Anträge eingesandt wurde“ — ist leider nicht in Druck gekommen. Wachten Sie nicht die Autorität Schippels. Er mag als Journalist Hunderten seiner Kollegen überlegen sein, aber wir dürfen nicht die Spitzbubentat der Gegner befolgen und nur die kleinen Diebe hängen und die großen laufen lassen. Das Parteiprogramm muß für jeden gelten, und das sagt unzweideutig: Wir sind gegen Agrarzölle und gegen indirekte Steuern. (Sehr richtig.) Mag Schippel erklären: ich bin Schützöllner, dann wissen wir, woran wir sind, oder mag er hier hintreten und sagen: ich habe einen großen Bod geschossen, ich widerrufe. (Zustimmung.)

Dr. Sadelum: Wenn die Absicht bestand, so ausführlich auf den Fall Schippel einzugehen, hätte man erwarten sollen, daß das gesamte Material, vor allem die 47 Spalten, die Schippel in der „Vollstimme“ veröffentlicht hat, den Delegierten vorgelegt worden wären. Eine ganze Reihe von Delegierten ist im Saal, die das Material sich nicht beschaffen konnte, es aber gern in Händen haben möchte. (Sehr richtig!) Nun wirft man Schippel nicht nur seinen Vortrag im 3. Berliner Wahlkreis vor, man hält ihm seine Vorstrafen sozusagen vor und erzählt, wie oft er der Partei Unbequemlichkeiten und Verlegenheiten bereitet hat. Gaben die Genossen recht — ich urteile darüber nicht und besteierte deshalb auch nicht, daß die Genossen recht haben — dann liegt der Fall doch so: Schippel ist ein psychologisches Rätsel, und die Partei soll es lösen. Es gibt aber bekanntlich noch mehr psychologische Rätsel in unsern Reihen, die ungelöst sind. Was man zur Lösung vorschlägt, erscheint durchaus ungeeignet dazu. Das Amendement Freythalers zur Resolution Bebel ist nichts anders, als der Ausschluß Schippels aus der Partei (Widerspruch Freythalers), wofür der Parteitag aber die Verantwortung nicht übernehmen

sondern sie auf Schippel abwälzen soll. Bartel verlangt, man solle Schippel behandeln wie jeden andern. Dieser Meinung bin ich auch. Nun aber enthält das Organisationsstatut ganz genaue Vorschriften für den Ausschluß. Es muß eine ehrlose Handlung oder eine Schädigung der Partei nachgewiesen sein. Die Genossen, die für das Amendement sind, glauben zweifellos, daß Schippel die Partei geschädigt hat. Dann steht ihnen ja der Weg offen, den Ausschlußantrag zu stellen und ein Schiedsgericht gegen Schippel zu beantragen. (Sehr. Widerspruch; Rufe: Der Parteitag ist souverän!) Gewiß, er kann die ganze Parteiverfassung umstoßen und durch eine neue ersetzen, aber wenn Sie auf einem Parteitage einen Genossen ausschließen, so entziehen Sie ihm direkt die Wohltaten, die das Parteistatut vorsieht; Sie stellen ihn sofort vor die letzte Instanz, statt vor die erste. (Sehr richtig!) Jeder Genosse hat auf drei Instanzen Anspruch; zuerst ein Schiedsgericht, dann die Kontrolleure, dann der Parteitag. Vor dem Schiedsgericht ist eine viel größere Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Sache nach allen Seiten erwogen, das ganze Material durchgearbeitet und ein gerechtes Urteil gefunden wird. Durch die Annahme der Resolution aber die Verantwortlichkeit Schippel aufzubürden, ist ein Verfahren, das ich nicht billigen kann. Ich kann darin nur eine solche Zweideutigkeit sehen, wie sie an Schippel getadelt wird. Freythaler meint, ich hätte kein Amendement nicht ordentlich gelesen. Es steht allerdings nicht darin, daß Schippel ausgeschlossen wird, aber es wird ihm überlassen, die Konsequenzen zu ziehen, und sieht es doch als beste Lösung an: Schippel legt sein Mandat nieder und verläßt die Partei. Gönnen Sie Schippel für seinen letzten Gang die Nachsichtswohltaten, die jedem zustehen. Nehmen Sie weder die Resolution Nebel, noch das Amendement Freythaler an, sondern gehen Sie den Weg, den Ihnen Arons empfohlen hat, stimmen Sie für die Resolution Paepow.

Schippel: Schippel hat in Chemnitz selbst erklärt, daß er von der Fraktion aufgefordert wurde — und das ist doch gebrängt —, seine Stellung zu präzisieren. In Chemnitz wurde er dazu aufgefordert in der Landeskonferenz. Er hat es aber abgelehnt und hat Wert auf die Feststellung gelegt, daß er nicht provoziert habe. Zweifellos wahr ist, daß er nicht die Absicht hatte, das Referat im dritten Berliner Wahlkreise zu halten. Aber wenn er dort nicht gesprochen hätte, würde er bei einer andern Gelegenheit dieselbe Rede gehalten haben, das Resultat wäre daselbe. Im ganzen Erzgebirge hat Schippels Verhalten schlimm gewirkt. In der Zeit der Protestkundgebungen gegen den Zolltarif war gerade im Chemnitzer Bezirk die Proteststimmung eine leidenschaftliche und nachhaltige, wie ich aus eigener Erfahrung weiß. Jetzt aber können dort sozialpolitische Ansichten, wie die Schippels, ohne besondern Widerspruch vorgetragen, ja propagiert werden. Der Chemnitzer Delegierte Langer hat erklärt, Schippel hat recht, wer Handelsverträge will, muß auch Hölle wollen, und andre Parteigenossen haben dort erklärt, wir stehen noch immer auf Schippels Standpunkt. Das kann im schärfsten Manne nicht widerspruchlos gesagt werden, ohne daß die Arbeiter Protest erheben! Und darin, daß diese Meinung ruhig hingenommen wurde, sehe ich die Gefahr, daß Schippel die Partei aufs schwerste desorganisiert. v. Elm meint, die Vergangenheit Schippels könne nicht die Grundlage des heutigen Verfassens bilden. Im Gegenteil, die Vergangenheit Schippels beweist ja gerade, daß er unzuverlässig ist, daß er nicht zu dem steht, was er sagt. Immer und immer wieder ist in den „Monatsheften“ und in der „Neuen Zeit“ von Schippel mit der ihm eignen Gemüthlichkeit erklärt worden: Wer, Genossen, die Sache ist ja gar nicht so arg! Sadekum meinte, das richtige wäre gewesen, wenn Schippels Artikel den Delegierten zugänglich gemacht worden wären. Aber warum hat Schippel nicht selbst darauf gedrungen? Die Artikel waren ja schon in Form einer Broschüre gedruckt. Auch in Chemnitz hat man meines Wissens erwogen, die Artikel als Broschüre zu veröffentlichen. Ich

meine, wenn jeder Delegierte diese Artikel gelesen hätte, würde die Stimmung gegen Schippel noch ungünstiger gewesen sein, als sie ist. Ich halte mich nicht für berufen, in solchen Streitfragen eine führende Rolle zu spielen; aber als ich die 47 Spalten gelesen hatte, empfand ich die Pflicht, hinauszugehen und zu sagen, wie die Dinge stehen. Schippel ist mir stets freundlich und liebenswürdig entgegengekommen. Persönlich war mir die Sache sehr unangenehm, denn ich huldice auch etwas der vielleicht altväterlichen Anschauung vor den Älteren großen Respekt zu haben. Schippel war schon zu einer Zeit für das Proletariat tätig, wo ich noch die Schulbank drückte, aber trotz aller persönlichen Liebenswürdigkeit Schippels, trotz aller seiner Verdienste um die Partei können wir diese Dinge nicht weiter dulden, sonst erhalten wir die schwersten Nachschläge und andre könnten sich auf Schippel berufen. Die Resolution sagt auch einigen andern Genossen, daß wir endlich einmal Ruhe haben wollen. Stimmen Sie der Resolution Nebel mit dem Amendement Freythaler zu. (Beifall.)

Vorsitzender Ebert teilt mit, daß beantragt ist, in dem letzten Absatz der Nebel'schen Resolution in der 3. Zeile von oben die Worte: „und Parteigenossen“ zu streichen.

Nebel erklärt, selber die Absicht gehabt zu haben, diese Streichung vorzunehmen, und nimmt die vorgeschlagene Aenderung in der Resolution auf.

Kagenstein: Sie können mir glauben, daß ich mich zu meinem Antrage nicht leichten Herzens entschlossen habe. Die Resolution Nebel enthält eine Reihe der schärfsten Mißbilligungen, die wie Weitschengebiete knallen, aber sie zieht doch keinerlei Konsequenzen aus diesem Vorwurf, und das Amendement Freythaler winkt zwar mit dem Zaunpfahl, aber irgend eine Konsequenz wird auch darin nicht gezogen. Sehr verkehrt hat es mich, wenn Genossin Ziek von Schippel verlangt, er soll klipp und klar sagen: ich habe mich verbessert und bin kein Schutzkoller. Das kann Schippel nicht sagen. Er hat seine Ansichten sich Jahre hindurch erarbeitet, und da dürfen Sie ihm jetzt nicht die Pistole auf die Brust legen und sagen: Denke so oder so. Ich sage vielmehr: Du denkst so, darum ziehe die Konsequenzen. In diesem Sinne war mein Antrag gestellt. Das Bureau glaubte, er sei nicht genügend unterstützt; mehrere Genossen waren anderer Meinung. Ich halte die Stellung Schippels in der Lat für politisch und moralisch unhaltbar, solange er Abgeordneter ist; politisch unhaltbar, weil er hat stillschweigend müssen; moralisch unhaltbar, da er in seiner Vertrauensstellung mit seinem Namen alle Aktionen der Partei bedenken muß, wenn er auch innerlich nicht mit ihnen übereinstimmt. Ich verstehe nicht, warum er sich aus dieser Situation nicht längst herausgezogen hat, indem er sagte: ich bin Parteigenosse, ich will weiter wissenschaftlich für die Partei arbeiten, aber ich kann nicht die Partei nach außen hin vertreten. Sadekum hat durchaus recht, der Parteitag hat nicht das Recht, jemand auszuschließen, wenn kein Schiedsgericht vorausgegangen ist. Aber es handelt sich gar nicht um den Ausschluß, wenigstens verlangt ihn keine der Resolutionen. Es ist bei diesen moralischen Beurteilungen auch von einer Verleumdung der Partei durch Schippel die Rede gewesen. Mein demokratisches Herz wird verletzt, wenn da ein neuer § 95 für Majestätsbeleidigungen der Partei eingeführt wird. Mein Antrag sollte durchaus keine Anerkennung der Ehrenrechte bedeuten. Wenn aber in einem parlamentarischen Staate das Ministerium mit der Mehrheit des Parlaments nicht übereinstimmt, tritt es zurück. Und wenn ein Parteigenosse sich in den Grundansammungen mit der großen Mehrheit der Parteigenossen nicht deckt, kann er nicht mehr politischer Führer sein. (Sehr richtig.)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Beckmann dafür, Frau Jettin dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß Schippel in seiner Sache das Schlußwort erhält.

Schippel: Ich will kurz einige Tatsachen richtigstellen und auf einige Wünsche und Forderungen zurückkommen, obwohl ich meinen sollte, daß das, was ich früher geschrieben und gesagt habe, auch recht anspruchsvollen Genossen genügen könnte. Zuerst einmal eine kleine Nebensache, die aber doch unter Umständen eine recht persönliche Gehässigkeit sein kann. Es ist von Webel gesagt, ich hätte meine Zeit beim parlamentarischen Handbuch der Militärfrage eine Stelle aus dem freisinnigen „Abc-Buch“ herausgenommen. Ich habe mit Richard Fischer darüber gesprochen, er hat mich ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß nach seiner Ansicht diese Stelle nicht etwa gegen den Parteistandpunkt gewesen wäre. Ich glaube, auch Webel wird sich daran erinnern. Damit kann wohl die Sache für die Öffentlichkeit erledigt sein. Wenn wir das im Keinen Kreise besprochen hätten, hätte sich die Sache auf die einfachste Weise erledigt.

Dann weiter noch: Daß, wie es hier von einer Reihe von Rednern geschehen ist, so leicht Behauptungen aufgestellt werden, die sich einfach schwarz auf weiß durch meine Erklärungen mit Nennung des Datums widerlegen lassen, hätte ich allerdings selbst nach den Erfahrungen der letzten Wochen kaum für möglich gehalten. Den Gipfel hat ja Genosse Cunow erreicht. Er ist als Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hier, gebraucht also gewissermaßen ein Vorrecht; aber Privilegien legen doch auch Pflichten auf, und da hätte ich in allererster Linie erwartet, daß er, bevor er hier auftrat, wenigstens erst im „Vorwärts“ seine Behauptungen nachprüfte. Aber da kommt er mit Darlegungen, die vollständig den Tatsachen und der Wahrheit ins Gesicht schlagen. Erst behauptet er, ich hätte nicht sofort eine Erklärung abgegeben. Ich habe am Tage, wo der Fraktionsbericht erschienen, noch abends in der Fraktion meine Erklärung formuliert, am nächsten Tage früh stand sie im „Vorwärts“. Das weiß Cunow nicht. Er behauptet, alles wäre anders gekommen, wenn Schippel erklärt hätte. — (Zuruf Cunows: Ich habe behauptet, diese Erklärung enthielt nicht Ihren Standpunkt!) Warten Sie nur ruhig ab! Was habe ich also erklärt? „Ich habe, um einer Legendenbildung vorzubeugen, bereits im Reichstage den Versammlungsbericht im „Vorwärts“ als irreführend bezeichnet, was übrigens nicht den geringsten Vorwurf gegen den Berichterstatter einschließen soll. Der Bericht erweckt besonders dadurch ein ganz falsches Bild, daß Anschauungen, die ich als die heute in den parlamentarischen Reihen maßgebenden schilderte, als meine Auffassungen erscheinen. Nach wie vor verrete ich die bei dem Zollkampf und im Wahlkampf von der Partei und mir betätigten Anschauungen.“ Diese Erklärung wurde von mir am Abend aus freier Initiative der Fraktion vorgelegt und stand am nächsten Tage im „Vorwärts“. Der „Vorwärts“-Redakteur brauchte davon nichts zu wissen. Er braucht auch von folgender Erklärung als „Vorwärts“-Redakteur nichts zu wissen, die am 2. Februar 1904 erschien: „Genosse Schippel schreibt uns: Ich möchte zum Friebeu noch um ein letztes Wort bitten. Ich habe es, soweit möglich, stets abgelehnt, Zeitungsreferate über meine Äußerungen richtig zu stellen, weil darin meist eine, wenn auch ganz unbeabsichtigte Kränkung des Berichterstatters liegt, der so wie so eine der undankbarsten Positionen in unserm Zeitungsweien einnimmt. Da oft eine bloße ungewollte Kränkung von Worten hinreicht, einen Gedanken wesentlich zu verändern, so habe ich dem Genossen Reinte gegenüber jeden Vorwurf ausdrücklich bestritten. Meines Erachtens wäre an keinem Berichte nicht viel mehr auszusetzen gewesen, als das bei jedem Referate unvermeidlich ist, wenn er

zwei Tatsachen mehr hätte hervortreten lassen. Erstens gewinnt der „Vorwärts“-Bericht durch seine ganze Appretur den Anschein des beabsichtigt Sensationellen, während bisher über theoretische Vorträge in kleinen geschlossenen Mitgliederversammlungen kaum ein Wort gesagt wurde. Ich betone deshalb nochmals, was ich bereits in der Versammlung gleichfalls betonte, daß ich für Dienstag nur als Büdenbüßer für einen behinderten Fraktionsgenossen einsprang, noch dazu mit der Erwartung, daß die Erlebigung des vorangehenden geschäftlichen Teiles den Vereinsabend vollständig ausfüllen würde. Zweitens läßt der Bericht meine breit ausgeführten Eingangsworte zu sehr zurückstehen. Diese gingen etwa dahin: „Man kann Zollfragen einfach kritisch, gemessen an unsern Partei-Anschauungen behandeln. Damit will ich Sie heute nicht weiter aufhalten. Darüber sind wir alle einig und als organisierte Parteigenossen alle aufgeklärt. Man muß aber auch die treibenden ökonomischen Kräfte, die Dentweise, die Stärke der wirtschaftspolitischen Strömungen bei unsern Gegnern studieren, denn sonst kommt man zu einer ganz falschen Schätzung ihrer Widerstandskraft und zu einer falschen Bewertung der Lockerheit des Bindnisses zwischen Industriellen und Agrariern. Darauf möchte ich heute abend Ihre Aufmerksamkeit lenken, und ich bitte Sie, das nicht aus dem Auge zu verlieren.“ Wäre das im Bericht, vielleicht durch reichliche Sperrung und fetten Druck unterstützt, derart herausgearbeitet, daß dieser Vorbehalt als deutliche Umrahmung und Einschränkung des Ganzen gewirkt hätte, so konnte wohl jede Unannehmlichkeit verhindert werden. Statt dessen verschwindet die Vorbemerkung im „Vorwärts“ so gut wie ganz, und die Sperrungen werden Äußerungen zu teil, die nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt gelten. Der Redner begann — heißt es im Bericht, allerdings unentfchieden und vielleicht auch mißverständlich — mit der Bemerkung, er wolle die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unserm parteipolitischen Standpunkte kritisieren wolle. Hier ist die sedes materiae, und 3 oder 4 Zeilen hätten den ganzen Zwischenfall erledigen können.“ Also wiederum am nächsten Tage gab ich diese Erklärung ab. Heute aber kommt der „Vorwärts“-Redakteur hergefahren und hält mir Vorlesungen, ich hätte alles weitere durch eine Nichtigstellung beseitigen können, ich hätte aber keine Erklärung abgegeben, das könne er als „Vorwärts“-Redakteur beschwören.

Nun lassen Sie mich zu einem andern Fall übergehen, wie hier Behauptungen aufgestellt werden, nicht einfache Behauptungen — man sagt ja so manches in einer Rede —, sondern Anklagepunkte ohne einen Funken von Gewissenhaftigkeit. Da kommt Schöpflin, der war selber dabei auf der Landeskonferenz. Ein fester, aufrechter Mann hätte ja so viel Mut gehabt und hätte auf der Landeskonferenz selbst gesagt: Das und das gefällt mir nicht bei Schippel. Aber nein! In der Fraktion hob man dann den Finger in die Höhe, wie in der Schule und erklärte: Schippel hat auf der Landeskonferenz die Fraktion brütiert! Ich habe daraufhin schon in der Fraktion dargelegt, daß es einfach unwarhaft sei: ich hätte damals angekündigt, ich würde der Fraktionsaufforderung nicht nachkommen. Ich habe mich nur, da 3 oder 4 Wochen nach der Fraktionsaufforderung mir bereits wieder ein Kollege öffentlich Vorhalte machen wollte, dem Sinne nach erwidert: wo nimmt man die Berechtigung zu solchen Anzuspungen her, da in so kurzer Zeit die Fertigstellung einer Broschüre oder einer eingehenderen Darstellung gar nicht möglich war und da mir zudem das Recht zusteht, zu überlegen, ob die Angelegenheit nicht besser in anderer Weise, etwa vor dem Parteitag, erledigt würde? Die Rechtfertigungsbroschüre Wehrings war doch auch nicht in 3 bis 4 Wochen fertig und niemand beflagte sich darüber und hatte das Recht dazu. Ich habe jedoch auf der sächsischen Landeskonferenz sofort hinzugefügt, habe das später auch in der Fraktion nochmals festgestellt, in Anwesenheit Schöpflins,

und wundere mich um so mehr, daß er heute wieder nichts davon weiß: ich werde tatsächlich der Fraktionsaufforderung nachkommen. Ich habe mir glücklicherweise, bevor ich hierher kam, die Zeitungsberichte über die Landeskonferenz nochmals durchgesehen. Da heißt es über meine Rede:

„Wof. Ztg.“ vom 7. April 1904 Nr. 182: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich einmal ganz klar auszusprechen.“ Das ist nicht so leicht, aber ich werde es versuchen. Ich kann bei dem nächsten Parteitage verlangen, daß der Fraktionsbeschuß aufgehoben wird. Ob ich es tun werde, weiß ich zur Stunde nicht bestimmt. Ich glaube aber, ich werde es versuchen, zunächst in Schriften oder in der Presse die Sache klarzumachen.

„Leipziger Volkszeitung“ vom 7. April 1904 Nr. 79: „Die Fraktion hat mich aufgefordert, mich über die Zollfrage einmal gründlich auszusprechen. Das ist nicht leicht. (Zwischenruf.) Denn ich habe mich schon oft darüber ausgesprochen, und klarer als früher könnte ich es kaum tun, aber ich will es doch versuchen.“

„Vorwärts“ vom 8. April 1904 Nr. 82 wörtlich dasselbe.

„Chemniger Volksstimme“ vom 7. April 1904 Nr. 79 wörtlich dasselbe.

Nun komme ich zu meinem Freunde Antrid, der wohl heute als mein präsumtiver Erbe hier gesprochen hat. Ich will Ihnen ganz offen mein Verhältnis zu Antrid darlegen. Antrid hat nie ein Wort der scharfen Kritik über mein Buch geäußert, er hat wohl dies und jenes darin bezweifelt, aber daß er davon gesprochen hätte, mit einem solchen Wuche stehe man außerhalb der Partei — niemals! Ich weiß auch nicht, daß er mir im Reichstage jemals Vorhaltungen gemacht hat über mein Verhalten im Zollkampf. (Zwischenruf Antrids: Das ist stark!) Ich habe mit ihm wie vorher weiter verkehrt, besonders eng befreundet waren wir nie. Ich habe ihn im großen ganzen nur auf den Parteitagen gesehen. Er hat gesagt, er hätte mein Buch gelesen; ich weiß es nicht. Er hat gesagt, er hätte viel daraus gelernt; ich weiß auch das nicht. (Weiterkeit.) Zur Wahzeit hat Antrid noch bei der Stichwahl in freundschaftlichster Weise mit mir verkehrt. Ich habe nie eine Feindschaft seinerseits bemerkt. Wie kann er nun hierher kommen und die Dinge so darstellen, als hätte er sich schon seit Jahren langsam zurückziehen müssen. Sein Gewissen habe ihm das geboten — ich verstehe das nicht (Antrid: Hannover) — es mag sein, daß Antrid in Hannover in der Müllfrage einmal seine abweichende Anschauung zum Ausdruck gebracht hat (Zuruf: Handelspolitik) — meine Handelspolitik war damals noch gar nicht erschienen, sie erschien erst zwei Jahre später! Also, daß er in der Frage, um die es sich hier handelt, der Handelspolitik, mir jemals Vorstellungen gemacht hat, davon weiß ich nichts, und ich möchte es doch wissen.

Nun sind die Neuerungen von Enders angezogen — wenige von Ihnen kennen ja den Genossen Enders. Er legt großen Wert darauf, und das ist sehr hübsch von ihm, seine Redaktion absolut selbständig zu führen. Seit Jahr und Tag habe ich mich nie auch nur mit einer Zeile oder einem Worte in seine Redaktionsführung eingemischt. Er hat zudem ausdrücklich gesagt, er wisse zwar nicht, wie Schippel denkt, aber er denke sich das so und so. Ich habe nie intim mit ihm über Zollfragen gesprochen. Er hat manches in der Zollfrage geschrieben, wofür ich mit Unrecht verantwortlich gemacht wurde. Ich achte seinen Sonderstandpunkt, ich kann dafür aber nicht verantwortlich gemacht werden.

Dann ist mir vorgeworfen worden: ich treibe eine Moral mit doppeltem Boden, weil ich von dem Rechte gesprochen habe, in kleinerem Kreise mitunter etwas zu sagen, wovon ich in der großen Öffentlichkeit absehe. Ja, macht das nicht jeder von uns zuweilen so? (Rufe: Nein!) Würden Sie es für unzulässig halten, in kleinerem Kreise — sagen wir in der Fraktion —

einen Minderheitsstandpunkt zu vertreten, und wäre es richtig, diese Meinungsabweichung — ich betone nochmals: eine durchaus innerhalb des Parteiprogramms und des Parteiramens bleibende Meinungsabweichung — an die große Öffentlichkeit zu zerren und zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen, vor den Augen der Gegner, zu machen? Das erstere halte ich für zulässig und das letztere wollte ich vermieden sehen. Ist das Moral mit doppeltem Boden? Ich vertritt den Standpunkt, daß man in handelspolitischen Fragen vieles anders beurteilen kann als die heutige Parteimehrheit; ich beanspruche auch das Recht, in kleinerem Kreise Abweichungen geltend zu machen; ich wünsche aber nicht, daß solche Abweichungen durch unzeitiges Lärm schlagen von den Gegnern gegen die Partei ausgespielt werden können. Ich selber darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich das zu vermeiden gesucht habe. Ich habe im Fraktionsvorstand immer und immer wieder betont, daß erst nach Abschluß der Handelsverträge die Zeit wieder da wäre zu breiteren Diskussionen über die strittigen Punkte. Hat das Anschnelden der Fragen also die Partei geschädigt, meine Absicht war es nicht; ich habe vielmehr alles getan, jeden Streit zu verhüten. Parteigenossen aber soll man nach der Absicht beurteilen. Gegnern gegenüber soll man gewiß jede Schwäche ausnutzen, aber wenn man das Parteigenossen gegenüber tut, dann kommt es dahin, daß jede kleine Meinungsverschiedenheit immer in große Differenzen ausartet, und das Parteileben würde darunter leiden. Also, Moral mit doppeltem Boden habe ich nicht getrieben und ist nie meine Absicht gewesen.

Und, Genossen, messen Sie doch auch nicht so sehr mit doppeltem Maß. Man hat mir immer Verhöhnung der Partei vorgeworfen, aber der einzige Beweis, den man angeführt hat, war meine Äußerung: Wenn man sich entristet, ist man immer ein guter Parteigenosse! Ob das in jenem Zusammenhang ein so großes Vergehen war, will ich dahingestellt sein lassen. Aber wie halten Sie es denn bei anderen? Antrid hat vorhin die „Freisinnige Zeitung“ zitiert. Das imponiert mir in keiner Weise. Die „Freisinnige Zeitung“ zitiert auch Kautsky und Bernstein gegen die Partei, und sie hat seinerzeit ganz besonders zitiert die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Entscheidung der Parteischiedsgerichte, namentlich den Leitartikel über „Wanzenakt“ und den mit „dt.“ gezeichneten Artikel über die Prinzipienverräterei der bürgerlichen Parteiführer, der von jedem als Verhöhnung, als Ironisierung unserer Partei aufgefaßt ist und nicht etwa bloß einzelner Genossen, sondern der Partei-Instanzen. Wer hat damals seine Stimme dagegen erhoben? Ich glaube, was da in jenem Artikel gestanden hat von Wanzenakt und dergleichen, das geht mehrere Tausend Prozent über das hinaus, was ich geschrieben.

Daß ich jetzt eine handelspolitische Debatte eröffne, werden Sie nicht mehr erwarten. Aber das werden Sie erwarten — das ist ja von vielen gewünscht worden —, daß ich klipp und klar mich über meine Stellung äußere. Genosse Dübell und Genossin Riez haben gefordert, ich solle doch einmal kategorisch erklären, ich sei kein Schutzzöllner. Wie kommt man dazu, eine solche Erklärung von mir zu verlangen? Schutzzöllner haben wir immer unter uns gehabt. Auf dem Stuttgarter Parteitage ist es als durchaus berechtigt anerkannt, daß man in gewissen Fällen in den internationalen Verkehr regulierend und hemmend eingreifen darf. Das nennt man eben Schutzzoll. Auch Kautsky ist nur nach „Lage der Dinge“, nicht prinzipiell Gegner von Schutzzöllen. Übrigens, seine etwaigen sozialistischen Grundsätze hören bei Schutzzöllen auf. Auf dem österreichischen Parteitag hat er sogar Resolutionen mit beschließen helfen, in denen steht: Prinzipiell können wir Industriefschutzzölle nicht verwerfen. Dann kann man aber doch nicht verlangen, daß ich sagen soll, ob ich prinzipiell Schutzzölle verwerfe, und erkläre, daß wir, wenn

ich das nicht sage, getrennte Leute sind. Genossin Zieg, als ich in Stuttgart mein Referat hielt, war es mir eine ganz besondere Freude, daß ich von mehreren Seiten darin Zustimmung fand, daß unter Umständen doch ein Schutz Zoll zulässig sein könnte. Ein Redner, der sich im allgemeinen auf den Freihandelsstandpunkt stellte, schloß mit den Worten: „Ich ersuche Sie also, der Kautskyschen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschließen, der unsre Abgeordneten ermächtigt, gegebenenfalls unbeschadet unsrer prinzipiellen Stellung auch für Schutz zölle zu stimmen“, und dieser Redner war die Genossin Zieg. (Große Heiterkeit.) Ja, so geht es. (Frau Zieg: Aber nicht für die Agrarzölle.) Sie haben vorher von Schutz zöllen gesprochen!

Meine Stellung ist im Grunde genommen doch sehr einfach. Ich habe in meiner geschichtlichen Darstellung — dazu bin ich als Wissenschaftler einfach verpflichtet — angefangen mit dem kolossalen Umschwunges in der Handelspolitik auf dem europäischen Kontinent die Frage gestellt: Wie kommt es, daß die ganze bürgerliche Politik, die früher gegen die Agrarzölle war, seit Ende der 70er Jahre überall sich so sehr gewandelt hat, in allen Ländern? Ich habe gemeint, das müßte tiefe Ursachen haben, und die habe ich geschildert und daraus geschlossen, daß, solange diese neuen Verhältnisse bestehen, die bürgerliche Politik aus verschiedenen Gründen an den Agrarzöllen festhalten wird. Und solange wird meines Erachtens auch die Industrie daran festhalten aus Ursachen, denen ich näher nachzugehen versucht habe, und die ich gern in die Formel zusammenfasse: Die heimische Landwirtschaft bedeutet für das Absatzreich der Industrie ganze Provinzen, und Provinzen läßt man, so wenig wie Gliedmaßen, nicht so leicht amputieren.

Diese meine Analyse der bürgerlichen Handelspolitik seit beinahe einem Vierteljahrhundert mag richtig oder falsch sein. Aber es steht mir, von meinem, vom sozialdemokratischen Standpunkte aus gar nichts im Wege, diese Politik arbeiterschädlich und darum für uns verwerflich zu finden. Das habe ich in der Tat auch stets gesagt. Aber man ist noch immer nicht zufrieden. Kautsky äußerte heute erst wieder: ich hätte keine Gründe angegeben, sondern nur gesagt, ich bin Gegner der Agrarzölle. Ich habe jedoch z. B. in der „Chemnitzer Volksstimme“ wörtlich geschrieben: „Als einen für ihn bedeutsamen Grund führt Kautsky an, daß die Zollhilfe aufgebracht wird in Form einer Kopfsteuer, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja, Armere mehr als Reiche“. Na also: Warum soll ich allein nicht in der Lage sein, zwar die Not und Hilfsbedürftigkeit der Landwirtschaft, wie Kautsky anzuerkennen und die Wirkung der Zölle rein tatsächlich ähnlich wie Zolla, zu beurteilen; aber dennoch Arm in Arm mit Kautsky und Zolla die spezifische Form der heutigen Staatshilfe, nämlich die Hilfe durch Agrarzölle, entschieden abzulehnen, deshalb abzulehnen, weil die Mittel zur Abhilfe nach einem am meisten für die Arbeiter durchaus ungerechten Modus aufgebracht werden. Sogar bei der Arbeiterversicherung, bei gesetzgeberischen Anlässen zu durchaus berechtigten proletarischen Zielen (Gegenwartszielen) haben wir Sozialdemokraten oft genug die Negation herborgeholt, weil uns die Art der Aufbringung der Mittel nicht gefiel. Dann, denke ich, wird es als durchaus konsequent angesehen werden müssen, wenn ich, aus dem gleichen Gesichtspunkt, der Agrarkrise in anderer Weise begegnet sehen möchte wie seitens der Agrarzöller. Ich habe darum und aus naheliegenden allgemeinen politischen Gründen am Schluß meiner Handelspolitik geschrieben: „Wie sollten die arbeitenden Massen der Städte in den Drotzöllen etwas anderes sehen als Stockprügel auf den Wagen, wie sollten sie an dem Schicksal ihrer schlimmsten politischen Feiniger und Feinde, die sie überall an der Spitze der Agrarbewegung sehen, das geringste Interesse nehmen?“

Wir mögen uns über die Ursachen der Agrarkrise streiten, soviel wir wollen, wir mögen die Höhe des landwirtschaftlichen Notstandes hoch oder niedrig einschätzen, wir mögen das Eintreten des industriellen Westens für Agrarzölle für selbstmörderisch-kurzfristig oder für weitblickend und notwendig halten, das industrielle Proletariat wird die Drotzölle stets nicht nur als ungeeignetes Mittel der Hilfe, sondern als den gewissenlosesten Brotwucher der vereinten Volksfeinde verwerfen. Hier löschten alle nicht nur denkbaren, sondern auch wirklich bemerkbaren Unterschiede in der mehr theoretischen allgemeinen Auffassung der handelspolitischen Grundfragen aus vor den drängenden konkreteren Entscheidungen der nächsten Gegenwart, und mehr bedarf eine politische Partei zu ihrer Tätigkeit nicht.“

Da habe ich also auch die Gründe herborgehoben, aus denen ich von dem Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu einer ablehnenden Haltung komme. Aber trotzdem ich das wieder und wieder zitiert habe, heißt es immer wieder: Wenn wir nur wüßten, ob Schippel überhaupt gegen die Agrarzölle ist. Ich bin sogar so weit gegangen, zu erklären, nur ein vollendetes Knabe kann mir unterstellen wollen, daß ich jemals für Agrarzölle eingetreten wäre; das sei mir nimmer im Traum eingefallen. Nun, ich erkläre dies auch hier an dieser Stelle nochmals. Wenn Sie noch mehr wissen wollen, stellen Sie bestimmte Fragen! Aber wenn ich das erkläre, bitte ich, daß Sie diese Erklärung auch ernst nehmen.

Endlich, Parteigenossen, noch ein Wort über die mir abermals dorgeworfene Zurückhaltung beim Zollkampf im Reichstag. Eine solche Zurückhaltung ergibt sich meines Erachtens von selber, wenn man zwar die allgemeine Ablehnung eines Gesetzes billigt, aber doch nicht alle Einzelgründe der Opposition. Bei jeder parlamentarischen Diskussion spielen eben die Einzelgründe die größte Rolle. Daß ich gegen meine Ueberzeugung hätte sprechen sollen, wird auch niemand verlangen. In ähnlicher Lage hat sich wohl schon jeder im Reichstage befunden, und eine gewisse Zurückhaltung ist alsdann einfach nur anständig. Aber eines wollen Sie noch berücksichtigen. Manches hätte doch wohl anders sein können, die Zurückhaltung habe ich mir selber anfangs durchaus nicht so weitgehend gedacht. So war z. B. die vielzitierte Schlußstelle meiner „Handelspolitik“ eigens mit dazu geschrieben, um etwaigen Gegnern, die sich auf mich berufen würden, entgegenzutreten zu können; sie ist ja förmlich dazu formuliert, den Gegnern entgegengehalten zu werden. Aber Voraussetzung war dabei, daß nicht Parteigenossen da sind; die längst vor den Gegnern erklärt haben, daß sie die Stelle nicht ernst nehmen. Dadurch haben Sie mir diese letzte Waffe selbst aus der Hand geschlagen. Wenn Sie das auf Schritt und Tritt jedem Genossen gegenüber tun wollten, werden Sie jeden in ähnlicher Lage zwingen, zu schweigen. Jeden Augenblick hätte man mir bei meinem rechnerischen Eingreifen, und zwar mit Recht, erwidern können: Deine eigenen Parteiblätter, die „Neue Zeit“, der „Vorwärts“, haben ja selber betont, daß diese Neuerungen und Stellen nicht ernst zu nehmen seien. Damit verbot sich dann zuletzt, wider meinen Willen, je des Eingreifen.

Aber wer hat die Lage erst derart zugespitzt? Wer hat jede Stelle, die mißdeutet werden kann, auch mißdeutet? Wer hat auf diese Weise geradezu die Geschäfte der Gegner befüllt, viel eifriger wie die Gegner selber? Wer erst hat die Gegner mit der Nase auf alle Punkte gestoßen, die allenfalls — bei gewagtester und meines Erachtens unzulässiger Interpretation — von den Gegnern gegen Parteigenossen ausgenutzt werden können?

Ich habe nie behauptet, daß alles, was ich getan, geschrieben und gesagt habe, richtig gewesen sei. Mir geht es wie jedem Schriftsteller und Redner, daß man hinterher manches anders gewünscht hätte. Aber Zweideutigkeit in der grundlegenden Haltung können Sie mir nicht, zum mindesten jetzt nicht mehr, vorwerfen. Die Erklärung, ich sei Gegner der Agrarzölle, habe

ich in bestimmtester Weise und wiederholt abgegeben — sie zu hören, kann ich freilich niemandem zwingen. Sorgen Sie nun andererseits dafür, daß jene vergiftende Form des parteigenössigen Meinungskampfs aufhört, die alle Meinungsdivergenzen zu großen Gegensätzen aufbauscht und die die Aufmerksamkeit der Gegner erst geflüßentlich weckt — dann, denke ich, werden wir immer noch ganz gut mit einander auskommen können. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort als Referent erhält

Lebebour: Ich bedauere, daß verschiedene Redner nicht das beherzigt haben, worauf ich in meinen Einleitungsworten ganz besonderes Gewicht legte. Ich sagte, daß unsere Aufforderung an Schippel, in klarer und unzweideutiger Weise Stellung zu nehmen in der Agrarzollfrage, nicht so zu verstehen sei, daß er die Erklärung abgibt: ich bin gegen Agrarzölle; auf eine solche Erklärung kam es uns nicht an, die lag ja unmittelbar vor (Sehr richtig!) und Schippel hat sie jetzt selber wieder verlesen. Was haben wir aber im Laufe der Debatte erlebt? Eine ganze Anzahl von Genossen hat mit großem Eifer immer wieder gefordert: Schippel muß hier auftreten und erklären, daß er gegen Agrarzölle ist. Eine solche Erklärung haben wir damals nicht von ihm verlangt, und jetzt hat sie um so weniger zu bedeuten; nicht eine Erklärung, wie sie Schippel jetzt mit großem Pathos abgegeben hat, wollten wir, sondern wir verlangten, von ihm zu hören, wie er die logische Verbindung herstellen wolle zwischen der Tatsache, daß er in seinen Schriften und Neben-Gedankengänge entwickelt hat, die notwendigerweise zu dem Schluß führen müssen, daß Agrarzölle unvermeidlich seien und daß er dann diese Erklärung abgibt, die er jetzt hier wiederholt hat, nachzuweisen, wie das logisch vereinbar sei. Das war der Grundgedanke unserer Aufforderung an Schippel. Jene 47 Spalten waren aber noch nicht die Antwort, die wir verlangten. Das war eine historische Auseinandersetzung über alles Mögliche, was dieser oder jener über Schutzölle gesagt hat. Im Anschluß daran kam wieder die Aeußerung unvermittelt, die wir jetzt wiederholt gehört haben: „Uebrigens ist es mir auch nicht im Traume eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein.“

Daß es Schippel nicht im Traume eingefallen ist, Agrarschutzzöllner zu sein, mag sein. Ich kann seine Träume nicht kontrollieren. Es handelt sich hier aber nicht um seine Träume, sondern darum, daß er in wachem Zustande mit sehenden Augen jahrelang darauf hingearbeitet hat, die Notwendigkeit von Agrarzöllen zu beweisen, wodurch eine Anzahl von Parteigenossen von dieser Notwendigkeit überzeugt worden ist. Der Genosse Enders ist Chefredakteur unseres Organs in der großen Industriestadt Chemnitz. Er ist ein Mann von Charakter, den ich deshalb hochschätze, wenn ich auch mit seinen Ansichten vielfach nicht übereinstimme. Dieser Mann steht seit Jahren mit Schippel in so enger politischer Verbindung wie vielleicht kein anderer Parteigenosse. Auch Enders war durch die Aeußerungen Schippels zu der Ueberzeugung gekommen, daß Schippel Agrarschutzzöllner sei. Jetzt sagt Schippel: „Enders, — ja, der, na ja, der kann das ja nicht beurteilen, der kennt meinen Standpunkt ja gar nicht.“ Ja, wenn Schippel das Unglück hat, daß ein solcher Mann nicht im Stande ist, seinen Standpunkt klar zu erfassen, wenn Schippel gestungen ist, diesen Mann in dieser Weise zu desabouieren, so können wir schon daraus Schlüsse ziehen — und wir könnten es, wenn wir nicht wüßten als diese Tatsache, — daß dieser unglückliche Mann nicht in der Lage ist, eine Vertrauensstellung, wie die eines Abgeordneten unserer Partei zu bekleiden, deren Inhaber volle Klarheit über seine Auffassung in wichtigen Fragen schaffen muß, die das Kampfojekt für unsere Partei bilden. Auch jetzt wieder hat Schippel über alles Mögliche gesprochen und sich gegen alle möglichen Genossen gewendet, die ihn angeblich nicht verstanden haben. Selbst wenn das alles richtig wäre, was er gegen Cunow, Kautsky usw. vorgebracht hat, so wäre das nebensächlich, weil das

mit der Frage, die uns beschäftigt, nichts zu tun hat. Das alles ist bloß Zeitverwendung. Bis zu diesem Zeitpunkt ist er uns die Antwort schuldig geblieben auf die Frage, die die Fraktion an ihn gestellt hat, auf die Frage: Wie erklären Sie diese für unser Denken unvereinbaren Tatsachen, daß Sie auf der einen Seite für Agrarschutzölle schriftstellerisch arbeiten und sich dann hinstellen und sagen: „Im übrigen ist es mir nicht im Traume eingefallen, Agrarschutzzöllner zu sein?“ Darin, daß er diese Antwort noch nicht gegeben hat, liegt das, was ich als Verhöhnung der Fraktion bezeichnet habe. Nicht auf dem Ton, den Schippel angeschlagen hat, kommt es mir an — das ist völlig Nebensache — sondern darauf, daß er nicht die Antwort gegeben hat, die wir verlangt haben, daß er in 47 Spalten diese Antwort nicht gegeben hat. Mit einer kurzen Erklärung können wir uns nicht begnügen, sondern müssen auch eine Entwicklung der Gründe verlangen. Wenn er die von uns verlangte Aufklärung nicht gegeben hat, so lag das daran, daß er sie nicht geben konnte, weil diese beiden Tatsachen eben unvereinbar sind. Schippel hat die Schlüsselfe seines Buches verlesen, um zu beweisen, daß er nicht Agrarschutzzöllner sei. Er hat dabei aber die einleitenden Worte weggelassen, die zeigen, daß diese Sätze nicht seinen auf wissenschaftlicher Ueberzeugung gegründeten Standpunkt ausdrücken, sondern allerhöchstens seinen Opportunitätsstandpunkt: Weil eben die Arbeiter die Geschichte nicht begreifen können, deshalb mache ich die Antiagrarierei mit. Die einleitenden Worte hat Schippel weggelassen, und das kann gar nicht auf einem Versehen beruhen. Denn Kautsky hat ihn auf diese Unterlassungsfünde schon bei einer früheren Gelegenheit aufmerksam gemacht. Mit der Ausrede, daß er es nicht gelesen habe, wird er wohl nicht mehr kommen. Er hat uns ja heute die abgelegtesten Zitate vorgelesen, die er alle gelesen hätte. Diese Einleitung lautet: „Erst seit den Agrarzöllen ist der reine Konsumentenstandpunkt wieder zum Siege gelangt. (Bei den Arbeitern, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht.) Wie sollten auch die Lohnarbeiter der Städte in Brotzöllen etwas anderes sehen als Stockprügel auf den Wangen“ usw. Wenn die Worte einen Sinn haben, dann kann das im ganzen Zusammenhang nur folgendes bedeuten: Früher verhielten sich die Arbeiter verhältnismäßig indifferent gegen Zölle. Erst seit die Agrarzölle die Oberhand gewonnen haben, ist der reine Konsumentenstandpunkt bei den Arbeitern zum Durchbruch gekommen. Und weshalb? Weil die Arbeiter nicht die nötige Objektivität haben, um die Notwendigkeit der Agrarzölle begreifen zu können. (Sehr richtig!) Das ist der Sinn. Schippel verhöhnt eben diesen Konsumentenstandpunkt. Dieser Konsumentenstandpunkt steht für ihn noch unter dem Standpunkt des Freihandels-Gauferburschen. Schon in dem Gegensatz, den er zwischen Konsumenten- und Produzentenstandpunkt konstruiert, liegt es, daß er den Konsumentenstandpunkt nicht billigt. Dieser Gegensatz existiert nach meiner Auffassung für die Partei gar nicht, sowie man nur den Produktionsprozeß in seiner Totalität ins Auge faßt. Für uns handelt es sich nicht um einen Kampf zwischen Konsumtion und Produktion, sondern zwischen den Gliedern des Produktionsprozesses und seinen Ausbeutern. (Sehr gut!) In dieser ganzen Frage hat Schippel den wissenschaftlichen Standpunkt verlassen und ist in einen ganz oberflächlichen Gedankengang hineingekommen. Ich weiß mich persönlich von aller Antipositivität gegen Schippel frei, es tut mir außerordentlich leid, daß der Mann in diese Position geraten ist. Aber es ist nun einmal so. Er sagt jetzt, ja, er sei wohl Schutzzöllner aber nicht Agrarszöllner. Das ist wieder ein Widerspruch. Denn wer für Industriezölle ist, muß auch für Agrarzölle sein. Wenn man den Produktionsprozeß im Interesse der Ausbeuter durch Industriezölle erschwert, erschwert man den Agrariern ihren Betrieb, und dann sind diese allerdings von ihrem Standpunkte aus auch berechtigt, Agrarzölle zu fordern. So gelangt die Partei mit Notwendigkeit zur Ablehnung aller Schutzölle. Schippel

sagt: „Wer für Handelsverträge ist, muß auch für Zölle sein, unter Umständen für Agrarzölle“. Aber weshalb sind wir denn für Handelsverträge? Nur deshalb, weil sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen das einzige Mittel sind, um die Zölle herunterzudrücken. (Sehr richtig!) Auch hier wieder ist der Schippelsche Standpunkt ganz oberflächlich. Wir kommen um die Tatsache nicht herum, daß Schippel auf einem für uns gegenwärtige Aktion sehr wichtigen Gebiete mit der Partei in Differenz gekommen ist. Daraus folgt für mich: Da diese Frage gegenwärtig und vielleicht auch noch auf lange Zeit für uns eine der wichtigsten und entscheidendsten Aktionen bedingt, so ist Schippel allerdings gegenwärtig nicht fähig, ein Reichstagsmandat für die Partei inne zu haben. In diesem Sinne stimme ich dem Amendement Freythaler zu. Durch dieses Amendement soll Schippel nicht etwa aus der Partei ausgeschlossen werden, wie Südekum meint. Soweit ich die Sachlage beurteilen kann, denkt der Parteitag in seiner überwiegenden Mehrheit gar nicht daran, Schippel direkt oder indirekt auszuschließen. Das Amendement hätte allerdings bedeutend besser gefaßt werden können, wie ich überhaupt keine auf irgend einem Parteitag angenommene Resolution kenne, die nicht besser hätte gefaßt werden können. (Geizigkeit.) Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts, als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Faßt man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenwürdiges. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Webels mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Cunow: Ich habe nicht behauptet, Schippel habe keine Beteiligung eingeandt. Das habe ich vielmehr ausdrücklich mitgeteilt, aber hinzugefügt, daß Schippel verpflichtet gewesen wäre, in einem Artikel sofort seinen Standpunkt klarzulegen.

Antrik: Schippel hat bestritten, daß ich über sein Buch mit ihm gesprochen habe. Demgegenüber stelle ich fest, daß Schippel sogar schon lange, bevor das Buch erschien, über die darin behandelten Grundfragen eingehend mit mir gesprochen hat. Zum Glück war ich dabei nicht allein; in Hannover war ein ihm sehr bekannter Herr dabei, als wir uns während des dortigen Parteitages über diese Fragen unterhielten. Weiter habe ich im Reichstage wiederholt mit Schippel darüber gesprochen und auch außerdem auf gemeinsamen Spaziergängen mich über seine Grundrenten-Theorie mit ihm auseinandergesetzt. Ich habe weiter nicht nur das Buch gelesen und dann ein Urteil darüber gefällt, sondern auch eine ganze Reihe von Genossen, darunter Webel, gefragt: Findet Ihr nicht auch, daß Schippel da hauptsächlich die Argumente der Agrarier vertritt? Wie Schippel angesichts dieser Tatsachen sagen kann, ich hätte nicht mit ihm über diese Dinge gesprochen, verstehe ich nicht. Das läßt nur zwei Deutungen zu, entweder sein Gedächtnis ist so schwach, daß er all das wieder vergessen hat oder er hat die Unwahrheit gesagt.

Vorsitzender Herr: Das war nicht mehr persönlich.

Frau Biez: Die Neußerung vom Stuttgarter Parteitage, die Schippel von mir zitiert hat, ist in der Tat so gefallen. Es ist darin der Standpunkt vertreten, der in unsrer Partei gilt. Jetzt hat Schippel diesen Ausspruch als mit meinen heutigen Ausführungen in Widerspruch stehend hinzustellen versucht. Ich meine aber, Schippel hätte aus meinen Ausführungen entnehmen müssen, daß mir vorhin nur ein lapsus linguae passiert ist. Ich wollte Agrarzölle sagen und nicht Schunzzölle. Wenn er diesen falschen Zungenschlag so gegen mich ausnützt, muß es um seine Argumente doch

schlecht bestellt sein. Wenn ihm als besonders routinierter Redner ein solcher falscher Zungenschlag passiert, wie er es behauptet von seinem Berliner Referat, wird man auch mir einen solchen zugute halten.

v. Elm: Ich habe nicht behauptet, daß Schippel im Reichstag gegen Agrarzölle gesprochen habe, sondern nur gesagt, daß Schippel in seinem Buche und in seinen Artikeln sich vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus gegen Agrarzölle ausgesprochen hat.

Schippel: Wenn der Genossin Biez ein falscher Zungenschlag passiert ist, so ist die Sache erledigt. Aber ihre Zunge ist doch sonst sehr gewandt, und warum will sie denn bei mir nie einen falschen Zungenschlag anerkennen? Da sollte sie doch Nächstenliebe üben und auch mir einmal einen falschen Zungenschlag verstaten. (Geizigkeit.) Daß Antrik nie mit mir über Zollfragen gesprochen hat, habe ich nicht behauptet. Ich sage nur: Er hat nie in einem Sinne mit mir gesprochen, daß ich hätte annehmen können, er mißbillige mein Buch, weil es in Widerspruch mit dem Grundgedanken der Partei stünde. In Hannover kann ich mich gar nicht mit ihm über das Buch unterhalten haben, aus dem einfachen Grunde, weil es noch nicht erschienen war. (Zurufe: Ueber die Grundfragen! Ueber die Grundrententheorie!) Ich wüßte nicht, weshalb ich mit Antrik über Grundrententheorie hätte sprechen sollen.

Antrik: In Hannover hat Schippel natürlich nicht über sein Buch, sondern über die darin behandelten Grundfragen mit mir gesprochen. Ich bin bereit, ihm den Namen des Mannes, der dabei war und den er sogar zu seiner Ansicht bekehrte, in einem kleineren Kreise zu nennen. Ich habe Schippel schon damals in Hannover gesagt: Wenn ich zu derselben Ueberzeugung gekommen wäre wie Sie, so würde ich als ehrlicher Mann sagen, meine wissenschaftliche Ueberzeugung hat mich dahin geführt, daß ich mit Euch nicht mehr weiter zusammenarbeiten kann.

Der Vorsitzende Herr macht hierauf Vorschläge für die Abstimmung. Es soll abgestimmt werden zunächst über die Resolution Bernstein, dann über die Resolution Paplow, weiter über die Resolution Webel mit der von Webel angezeigten Abänderung und zuletzt über das Amendement Freythaler. Es wird beantragt, über den dritten Absatz der Resolution Webel gesondert abzustimmen. Die Abstimmung über die Resolution Webel sowie über das Amendement Freythaler soll eine namentliche sein. Die Anträge 12 und 13 werden durch die Vorlegung der Resolutionen für erledigt erklärt.

Zur Geschäftsordnung schlägt

Lebour vor, nach allgemeinem parlamentarischen Brauch die Abstimmung über das Amendement Freythaler vor der Abstimmung über die Resolution Webel vorzunehmen.

Webel erklärt, gegen die Trennung der Abstimmung über seine Resolution keinen Widerspruch zu erheben.

Nichard Fischer bittet, es bei dem Vorschlage des Vorsitzenden zu belassen. Eine große Anzahl Delegierten wünschen zwar gegen das Amendement, aber für die Resolution Webel zu stimmen, wozu sie nicht in der Lage wären, wenn das Amendement vorher etwa angenommen würde und dann die Abstimmung über die Resolution mit dem Amendement folgte.

Vors. Herr: Das Bureau war sich wohl bewußt, daß in der Regel zuerst über das Amendement und dann über den Hauptantrag abgestimmt wird. Unser Vorschlag aber wird die Meinung des Parteitages besser zum Ausdruck kommen lassen.

Der Widerspruch gegen den Vorschlag des Vorsitzenden wird zurückgezogen. Die Anträge werden also in der vom Bureau vorgeschlagenen Reihenfolge zur Abstimmung gebracht.

Die Resolutionen Bernstein (186) und Pöplow (185) werden abgelehnt. Ebenso wird die Ernennung der Abstimmung über die Resolution Bebel abgelehnt.

Es wird nunmehr zur namentlichen Abstimmung über die Resolution Bebel (189) geschritten.

Dabei wird festgestellt, daß für diese Abstimmungen auch die Abgeordneten Stimmrecht haben, da es sich nicht um eine Frage der „Tätigkeit der Fraktion“ handelt.

In namentlicher Abstimmung wird nunmehr die Resolution Bebel (Antrag 183) mit 284 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Mit Ja stimmten:

Abelung, Albrecht, Anders, Antrid, Ottilie Baader, Paul Bader, Baerer, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Daubert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Beger, Georg Bedmann, Heinrich Bedmann, Beed, Behle, Bérard, von den Berg, Berten, Verthold, Blos, Bod, Böhle, Böhme, Bolljes, Bömelburg, Borgmann, Otto Braun, Breh, Brühne, Budde, Buddenberg, Buder, Bühl, Bühler, Burgau, Burgund, Conrad, Diez, Dittmann, Donath, Dömecke, Dörfel, Dorn, Dörnte, Düwel, Eberhardt, Ebert, Efftinge, Eichhorn, Eilers, Eilert, Ernst, Evers, Ewald, Haber, Hallenbed, Fauth, Feldmann, Heinrich Fischer, Richard Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Förster, Freiwald, Freythaler, Frisch, Frohme, Fuchs, Ged, Gehrt, Gerisch, Geher, Goldstein, Gorringer, Graeger, Gramsdorf, Greifenberg, Greiner, Grünberg, Grünig, Grünhagen, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hänchen, Hanisch, Haupt, Haberlamp, Heitze, Henke, Herbst, Hering, Hirsch, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Horst, Jacob, Jahn, J. D. Jacobson, E. Jacobson, Janzen, Jenisch, Jnger, John, Jung, Jungbans, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Kaufmann, Kemngott, Kinkel, Klampfer, Koch, Koenen, König, Köppen, Kratzsch, Kressin, Kusner, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Lehmann, Reinert, Reister, Lemenzow, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lienau, Lipinski, Lizinger, Lohmann, Lorenz, Löwenstein, Lungwitz, Lüttich, Luß, Maier, Mädger, Meiß, Meister, Metzger, Mirus, Carl Müller, Emil Müller, Theodor Müller, Müllensstädt, Nitsch, Oehling, Pfarr, Pöpsch, Paulus, Pfannkuch, Pfarr, Pöpsch, Raack, Rhein, Reißhaus, Riern, Rindfleisch, Röllwagen, Rosin, Sachsse, Seigis, Seifer, Schaumburg, Scheidemann, Schiebwin, Schlegel, Schmalfeldt, Gustav Schmidt, Heinrich Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schubert, Schuhmacher, Heinrich Schulz, Wilhelm Schulz, Schulze, Schwarz, Silberschmidt, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Staroffon, Stelling, Stille, Stolpe, Straßenmeyer, Stubbe, Südden, Thiel, Thöne, Trenthorst, Lutzauer, Ullmann, Ulrich, Wesper, Vetterlein, Veters, Voigt, Vortmann, Wartenburg, Wasner, Weinheber, Wels, Wengels, Weismann, Weyers, Wich, Wisfoll, Wolf, Wollermann, Wurm, Zeise, Zeitin, Zieg, Zimmermann, Zint, Zubeil.

Mit Nein stimmten:

Aronis, Bernstein, Heinrich Braun, Dies, Dreesbach, Eberhardt, v. Elm, Esser, Fendrich, Edmund Fischer, Genzen, Gradnauer, Grenz, Heitmann, Hildenbrand, Holzappel, Hofmann-Saalfeld, Horn, Hug, Jasper, Kasch, Kagenstein, Keibel, Klüß, Knieriem, Körsten, Kraßmann, Langer, Lindemann, Maßke, Meis, Michaels, Mothes, Niegel, Pöplow, Repp, Schert, Schippel, Eduard Schmid, Schöpflin, Adolf Schulz, Südelum, Vater, Vollmar.

Der Stimme enthielt sich: Sohn.

Enschuldigend waren: Finsel, Paul Hoffmann, Thiele, Mollenbush.

Es folgt die namentliche Abstimmung über das Amendement Freythaler (Antrag 184) zur Resolution Bebel. Das Ergebnis der

Abstimmung ist die Annahme mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Mit Ja stimmten: Albrecht, Anders, Antrid, Ottilie Baader, Paul Bader, Albert Bartels, Heinrich Bartels, Daubert, Baumann, Baumgärtel, Bauschke, Bebel, Beder, Heinrich Bedmann, Behle, von den Berg, Berten, Verthold, Bittorf, Borgmann, Otto Braun, Brühne, Budde, Bühl, Bühler, Conrad, Dittmann, Donath, Dörfel, Düwel, Eberhardt, Efftinge, Eichhorn, Ernst, Evers, Ewald, Hallenbed, Heinrich Fischer, Robert Fischer, Wilhelm Fischer, Freiwald, Freythaler, Fuchs, Ged, Gehrt, Geher, Goldstein, Gorringer, Graeger, Greifenberg, Greiner, Grenz, Grünig, Gruenwaldt, Habicht, Hahn, Hanisch, Haupt, Haberlamp, Heitze, Henke, Hering, Hoch, Adolf Hoffmann, Karl Hoffmann, Hofrichter, Jahn, Janzen, Jenisch, Jnger, John, Jung, Jürs, Kaden, Kähler, Karl, Kagenstein, Kinkel, Koch, Koenen, Köppen, Kressin, Kurth, Lange, Leber, Ledebour, Leopold, Leutert, Liebknecht, Lipinski, Lohmann, Lorenz, Lungwitz, Lüttich, Luß, Maier, Mädger, Meiß, Meister, Metzger, Michaels, Mirus, Emil Müller, Theodor Müller, Nitsch, Oehling, Pfarr, Rindfleisch, Röllwagen, Rosin, Scheidemann, Schiebwin, Gustav Schmidt, Wilhelm Schmidt, Schneider, Schöpflin, Schubert, Schuhmacher, Schulze, Schwarz, Seifer, Sindermann, Soberski, Sonnenburg, Sperka, Stadthagen, Stelling, Stolpe, Straßenmeyer, Südden, Thiel, Trenthorst, Ullmann, Ulrich, Wesper, Veters, Voigt, Wengels, Wels, Weyers, Wisfoll, Wollermann, Wolf, Wurm, Zeise, Zeitin, Zieg, Zimmermann, Zint, Zubeil.

Mit Nein stimmten: Abelung, Arons, Baerer, Beed, Georg Bedmann, Bérard, Blos, Bod, Böhle, Böhme, Bömelburg, Bolljes, Heinrich Braun, S. Bernstein, Breh, Buddenberg, Buder, Burgau, Burgund, Cohn, Dies, Diez, Dömecke, Dorn, Dörnte, Dreesbach, Ebert, Eberhardt, Eilers, Eilken, v. Elm, Esser, Fauth, Feldmann, Fendrich, Edmund Fischer, Richard Fischer, Förster, Frisch, Frohme, Genzen, Gradnauer, Gramsdorf, Grünberg, Grünhagen, Hänchen, Heitmann, Herbst, Hildenbrand, Hirsch, Holzappel, Hoffmann, Horn, Horst, Hug, Jacob, E. Jacobson, J. D. Jacobson, Jasper, Jungbans, Kasch, Kaufmann, Keibel, Kemngott, Klampfer, Klüß, Knieriem, König, Körsten, Kraßmann, Kratzsch, Kusner, Langer, Lehmann, Reinert, Reister, Lemenzow, Lienau, Lindemann, Lizinger, Löwenstein, Maßke, Meis, Mothes, Carl Müller, Müllensiedt, Niegel, Oelderdisen, Osterroth, Pöplow, Paulus, Pöpsch, Raack, Reißhaus, Repp, Rhein, Riern, Sachsse, Schaumburg, Schert, Schippel, Schlegel, Schmalfeldt, Eduard Schmid, Heinrich Schmidt, Adolf Schulz, Wilhelm Schulz, Seigis, Silberschmidt, Staroffon, Stille, Stubbe, Südelum, Thöne, Lutzauer, Vater, Weiterlein, v. Vollmar, Vortmann, Wartenburg, Wasner, Weinheber, Wich, Weismann, Zucht.

Der Stimme enthielten sich: Gerisch und Pfannkuch.

Entschuldigend waren: Finsel, Paul Hoffmann, Thiele und Mollenbush.

Nachträglich haben zu Protokoll erklärt:

Finsel, daß er für die Resolution Bebel und für das Amendement Freythaler gestimmt hätte; Paul Hoffmann, daß er für die Resolution Bebel, aber gegen das Amendement Freythaler; Heinrich Schulz, daß er gegen das Amendement Freythaler und Thiele, daß er gegen beide gestimmt haben würde.

Während die Schriftführer das Ergebnis ermitteln, wird über Fendrichs Mandat entschieden. Für die Mandatsprüfungskommission berichtet

Frau Zieg über die Bemühungen der Kommission, Informationen darüber zu erhalten, ob Fendrich zurzeit, als das Mandat ausgestellt wurde, organisiertes Parteimitglied war oder nicht. Die erste Antwort war zweifelhaft. Auf telegraphisches Ersuchen um präzise Beantwortung liefern zwei Depeschen ein: Im ersten Fall hatte Fendrich selbst angefragt, ob es wahr sei, daß er seit

April organisiert sei und im Juli Beiträge bezahlt habe. Darauf lief vom Vorsitzenden des Wahlvereins, Engler, eine bejahende Antwort ein. Inzwischen hatte sich die Kommission an den Kassierer des Wahlvereins gewendet. Dieser antwortete, daß Fendrichs Name nicht in den Mitgliederlisten stehe und daß er keine Beiträge von ihm erhalten habe, daß aber Engler behauptete, er habe im August von Fendrich Geld erhalten, und zwar die Beiträge vom April ab. Die Referentin machte auf den Widerspruch in den beiden Ausführungen von Engler aufmerksam. Das zweite Telegramm lasse die Möglichkeit zu, daß Fendrich zurzeit seiner am 28. August stattgefundenen Wahl noch nicht organisiert gewesen sei. Da aber hier der Satz gelten müsse: in dubio pro reo, habe die Kommission angenommen, daß Fendrich im August schon Mitglied gewesen sei. Das selbe habe er auf Ehrenwort erklärt. Die Kommission ist der Ansicht, daß es außerordentlich merkwürdig ist, daß jemand im Juli Beiträge vom April ab bezahlt und daß weder seine Mitgliedschaft noch seine Beiträge registriert sind. Bei einer richtigen Handhabung der Parteigeschäfte müßte die Feststellung, ob Fendrich Mitglied war, sehr einfach sein. Die Kommission schlägt vor, aus rein formalen Gründen das Mandat für gültig zu erklären, da wir keine Handhabe haben, es Fendrich abzuspüren. Sie hält es aber nicht für opportun, daß in dieser Weise Mandate zustande kommen und verurteilt es aufs schärfste, daß solchen erst organisierten Parteigenossen Mandate gegeben werden.

Göthorn: Die Genossen von Pforzheim werden mit dem Erfolg ihres Protestes zufrieden sein. Sie wollten nur zum Ausdruck bringen, daß solche Gefälligkeitsmandate nicht erteilt werden sollten. Die Gerechtigkeit gebietet aber festzustellen, daß es nicht richtig ist, wenn Frau Biez sagt, Fendrich sei ein soeben erst organisierter Parteigenosse. Fendrich war früher schon lange Zeit in der Partei tätig. Seine Krankheit im Frühjahr 1902 läßt es begreiflich erscheinen, daß er seine Parteigenossenschaft eine Zeitlang vergessen hat, sie entschuldigt aber nicht, so lange damit zu warten.

Adolf Hoffmann: Mit Gefälligkeitsmandaten haben wir sehr häufig zu tun. Das wird auch nicht besser werden, so lange der Parteitag nicht einen klaren Strich durch macht. Wie die Sache liegt, ist der Parteitag durchaus berechtigt, das Mandat für ungültig zu erklären. Die eine Depeche ist doch recht fragwürdig. Fendrich hatte ja selber telegraphiert, was als Antwort telegraphiert werden soll. Beide Antworten von demselben Absender sind widersprechend, und daher ist die Kassierung dieses Mandats die Pflicht des Parteitages, um endlich einmal dem Unfug mit Gefälligkeitsmandaten ein Ende zu machen.

Leinert-Gamober empfiehlt gleichfalls die Kassierung des Mandats. Schon öfter sei es vorgekommen, daß Delegierte auf dem Parteitage erscheinen, die in dem Wahlkreise, in dem sie gewählt sind, gar nicht bekannt seien und nur geschickt wurden, weil der Kreis zu arm sei, einen eignen Delegierten zu entsenden. Ja, es sei vorgekommen, daß die Parteigenossen im Wahlkreise gar nichts von einer Delegation wußten, sondern sagten, das sei so „von oben runter“ gemacht worden. Diese Delegierten erstatten nicht einmal Bericht über den Parteitag, sie lehnen es also ab, auf ihre Kosten nur auch einmal den Genossen in dem betreffenden Wahlkreise gegenüber die aus der Delegation hervorgehenden Pflichten zu erfüllen.

Fendrich erklärt, daß er sein Telegramm der Mandatsprüfungs-Kommission vorgelegt habe, um nicht in den Verdacht zu kommen, als wolle er ein tendenziöses oder suggestives Telegramm absenden. Seine Wahl sei im übrigen ordnungsgemäß zustande gekommen.

Leopold-Zeit ist für Gültigkeit des Mandats, billigt aber die Art, wie es zustande gekommen ist, nicht.

Dreesbach: Wir haben kein Recht, Fendrich das Mandat abzuerkennen, denn noch auf jedem Parteitage waren Delegierte anwesend, die auf ähnliche Weise zu ihrem Mandat gekommen sind. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in Zukunft solche Mandate nicht mehr anerkannt werden, aber so lange keine entsprechende Bestimmung im Organisationsstatut steht, können wir derartige Mandate nicht für ungültig erklären. Uebrigens hat Fendrich Durlach im Landtage vertreten, er ist also im Kreise sehr gut bekannt. Wir müssen weiter berücksichtigen, daß Fendrich lange Zeit nervenkrank war und infolgedessen sehr leicht vergessen konnte, für seine Organisationszugehörigkeit zu sorgen. Sobald er wieder schaffen konnte, hat er seine Pflichten als Parteigenosse erfüllt. Im übrigen muß man auf die Auskunft von Engler, dem Vertrauensmann des Wahlkreises und Vorsitzenden des Wahlvereins, großes Gewicht legen. Wenn er erklärt, daß Fendrich seine Beiträge bezahlt hat, steht das für mich fest!

Frau Biez bestätigt, daß Fendrich der Mandatsprüfungs-Kommission sein Telegramm vorgelegt hat; die Kommission habe beschlossen, sich selbst Informationen einzuholen. Daß das Mandat formell ordnungsgemäß zustande gekommen sei, habe sie bereits am Montag zugestanden.

Auf Antrag Kronen-Berlin wird die Debatte geschlossen.

Entsprechend dem Antrage der Kommission erklärt der Parteitag das Mandat von Fendrich für gültig und spricht den Wunsch aus, daß in Zukunft Mandate auf solche Weise nicht mehr zustande kommen mögen.

Nach Verlesung eines Glückwunsch-Telegramms vom Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 7¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet Vorsitzender Dietz die Sitzung.

Ein Begrüßungs-Telegramm von deutschen Genossen aus Paris wird verlesen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Bernstein: Ich habe nicht, wie der „Vorwärts“-Bericht irrtümlich behauptet, Kautsky vorgeworfen, er habe Schippel Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren, sondern umgekehrt gesagt, Schippel habe Kautsky in der Frage der Agrarzölle Widersprüche vorgeworfen, wo keine waren.

Paolow: Die Resolution von Hamburg III habe ich nicht erst hier in Bremen kennen gelernt; sie ist mir schon in Hamburg gedruckt vorgelegt worden. Im Bericht hat also an der betreffenden Stelle das Wort „hier“ wegzufallen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und geht zu Punkt 4 über: Organisation.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dietz verzichtet der Parteitag vorläufig auf die Entscheidung über die Unterstützung der hierzu gestellten 34 Anträge, da wahrscheinlich Kommissionsberatung beschlossen werden würde und die Anträge dann einfach der Kommission überwiesen werden könnten.

Das Wort als Berichterstatter erhält

Gerich: Parteigenossen und Genossen! Durch Beschluß des Dresdener Parteitages war dem Parteivorstand die Aufgabe zuteil geworden, dem dies-